

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer 10 Pf.
Wochenpreis 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Kummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verulbrecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 19. Januar 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verulbrecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Wahlrechtsdemonstration der
Hamburger Arbeiter.

Am Mittwoch haben die Hamburger Genossen in er-
hebender Weise Zeugnis abgelegt von ihrer Stärke, ihrer
Willenskraft, ihrer Opferfähigkeit, ihrem Idealismus.

Wie wir schon mitteilten, waren alle acht Versammlungen,
die nachmittags 4 Uhr begannen, überfüllt. Wohl 30 000
Personen hatten Einlass gefunden, während mindestens
50 000 Wahlrechtsträger vor den Lokalen und in den
Straßen auf- und abzogen.

Überall kam der Protest gegen das plutokratische Re-
giment in der Hanseatenrepublik scharf zum Ausdruck. Nach
Schluß der Versammlungen wogten die Menschenmassen dem
Rathause, dem Sitz des Parlaments, zu, das von Hunderten
von Polizeibeamten bewacht wurde. Als um 7 1/2 Uhr abends
die Wahlrechtsdebatte begann, waren sämtliche Zugangsstraßen
zum Rathausmarkt von dichten Menschenmassen besetzt, so daß
Straßenbahnen und Fuhrwerke in der inneren Stadt den Ver-
kehr einstellen mußten! Die Wahlrechtsdemonstranten selbst
verhielten sich ruhig; schreibt doch selbst der „Hamb. Corresp.“:
„Im allgemeinen hielten sich die erwachsenen Leute ruhig und
gaben ihren Unwillen über die Ausschreitungen der jungen
Leute kund.“ Sowohl die jungen Burschen, die „Halb-
starke“, wie sie in Hamburg genannt werden, der Jan-
hagel, der Mob, der überall — bei patriotischen Feiern be-
sonders — stark vertreten ist und Staffage bildet, war es,
der sich unliebsam durch Rabau und grobe Flegelgeien be-
merkbar machte. Die „Hamb. Nachrichten“ entblöden sich
dessen ungeachtet nicht, die Ausschreitungen jener Burschen
eine „Kraftprobe der Sozialdemokratie“ zu nennen, die von
revolutionärer Barrikadenstimmung befeuert gewesen sei! Die
Sozialdemokratie werde versuchen, die Schuld dem Pöbel in
die Schuhe zu schieben, aber Pöbel und Sozialdemokratie sei
hier schwer zu trennen; unsere Partei trage die moralische
Verantwortung für die Exzesse!

Nun — Schreiber dieser Zeilen war Augenzeuge der
Ausschreitungen, die darauf zurückzuführen sind, daß die
Postierung der Schutze alle eher als genial angelegt war:
Vom Fischmarkt bis zum Rattrepel und Schopensteil war
kein Polizist zu erblicken, obwohl dort täglich die „halbstarken“
Radaubröder ihr Unwesen treiben. Um 8 Uhr abends fing
in dieser Gegend das Gejohle der Burschen an, die dann zur
„Offensive“ übergingen, die Polizeibeamten herbeilockten und
mit Steinen, Ratten, Flaschen und anderen Wurfgeschossen
bombardierten. Die Polizisten zogen blank, und auf beiden
Seiten gab es Verletzte. Wie in den meisten Fällen, so
wurden auch hier hauptsächlich Neugierige verwundet, von
denen zehn in einer Apotheke verbunden werden mußten,
während die „Halbstarken“ geschickt den Säbelhieben aus-
wichen und weiteren Unfug verübten, Fensterreihen ein-
warfen, Urat herbeischleppten und in Brand setzten, Gas-
laternen zertrümmerten, nach Straßenbahnen warfen, so daß
diese den Betrieb ganz einstellen. Auch fiel eine Anzahl
Revolverschüsse, durch die aber niemand verletzt wurde. Und
diese Radaubröder sucht man der Sozialdemokratie an die
Rodscheibe zu hängen!

So lange das Parlament tagte, verhielten sich die Polizei-
beamten ziemlich taftvoll. Aber um 11 Uhr abends ging das
„Säubern“ der Straßen los, wie es polizeitechnisch genannt
wird. Die Polizisten verfahren jetzt nach demokratischen Grund-
sätzen; dem jeder, der vor die Klinge kam, wurde ver-
bimt. Ein beim Berliner Bahnhof ruhig seines Weges
gehender Mann erhielt von hinten Säbelhiebe! Ein Hamburger
Volksvertreter, der diesen Vorgang beobachtete, fragte den
einen Polizeibeamten, ob sie Instruktion erhalten hätten, auf
jeden ruhigen Passanten einzuschlagen. Antwort: „Nein, nur
auf die Renitenten.“ Der Volksvertreter: „Sehen Sie, da
wird wieder ein Mann von hinten geschlagen.“ Polizist (ver-
legen): „Ja weiß nicht, was —“ In diesem Augenblick
kommt ein anderer Beamter hinzu und sagt (auf den Volks-
vertreter zeigend) zu seinem Kollegen: „Nau doch dem Kerl
ein paar rüber!“, verschwindet aber sofort, als der also Auf-
geforderte seinem „mutigen“ Kollegen einen Wink gab. Auch
Frauen erhielten Säbelhiebe.

Freiheitslieder singend zog in später Stunde ein Zug von
etwa 6000 Arbeitern vor unser Parteigeschäft in der Fehlandt-
straße und brachte ein Hoch auf die Sozialdemokratie und auf
die Gleichberechtigung aller Staatsbürger aus.

Die „Neue Hamb. Ztg.“ teilt folgendes mit: „In an-
genehmen Gegensatz zu jenen schlimmen Ausritten stellte sich
ein Demonstrationszug, den etwa 3000 Arbeiter nach der
Wohnung unseres präsidierenden Bürgermeisters Dr. Burghard
unternahmen. Als die Menge vor dem Hause Posto saßte,
erhielt der Bürgermeister, der bekanntlich im Senat zu den
Begütern der Wahlrechtsvorlage gehören soll, auf dem Balkon
und redete den Arbeitern zu, jetzt als ordentliche Männer nach
Hause zu gehen; es werde sich noch alles zum Besten wenden.
Und siehe da: die Menge antwortete auf diese Ansprache mit
einem schallenden Hoch auf den Bürgermeister und auf Hamburg,
und darauf bewegte sich der Zug tatsächlich weiter.“

Soweit reichen bis zur Stunde die durch unseren Ham-
burger Korrespondenten uns gemachten Mitteilungen. Mit
Fleiß hat er des öfteren die bürgerliche Presse zu Worte
kommen lassen, um zu zeigen, wie die Dinge von Beurteilern

angesehen werden, die gewiß nicht versucht sind, im Interesse
der Sozialdemokratie günstig zu färben.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt Donnerstag abend
gleichfalls Spezialberichte aus Hamburg, in denen wahrheits-
gemäß die Ausschreitungen als Pöbelereisse hingestellt werden
und der wirdevollen Ruhe der Arbeiterschaft lobend gedacht
wird. So heißt es z. B. an einer Stelle: „Der Umstand,
daß die Arbeiterschaft Hamburgs sich an der Kundgebung fast
vollständig beteiligte, sorgte dafür, daß bei der ganzen Protest-
kundgebung die Ordnung gewahrt wurde.“

Natürlich paßt dem biedereren Rosse-Blatt eine unparteiische
Darstellung der Vorgänge nicht recht in den Kram, und
so hängt es denn den Ausführungen seines Korrespondenten
wenigstens ein Schwänzchen an, von dem folgendes Stückchen
hier reproduziert sei:

„Wir sind weit entfernt davon, die Krawalle in den Straßen
Hamburgs ausschließlich (!) der Sozialdemokratie in die Schuhe
schieben zu wollen. Auch hier ist es offenbar wieder so gegangen,
daß die Pöbelinstinkte zu nächst von den besonnenen Arbeitern
im Raume gehalten wurden, daß aber zum Schluß das Straßen-
gepöbel die Oberhand gewann. Aber das vermindert die Schuld der
sozialdemokratischen Führer nicht, die zum mindesten mit dem
Feuer gespielt haben, als sie in einem so bedenklichen Augen-
blicke zu Massenprotestversammlungen aufriefen. Sie mußten
wissen, daß sie damit Leidenschaften entfesselten, die sie nicht
wieder zur Ruhe bringen konnten. Insofern werden sie sich
die Konsequenzen der gestrigen Vorgänge selbst zuschreiben
haben.“

Natürlich! Man läßt eine „Schuld“ auf sich, nicht bloß
wenn man mit dem Feuer spielt, sondern wenn man
überhaupt Feuer genug hat, um sich nicht all und jedes
Attentat auf Menschenwürde und Staatsbürgerrechte gefallen
zu lassen. Wenn es nach den „Männern“ vom „Tageblatt“
ginge, dann schloßen wir ewig jenen „gefunten Pflanzenkraf“,
den Heine in seinem Gedichte „Zur Veruhigung“ so trefflich
gepeitscht hat. Lebrigens folgt dem „Einerseits“ des Rosse-
Blattes das „Andererseits“: ein leiser Tadel gegen die
„intellektuellen Urheber“ der Krawalle, jene „Volksheinde, die
in einer gärenden Zeit den frivolen Versuch machten, das
Hamburger Wahlrecht zu verschlechtern“. Ein solcher
Vorschlag mußte erbitternd wirken, und die Hamburger Schar-
macher konnten nicht im Zweifel darüber sein, daß er er-
bitternd wirken würde. Wenn sie trotzdem versuchten, ihn
durchzuführen, so haben sie das Recht verwirkt, sich vor die
Öffentlichkeit hinzustellen und ihre Hände in Unschuld zu
waschen.“

Und die Moral von der Geschicht ist für das freisinnige
Berliner Blatt das Zugeständnis der Notwendigkeit, die Wahl-
rechtsvorlage fallen zu lassen:

„Wer hat denn den Hamburgern diesen Floß ins Ohr gesetzt?
Sollten sie das Verulpholungen für eine Beilegung des
Reichstagswahlrechtes abgeben? Die Hamburger sollten sich
schämen, sich zu einer solchen Rolle herzugeben. Je schneller sie
den Fehler wieder gut machen, um so besser. Fort mit der Wahl-
rechtsverschlechterung! Das muß jetzt mehr als je die Parole
aller auch nur von einem liberalen Hauch umwehten Kreise sein.
Nur so kann man hoffen, daß die fieberhafte Erregung wieder der
ruhigen Besonnenheit in Hamburg weicht.“

O ihr freisinnigen Rosse-Seelen! Solche Zugeständnisse
„andererseits“, und doch habt ihr den Mut, den Proletariern,
die sich in heroischer Weise um die Sache des deutschen —
Vürgerturns verdient machen, auch nur das leiseste Wort des
Tabels entgegenzuschleudern!? Das war kein Heldentum,
Rudolfo!

Um die an den historischen Hamburger Tag sich gruppierenden
Ereignisse voll zu registrieren, müssen wir zum Schluß noch
der Mitteilungen gedenken, die im Laufe des Donnerstags aus
offiziellen Quellen tröpfelten. Wolff übermittelt folgende
Warnung, die Hamburgs Polizei „an die gesamte Bevölkerung“
richtet:

„Am Ausschreitungen und Straftaten, wie solche am 17. Januar
im Anschluß an die sozialistischen Versammlungen stattgefunden
haben, vorgegangen, werden Volksansammlungen auf den Straßen
unter keinen Umständen geduldet, sondern sofort mit allem Nach-
druck, nötigenfalls unter Anwendung von Waffengewalt seitens
der Schyumannschaft zerstreut werden. Diejenigen, die den An-
ordnungen der Polizeibeamten nicht unbedingt Folge leisten, werden
sofort festgenommen.“

Ein zweites Telegramm beweist haarscharf, daß die Krawalle
der Bevölkerung eines bestimmten Viertels zuschreiben sind,
daß also die Darstellung unseres Korrespondenten durchaus
das Richtige getroffen hat. Das Telegramm lautet:

Hamburg, 18. Januar. Laut polizeilicher Bekanntmachung
müssen sämtliche Schant- und Speisewirtschaften, welche in einer
der folgenden Straßen: Schopensteil, Niederrstraße, Rattrepel,
Rohlenhofstraße, Springellwiete, Altsiedlerstraße, Fischertwiete und
Debenau belegen sind, von heute ab bis auf weiteres um 6 Uhr
nachmittags geschlossen werden.

Zum Schluß noch ein: Man hat den läppischen Versuch
gemacht, die Hamburger Arbeiter durch Aussperungs-
drohungen einzuschüchtern. Naive Gemüter glaubten, wenn
sie drohten, den Proletariern den Brotkorb bis zum 22. Januar
höher zu hängen, dann würden sie alle zu Kreuze kriechen,
die vielen Laufende und Alberten von Arbeitern
Groß-Hamburgs. Die „edlen“ Herren haben sich
wieder einmal getäuscht und blamiert; denn sie
haben nicht den Mut, der Tapferkeit, der Selbst-
verleugnung des Proletariats die Entschlossenheit entgegen-
zusetzen: auf eine Woche den Mehrwert fahren zu

lassen, den ihnen die fleißigen Arbeitsketten tagaus nachtein
verdienen müssen. Aus der angeführten Krienaussperzung
ist ein kleines Nache-Demonstrationen geworden: 6000 Ar-
beiter hat man für einige Tage aufs Pflaster gesetzt. Und das
Personal der Alsterdampfsboote hat sich sogar den jetzigen
Augenblick als passend ersehen, die Bewilligung von Lohn-
erhöhungen zur Vorbedingung der Wiederaufnahme des Fahr-
dienstes zu machen!

Wadere Kämpfer! Mit Euch wollen es jene Herr-
schaften ausnehmen, die — bar jeder tieferen idealistischen
Regung — einzig und allein ihres Geldbeutel's Interesse zum
Barometer ihrer Handlungen machen?

Wir dürfen ruhig schlafen. Die Sache der Entwicklung
des Freiheits-, des Gleichheits-, des Brüderlichkeitsgedankens
ruht beim deutschen, beim internationalen Proletariat in den
allerallerbesten Händen.

Nachbemerkung: Bei Redaktionsfluß geht uns eine längere
Privatdepesche zu, der wir für heute nur noch folgendes entnehmen
können: Der verwundete Schuyman Gardle ist nicht — wie es
zuerst hieß — tot, sondern liegt 5 e w u h 11 o 8 danieder.

Des Geistes Kinder, die Radaubröder in Wirklichkeit waren,
geht daraus hervor, daß sie auch das Eigentum von Arbeitern: die
Einrichtung eines Konsumvereinsladens, demoliert haben.

Das „Vado“ war in Hamburg so begehrt, daß es in einer Auf-
lage von 160 000 Exemplaren hergestellt werden mußte!

Zur Klassenjustiz und Klassenmoral.

Die Justiz ist gegen die Arbeiterklasse mobil gemacht. Mit
großer bei der preussischen Justiz bei wirklichen Straftaten nicht
gewohnter Schnelligkeit werden Anklagen erhoben, Verhaftungen
verfügt, Urteile mit drakonischen Strafen und mit Begründungen,
die dem gesunden Rechtsempfinden fern stehen, gefällt. Wegen
und wegen der politischen Betätigung der Arbeiterklasse ist Frau
Justitia mobil gemacht. Einige Beispiele seien herausgehoben: In
Dresden wird wegen eines am 5. Dezember erschienenen Artikels bereits
am 10. Januar die ungeheure Strafe von einem Jahr wegen Aufregung zu
Gewalttätigkeiten verhängt. Die Gründe des Urteils sind ein Hin-
weis auf „die gefährliche Zeit“. In Dresden werden wegen Vor-
fälle vom 3. Dezember, die ohne Eingreifen der Polizei unmöglich
gewesen wären, fast täglich Verurteilungen — bislang bereits
22 Jahre 11 Monate Gefängnis — über vermeintliche Exzedenzen
verhängt. In Leipzig wird wegen 26 Artikel auf die „Leipziger
Volkszeitung“ gesperrt. In ganzen Reich fieberhafte Erforschung,
welche Paragraphen gegen ein Flugblatt anzuwenden seien, das das
furchtbare Verbrechen begangen hat, auf die russischen Freiheits-
kämpfer hinzuweisen und zur Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts
und Erringung des allgemeinen gleichen geheimen Wahlrechts auf-
zufordern. Die Justiz in voller Tätigkeit als In-
strument der Klassenherrschaft gegen die Arbeiter-
klasse. Die Justizaktionen zeigen sich durchweg als Tendenz-
justiz. In dem Eifer, der durch den neuen Justizminister
besonders angefeuert ist, vergessen die ehrwürdigen Staatsanwälte
und Richter die fundamentalsten, einfachsten strafprozessualen Vor-
schriften. Der Justizminister hat, wie man nach seiner jahrelangen
Empfehlung in der Harden'schen „Zukunft“ nicht anders erwarten
konnte, bereits bei seinem ersten Auftreten sich als würdiger Nach-
folger eines Kampy, eines Alpy, eines Schönstedt und wie die
Handlanger der herrschenden Klasse auf dem justizministeriellen
Sessel sonst heißen mögen, gezeigt. Es ließe Wasser in das Meer
gehen, wenn man im einzelnen zerpflücken wollte, wie aus all' den
Justizaktionen, die in letzter Zeit gegen die Arbeiterklasse, gegen die
Sozialdemokratie unternommen sind, die nachste Le n d e n z j u s t i z
herauskommt. Auf einen einzigen nebenfälligen, aber recht
bezeichnenden Punkt sei hingewiesen. Nach § 7 Absatz 2
der Strafprozessordnung ist bei Straftaten, die durch den
Inhalt einer in Zuland erschienenen Druckschrift begründet
werden, nur dasjenige Gericht zuständig, in dessen Bezirk
die Druckschrift erschienen ist. Diese Vorschrift ist bei einer Reihe
Beschlagnahmebefragungen verletzt. Einzelne Gerichte haben des-
halb nachträglich ihre frühere Beschlagnahme wieder aufheben
müssen.

Wie vielerlei verschiedenartige Vergehen werden in die-
selbe Druckschrift hineinkonstruiert! Grober Unfug, Aufregung
verschiedener Klassen zu Gewalttätigkeiten, Verächtlichmachung
von Staatseinrichtungen, Aufforderung zu Gewalttätigkeiten,
Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze, Be-
leidigung der Majestät der Regierung oder des Dreiklassenparlaments
oder des Herrenhauses usw. — der eine Beschlagnahmebescheid ver-
sucht diese, der andere jene Straftat dem Flugblatt zu unterstellen.
Vorständiger benennen gleich einen Haufen Delikte, die in dem Flugblatt
verborgen sein sollen. Diese Art der Beschlagnahme erinnert
an das Vorgehen jenes Leutnants, der im Jahre 1848
wegen Verdachts des Hochverrats eine Verhaftung vornahm und
zur Begründung seines Verdachts ein beschlaggenommenes weiches Stilk
Schreibpapier vorwies, das er bei dem Verhafteten gefunden hatte.
Er nahm an, daß dies weiche Stilk Papier doch Raum genug für
einen Hochverratsauftrag böte, und daß dem Verhafteten das Schreiben
solches Auftrages wohl zuzutreiben sei. Die Beschlagnahme-
beschlüsse und die Verurteilungen, die erfolgt sind, stehen
auf keiner höheren Stufe juristischer Begründung. So wie
nun einmal unsere Strafprozessordnung beschaffen ist, genügt
es ja, in den Anklagebescheid oder in das Urteil die
Formel des betreffenden Strafgesetzbuchparagraphen hineinzu-
schreiben und festzustellen, daß der Angeklagte gegen diesen Para-
graphen gestreift habe oder des Verbrechens verdächtig sei. Die Straf-

Prozessordnung gibt der Willkür des Richters den breitesten Raum, die man freilich pflichtgemäßes Ermessen zu nennen liebt. Zur Verfolgung steht nicht eine einzelne Person oder ihre Tat, sondern ihre Tendenz, und die Tendenz, die die Klasse verfolgt, der der Angeklagte angehört oder angehören soll. Der Despotismus der unerbittlichsten Klassenjustiz ist wachgerufen. Er zeigt aus dem Vertrauensseligen: die Gerechtigkeit ist keine blind walende Göttin, sondern eine zur höheren Ehre des Klassenrechts, der Klassenempfindung, der Klassenjustiz zu allem bereit Diener.

Die Klassenjustiz ist eines der Instrumente, mit dem die herrschende Klasse der arbeitenden Klasse Wunden zu schlagen sucht, weil diese für ihr politisches Recht kämpfen und zeigt, daß sie entschlossen ist, den Kampf für ihre politischen Rechte bis zu Ende durchzuführen. Vornüchtere Verfechter der bestehenden Gesellschaftsordnung rufen noch jeder zu offener Gewalt. Der Ruf nach Gewalt ist kein neuer. Während des Sozialistengesetzes eifholl er: so forderte die „Post“ im September 1889 zu Gewalttätigkeiten gegen die arbeitende Klasse auf. Wenige Jahre später empfahl das Schwarzmacherblatt „Hamburger Nachrichten“ im innigen Bunde mit der Harden'schen „Zukunft“, einen „Adelshof“ am arbeitenden Volke vorzunehmen. Andere forderten den „starken Mann“, der der Sozialdemokratie „an die Gurgel springen soll“ usw. Die Provokationen der „Ordnungsleute“ in neuester Zeit sind ja nichts anderes als eine Wiederholung von ebendem. Sie ledigen nach brutaler Gewalt.

Zweierlei Recht, zweierlei Moralsanschauungen für die herrschende wie für die arbeitende Klasse. Ein glänzendes Zeugnis für diese Auffassung der herrschenden Klasse von Moral und Recht hat dieser Tage der Reichstanzler durch den Mund des Kriegsministers abgelegt. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 15. Januar 1906 liegt jetzt vor. Die betreffende Stelle geben wir nachstehend nach dem stenographischen Bericht wieder:

„Meine Herren, der Herr Abgeordnete hat dann noch gesagt, es liege hier eine außerordentliche Ueberhebung des Offizierstandes gegenüber anderen vor. Das kann ich nicht zugeben, denn nicht etwa der Offizier ist Träger des Duells; sehr weite Kreise in unserer Volks-, ganz gleichgültig, welcher Konfession sie angehören, huldigen noch heute dieser Sitte. (Sehr richtig!) rechts. Widerspruch in der Mitte.) — Gewiß, meine Herren, das weiß ich, das weiß jeder, daß er, wenn er zum Duell greift, gegen göttliche und menschliche Gesetze durchaus verstößt. (Hört! hört! in der Mitte und links. Zurufe.) — Gewiß! —

Kun, meine Herren, was den Verstoß gegen die göttlichen Gesetze anlangt, so soll man demjenigen, der aus Gewissenszwang oder um seine Ehre unter keinen Umständen antauchen zu lassen, dagegen verstößt, es überlassen, wenn er gläubiger Christ ist, sich mit seinem Gotte selbst abzufinden. (Wachen bei den Sozialdemokraten; Zurufe von den Sozialdemokraten und aus der Mitte.) Da haben Dritte nicht mit hineinreden. Und was das anlangt, daß er gegen die Gesetze des Staates verstößt, so wird er deshalb bestraft; das bleibt bei keinem aus. (Zurufe links.)

Meine Herren, was den zweiten Punkt der Interpellation betrifft, so habe ich im Auftrage des Herrn Reichstanzlers folgende Erklärung abzugeben, welche ich verlesen werde:

Zur Ausrichtung von Ehrenhändeln besteht bei uns die Sitte des Zweikampfes in weiten Kreisen der gebildeten Stände. (Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.) Im Offizierkorps ist der Zweikampf in weitaus höherem Maße durch die allerhöchste Verordnung vom 1. Januar 1897 befestigt worden. Weitere Abhilfe könnte aber nur von einer gleichzeitigen Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen über die strafrechtliche Verfolgung der Verleumdung und des Zweikampfes erhofft werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Eine solche Aenderung des Gesetzes ist schon aus Anlaß der früheren Interpellationen erwogen worden und wird auch jetzt noch im Auge behalten. Sie läßt sich aber nicht durchführen ohne eine Umgestaltung der Abschnitte des Strafgesetzbuchs über Verleumdung und Zweikampf und ohne einen tiefen Eingriff in unser Strafsystem, insbesondere, soweit es die Festungstrafe und die Geldstrafe betrifft. Dieses ist nur möglich im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen Revision des Strafgesetzbuchs. Es darf als sicher angenommen werden, daß bei der Strafrechtsrevision die anderweitige strafrechtliche Behandlung der Verleumdung und des Zweikampfes eine wichtige Frage bilden wird. Inwieweit eine solche Aenderung der Gesetzgebung eine Wandlung der zurzeit herrschenden Ansichten über die Wahrung der verletzten Ehre auslösen wird, muß abgewartet werden. Solange aber der Zweikampf in weiten Kreisen noch als ein anerkanntes Mittel zur Wiederherstellung der verletzten Ehre gilt, kann auch das Offizierkorps in seinen Reihen kein Mitglied bilden, welches nicht bereit ist, gegebenenfalls mit der Waffe für seine Ehre einzutreten. (Hört! hört! und lebhaftes Zurufe in der Mitte und links.)

Gewiß, meine Herren, ungeseglich, jawohl! Auf die Ungeseglichkeit folgt Strafe.“

Diese friedlich vor aller Welt verkündete Klassenmoral der herrschenden Klasse entspringt derselben Wurzel wie die Klassenjustiz.

Je ohnmächtiger der Kapitalismus sich der wachsenden Macht der Empörung über den wirtschaftlichen Druck und die politische Anrechtung der Arbeiterklasse fühlt, desto brutaler müht er sich ab, die Machtmittel des Staates zur Niederhaltung der unterdrückten Klasse und zur Verlängerung ihrer Ausbeutungsordnung anzuwenden. Seine Brutalität ist ein Eingeständnis seines Unrechts und seiner Ohnmacht. Für die Arbeiterklasse kann und wird aber das Säbelkreischen und der weiße Schrecken, den die herrschende Klasse zu verbreiten sucht, lediglich die Energie im zähen, unablässigen Kampf zur Eringung der politischen Macht stärken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar.

Tropenkoller im Reichstage.

Der von der Regierung beabsichtigte Bau einer afrikanischen Eisenbahn im Dualalande entfehlte heute eine Kolonialdebatte im Reichstage, auf die die Regierung mit Befriedigung blicken kann. Das Unternehmen, Reichstagsabgeordneten zwischen den Reichstagsessionen eine unentgeltliche Ferienreise nach den Kolonien zu gewähren, hat sich gelohnt. Bekanntlich hat eine Anzahl Abgeordneter an der Spritlour nach unseren afrikanischen Kolonien teilgenommen, von der sie als begeisterte Anhänger der neuesten Weltraubpolitik zurückgekehrt sind; das Kolonialfieber hat sie gepackt, sie standen heute samt und sonders der Regierung als freiwillige Kommissare zur Seite. Weder der „Kolonialprinz“ Hohenlohe noch seine Geheimräte hatten es nötig, die Empfehlung der Dualalahn-Vorlage in tropischen Farben aufzutragen, das besorgten die afrikanischen Ferienkolonisten ohne Ausnahme, obgleich sich das bei einzelnen sehr komisch ausnahm, weil dem Volken das oratorische Können fehlte. Aber alle traten sie an, nicht nur die Krendl, Semler, Pattmann und Richterhosen, sondern auch die Goller und Storz, die Redner des Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei. Ja gerade diese Redner der Freisinnigen waren nicht am wenigsten vom Tropenkoller erfaßt, dem es als eine Sünde wider den Geist der Kultur erscheint, wenn nicht noch weitere ungezählte

Millionen in „des Reiches Streifenbüchsen“ geworfen werden! — Der allgemeine Teil der Kolonialdebatte wurde hauptsächlich vom Kolonialdirektor, dem Prinzen Hohenlohe, sowie von den Abgg. Erzberger (Zentrum), Dove (Freisinnig) und unserem Genossen Ledebour bestritten. Genosse Ledebour bekam die Vacher auf seine Seite, als er mit köstlicher Ironie die begeisterte Wirkung der Rahnsahrt in die afrikanische Ferienkolonie auf deren Teilnehmer schilderte und dabei mit Rücksicht auf den Juro und die rhetorischen Fähigkeiten den Abg. Semler als Africanus major, den Abg. Storz dagegen als Africanus minor verspottete.

Die parlamentarische Kolonialkomödie, welche die bürgerlichen Abgeordneten im Plenum aufführten, steht im seltsamen Widerspruch zu den Bemühungen, die von den Vertretern derselben bürgerlichen Parteien in der Budgetkommission, sowie in der Finanzreformkommission gemacht werden, um die Regierung zu größerer Sparsamkeit bei ihrer Kolonialpolitik zu veranlassen. Freilich ist diese Sparsamkeitsumwandlung nur eine leidige Folge der Finanznot, aber sie kontrastiert doch ziemlich stark mit der Opulenz, mit der die Tropenfrage der Regierung die Stange halten. Wären die Reichsmittel nicht schon durch die Kolonial- und Weltpolitik der Regierung knapp geworden, der Tropenkoller richtete sicher noch mehr Unheil im Reichstage an.

Die Beratung wurde auf Freitag verlegt. —

Feldmarschmäsig!

Man schreibt uns:

Sind die in Nr. 10 des „Vorwärts“ reproduzierten Angaben der „Täglichen Rundschau“ über die für den 21. Januar geplante Vereinskraft der Berliner, Schöneberger und Charlottenburger Garnisonen richtig, so stellen sie der preussischen Armee ein sehr zweifelhaftes Zeugnis aus. Eine Armee soll sich vor allem durch Ruhe und Besonnenheit hervortun. Unnötige Erregung in den Momenten einer drohenden oder eingebildeten Gefahr ist ein bedenkliches Symptom. Die militärischen Maßnahmen aber, von denen die „Tägliche Rundschau“ berichtet, zeugen von einer Aufgereiztheit, die man nicht für möglich halten sollte. Nicht genug, daß die Truppen von Sonnabend 9 Uhr ab in den Kasernen festgehalten werden, nein, man läßt sie von Sonntag morgens 10 Uhr an feldmarschmäsig und mit scharfen Patronen ausgerüstet in den Kasernenhöfen bereit stehen. Die feldmarschmäsigte Ausrüstung legt die Vermutung nahe, daß die Militärbehörde einen langwierigen Straßenkampf erwartet, denn auf andere Weise ist es nicht zu rechtfertigen, daß die Leute mit dem Tornister beschwert werden. Ferner sollte man glauben, daß königl. preussische Truppen, die in ihren Kasernen konsigniert sind, jederzeit so schnell auf den Kasernenhöfen versammelt werden können, daß es nicht nötig ist, sie stundenlang in den Höfen herumstehen zu lassen, ehe man sie braucht oder vielleicht brauchen könnte. Und welche angenehmen Eindruck es auf die Mannschaften macht, wenn sie Stunden hindurch, noch dazu an einem Sonntage, unnützlich auf dem Kasernenhofe stehen müssen, ist klar. Selbstverständlich gibt es unter den Truppen von Berlin und Umgebung auch eine Reihe von Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, die genau wissen, daß die Sozialdemokraten kein gewaltthames Vorgehen planen und daher diese großen militärischen Maßregeln überflüssig sind. Vom rein militärischen und politisch scharfmacherischen Standpunkte aus wäre es vielleicht begreiflich, wenn für die Fälle, die allerdings nur in den Köpfen einiger Leute existieren, von jedem Infanterie-Regiment ein Bataillon, von jedem Kavallerie-Regiment eine Schwadron in den Kasernen konsigniert bliebe. Aber die Anordnung, daß die gesamten Truppen von Berlin und Umgebung buchstäblich bereitzustehen haben, ist überhaupt unverständlich und wird von den Abteilungen als unnütze Plage empfunden werden. Ebenso unverständlich ist die Maßregel, daß zum Schutze des Schlosses in erster Linie 1/2 Kompanien und als Reserve nicht weniger als zwei Infanterie-Regimenter bestimmt werden!

Angehts aller dieser militärischen Vorkehrungen taucht folgende bange Frage auf: Ist man am 21. Januar, wo es sich nur um durchaus friedliche und waffenlose Menschen handelt, so aufgeregt, wie soll das erst im Kriege werden, wenn ein bis an die Zähne bewaffneter Feind anrückt?

Den Augen des ganzen blinden Volks hat natürlich die Sozialdemokratie. Ihr sowieso sehr großer Glorienschein wird nur noch größer werden, weil die Vereinstellung eines ganzen Armeekorps zur Genüge den Respekt beweist, den die Regierung vor ihr hat. Der 21. Januar 1906 wird der Partei Agitationsstoff von einer Fülle liefern, wie sie selbst im Deutschen Reiche nur selten geboten wurde. Es liegt hier eine von den famosen Illustrationen zur deutschen Friedensliebe vor, wie man sie beim Zug gegen China, vor Venezuela und vor Haiti bewundern konnte. Und hier handelt es sich obendrein um den „inneren Feind“! —

Deutsches Reich.

20 Jahre Gefängnis!

Die bei dem Dresdener Land- und Amtsgericht verhandelten Prozesse gegen die am 3. und 17. Dezember anläßlich der Dresdener Straßendemonstrationen Verhafteten haben nunmehr ihr Ende erreicht. Das Resultat ist das folgende: Von 26 Angeklagten, die wegen Aufruhrs, Landfriedensbruchs, Aufstands, Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung, Aufrüstung usw. angeklagt waren, ist nur ein einziger freigesprochen worden. Den übrigen Verurteilten, die zum Teil verheiratet sind und Kinder zu ernähren haben, sind zu Strafen von insgesamt 20 Jahren Gefängnis verurteilt worden!

Von den Verurteilten hatten nur einige wenige an den Wahlrechtsversammlungen teilgenommen, die meisten von ihnen waren durch Zufall unter die Demonstrierenden geraten und hatten sich dann, gereizt durch das Vorgehen der Polizei, zu törichtem Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Einige von ihnen hatten obendrein unter der Einwirkung des Alkoholenusses gehandelt. Und trotz alledem diese furchtbar hohen Strafen!

Diese Verurteilungen erscheinen um so ungeheuerlicher, wenn man sie mit den Strafen vergleicht, die gegen Angehörige der „gebildeten“ Klassen, namentlich Studenten, in ganz ähnlich gelagerten Fällen verhängt zu werden pflegen. Wenn diese Unjustiz lästigen, Straßenlärm machen, Laternen-scheiben zertrümmern und der Schutzmannschaft Widerstand leisten, so pflegen solche Exzesse stets als Ausfluß übermäßiger Bierlaune, als Jugendschreie angesehen und demgemäß abgeurteilt zu werden: meist wird mit Rücksicht auf die Karriere der künftigen Ordnungshüter auch von der gelindesten Freiheitsstrafe abgesehen und nur auf eine Geldstrafe erkannt. Schlimmeres hatten auch die Dresdener Angeklagten nicht verbrochen, und trotzdem wurden sie zu Strafen von einem Jahre Gefängnis und weit darüber verurteilt!

Vielleicht aber wollte man eine politische Aktion unternehmen und einen Schlag gegen den Wahlrechtskampf führen. Das wäre dann freilich ein Schlag ins Wasser gewesen. Denn die Wahlrechtsbewegung wird nicht eher ihr Ende erreichen, als bis die Massen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erkämpft haben. Und wenn etwas geeignet war, die Arbeiterklasse noch tiefer aufzuwühlen, so die drakonischen Urteile in Dresden! Und da von diesen Urteilen zum Teil bisher politisch ganz indifferente Elemente betroffen wurden, wird dadurch die Erregung auch in Kreise hineingetragen, die bis jetzt noch stumpfsinnig in den Tag hineinlebten. So arbeiten Behörden und Gerichte gleich erfolgreich an der Ausbreitung der Sozialdemokratie, an der Untergrabung der Klassenherrschaft! —

Es wird weiter provoziert!

Die „Tägl. Rundschau“, das Blatt, das sich kürzlich bei der Jubiläumsfeier seines fünfundsingzigjährigen Bestehens von Vadsischen und Studios, von Landpastoren und Leutnants, von Literaten und Pensionsmittlern befestigen ließ, das es das eigentliche Blatt der „Gebildeten“ sei, der Quacksalber des „deutschen Gemütes“, erfuhrte bekanntlich vor wenigen Tagen dies deutsche Gemüt durch die polizeiförmige Ankündigung, daß am 21. Januar jeder Versuch der Berliner Arbeiterschaft, einen friedlichen Straßenumzug zu veranstalten, unumschmeichlich mit der Schärpe des Polizeisabels und dem scharfgeladenen Kleinfaltrigen unterdrückt werden würde. Der Parteivorstand beantwortete diese ebenso unmotiviert wie unerhörte Drohung mit der kühnen Feststellung der Tatsache, daß von den Veranstalter der Wahldemonstration an einen Straßenumzug überhaupt nicht gedacht worden sei, daß im Gegenteil von vornherein alle Anordnungen getroffen worden seien, um Straßenanstellungen zu verhüten. Diese Erklärung brachte das Scharfmachergegendel erst recht in Raserei, man wollte nun einmal Bürgerblut fließen sehen und versuchte es deshalb mit den niederträchtigsten Mitteln, die Arbeiterchaft zu provozieren. Da aber alle Lockspiegelstiffe hartnäckig zu verjagen drohen, hält es das auserwählte „Blatt der Gebildeten“, die „Tägl. Rundschau“, an der Zeit, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft einen neuen Schimpf ins Gesicht zu schleudern. Es schreibt:

„Die neue Taktik für den 21. Januar. Das Programm für die sozialdemokratischen Kundgebungen am kommenden Sonntag ist, wie wir erfahren, infolge unserer „vorzeitigen“ Veröffentlichung von den Sozialdemokraten in einigen Punkten geändert worden. Wie wir mitteilen, bestand die Absicht, nach Schluß der Versammlungen, die ruhig verlaufen sollten, von den Versammlungsorten aus in großen Zügen nach dem Schloß zu marschieren. Diese Anordnungen waren zwar vom Parteivorstand den Vertrauensleuten eingeleitet, die Ausführung aber sollte natürlich einen „offiziellen“, zufälligen Charakter tragen, damit der Parteivorstand sich von der Verantwortung für etwaige Zusammenstöße späterhin drücken konnte. Das ist nun nicht mehr möglich; selbst das geplante Verschwinden der Parteigrößen am Sonntag nach ansehnlich zu wichtigen „Engagements“ konnte gegenüber der Veröffentlichung des ganzen Planes nicht mehr ziehen. Man hat sich daher mehr zu folgender Taktik entschlossen: der Wortlaut der Versammlungsreden ist derart verschärft worden, daß es aller Voraussicht nach zu zahlreichen Aufstößen kommen wird — selbst das Versammlungsrecht wird den entrechteten Massen verweigert.“ Diese Massen werden aber trotzdem soviel „Besonnenheit“ bewahren, sich nicht vor den Versammlungslokalen zu Hägen zu ordnen, sondern werden ruhig „auseinandergehen“. Dann werden sie sich „zufällig“ an verschiedenen — vorher genau vereinbarten — Punkten treffen und durch die Straßen ziehen, nicht mehr nach dem Schloß. Wenn trotzdem die Polizei zum Eingreifen gezwungen wird, ist natürlich sie allein schuld; die sozialdemokratische Partei kann doch nicht für diese zufälligen Massen-spaziergänge verantwortlich gemacht werden, zumal die „Großen“ ja die Reden (und die damit verbundene Verantwortung vor dem Richter) an „Genossen“ weiter und dritter Güte abgegeben haben...“

Wir haben es diesmal — für 8 Groschen eine respektable Leistung! — mit einer dreifachen Aufreizung zu tun: mit einer Provokation der Arbeiterschaft, der man neue Insulten ins Gesicht speit, mit einer Aufreizung der Polizei, die man durch freche Lügen über angebliche Straßendemonstrationsabsichten nervös und kopflos zu machen sucht, und mit einer Aufreizung der Staatsanwälte und Gerichte!

Aber auch diese agent provocateur-Taktik wird nichts nützen! Der 21. Januar wird kein Festtag für das Scharfmachertum werden, wohl aber ein Tag des Volksgerichts über Klassenunrecht und moralische Verleumdung! —

Kahenzimmer.

Auf den Kauf der Konfiskationen, Verhaftungen, Haus-suchungen des letzten Sonntags folgte bald der staatsanwaltlich-polizeilich-richterliche Kahenzimmer. Von einigen Fällen meldeten wir bereits, in denen die Befehlsgabnehmer der Wahlrechts-Flugblätter rückgängig gemacht und das abgeholt „Befestigungsmaterial“ feil säuberlich zurückgebracht wurde.

Kun ist auch „In der Strafsache c/a Freegang wegen Verleumdung und Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen auf Antrag der königl. Staatsanwaltschaft der die Befehlsgabnehmer des Flugblattes der sozialdemokratischen Partei anordnende Weisung vom 14. Januar 1906 aufgehoben!“ Es ist nämlich in Anbetracht der Gefahr des Staats-Unterganges von den üblichen preussischen Behörden zum Teil sehr häßig „gearbeitet“ worden, daß sie hier und da sich nicht an die Grenzen ihrer Zuständigkeit hielten und sich mit Säubern beschäftigten, die ihrer Jurisdiktion gar nicht unterstehen! Wieweit dieser formale Grund, wieweit sachliche Motive in den einzelnen Fällen zutreffen, das wird sich erst nach sorgfältiger Sichtung des gesamten Materials feststellen lassen.

Um so eifriger sind diverse zuständige Instanzen tätig, nachdem die Sonntagsarbeit der Herrn Kollegen im Talar sie ausgerüstet hat, im Laufe der Woche nachzuholen, was sie an deren Anfang veräumten: Unsere Berliner Expedition (Aktion 30) bekam noch am gestrigen Donnerstag „Besuch“. Ein Polizeileutnant und ein Kriminalschuyman beschlagnahmten 18 Flugblätter.

Zum Glück reicht die polizeiliche Rüstung aber noch weiter. Daher hatte auch die „Vorwärts“-Druckerei sich „für gültige Nachfrage“ seitens der Behörde zu bedanken, und einige Restaurateure (in der Pflanzstraße, in der Laufziger- und in der Reindendorferstraße) mußten es büßen, daß Sozialdemokraten bei ihnen verkehren: sie wurden durch polizeilichen „Besuch“ für einige Zeit in ihrer Tätigkeit gestört und mußten eine Unterhaltung mit Besuchern führen, die sie garnicht zu sich gebeten hatten. In einem Lokal der Schillingstraße nahm die Polizei Vergeris an einem Flugblattein, das an der Wand hing; es wanderte „zu den Alten.“

Aus Elbing erhalten wir folgende Privatdepesche: „Eine Nummer der liberalen „Altpreussischen Zeitung“ wurde, soweit noch Exemplare in der Expedition vorhanden waren, beschlagnahmt wegen eines sozialdemokratischen Inserats, welches

zum Besuch einer Protestversammlung gegen das Landtagswahlrecht auffordert! Im Inzerat war das Landtagswahlrecht nach Bismarcks einstimmigem Ausspruch das „elendeste aller Wahlsysteme“ genannt.

Auch hier wird dem Konstitutionsbrauch sicherlich recht schnell der Kater folgen. Es wird aber einem gewissen Teile unserer bürgerlichen Gesellschaft gar nicht gefallen, daß die sozialdemokratische Preußenaktion ohne große „Sensationen“ abgehen soll. Liegt man doch in der Presse jenes Schlages, der keinen Widerspruch für dumme genug hält, ihn nicht abdrucken, daß in Berlin „Unter den Linden“ bereits Fenster vermietet seien, von denen die „Revolution“ gut beobachtet werden kann!!

Den guten Leuten wird's am schnellsten lagenjämmerlich zumute werden. —

Versammlungsverbot in Leipzig!

Die Polizei in Leipzig hat die für kommenden Sonntag in Leipzig geplanten Demonstrationsversammlungen verboten. In der echt sächsischen Begründung dieser Vergewaltigung des Versammlungsrechtes, dieses Grundrechtes eines nicht nach altrussischen Maximen regierten Volkes, heißt es: „Das Polizeiamt ist weit davon entfernt, eine ruhige und sachliche öffentliche Besprechung der zurzeit im Vordergrund der politischen Bewegung stehenden Frage der Wahlrechtsreform durch Verbote der sich hiermit beschäftigenden Versammlungen verhindern zu wollen, es hat aber aus den nachstehend dargelegten Gründen die Ueberzeugung gewonnen müssen, einmal, daß es sich bei den hier in Rede stehenden Versammlungen weit weniger um eine Besprechung der Wahlrechtsreform, als vielmehr um eine eifrige Propaganda für revolutionäre Ideen und Umsturzbestrebungen handelt, und sodann, daß gerade diese Versammlungen in besonderem Grade den Anlaß zu Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung bieten würden.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt treffend hierzu, daß der Staat, der den Arbeitern das Wahlrecht geraubt hat, in seiner Unfähigkeit, das Wahlrecht zu ändern, nun auch noch das Versammlungsrecht illusorisch macht. Selbstverständlich wird die Arbeiterschaft Leipzigs zu dieser systematischen Volksentredung nicht schweigen. —

Dem Postminister der Verdienstorden. Aus Oldenburg wird vom 17. Januar gemeldet: Der Großherzog hat beim heutigen Ordensfesten den Justizminister Rüststrat zum Kapitular-Komtur des Hans- und Verdienstordens des Herzogs Peter Friedrich Ludwig ernannt. —

Die Revolutionen hat, wie uns aus Altenburg berichtet wird, auch die herrschende Kreise des Bauernstaates Altenburg ergriffen. Gleichwie in Preußen und Sachsen ist auch hier der Gedanke einer Wahlrechtsbewegung auf fruchtbaren Boden gefallen. Um dem bevorstehenden Umsturz aller Dinge am 21. Januar vorzubeugen, hat das in Altenburg garnisonierende Infanterieregiment für den 21. Januar in Bereitschaft zu stehen. Seit einiger Zeit werden die Soldaten über das Wesen und die Bedeutung des Sozialismus und der Sozialdemokratie in der Instruktion „aufgeklärt“.

Im Auftrage der Staatsanwaltschaft in Görlitz wurden am Mittwochvormittag die Geschäftsräume der „Altenburger Volkszeitung“ und die Wohnung des Vorsitzenden des Landesverbandes der Sozialdemokratischen Partei Altenburgs, Genossen Strigle, nach preussischen Wahlrechtsflugblättern durchsucht. Gefunden wurde natürlich nichts. Wie der Staatsanwalt in Görlitz nur auf den Gedanken gekommen sein mag, daß die preussischen Wahlrechtsflugblätter sich nach Altenburg geflüchtet haben könnten! —

Arbeiterkammern. In der Donnerstags-Sitzung der Zweiten Badischen Kammer erklärte Minister Schenkel in Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation betreffend die Arbeiterkammern folgendes: Die Reichsregierung beabsichtigt die Ausarbeitung eines Gesetzes betreffend die Arbeitervertretung, sobald die Reichsregierung über die Berufsvereine zum Abschluß gelangt sei. Die badische Regierung sei bereit, im Bundesrat an der Schaffung eines solchen Gesetzes mitzuwirken. Solange die Gewerkschaften, daß das Reich diese Frage lösen werde, erachte es die Regierung nicht für geboten, durch die Landesgesetzgebung selbst auf diesem Gebiete vorzugehen. —

Zusammenbruch der Mittelstandsvereinigung.

Eine Korrespondenz meldet aus Hannover: Der erste Vorsitzende der Mittelstandsvereinigung, Architekt Max Küster, hat unter dem 12. Januar ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Ortsgruppen gerichtet, in welchem er darauf hinweist, daß er persönlich seinerzeit die Mittel dargeboten habe, welche zu dem Aufbau der Organisation nötig gewesen seien. Er habe das in der selbstverständlichen Voraussetzung getan, daß die Ortsgruppen, sobald sie konstituiert waren, die tagungsgemäßen Beiträge nach Hannover abführen und ihn damit finanziell unterstützen würden. Das sei leider nicht geschehen. Die Kosten der Agitation hätten sich inzwischen durch die Einrichtung eines Bureau, die unbedingt notwendige Anstellung eines Generalsekretärs und die Herstellung zahlreicher Drucksachen erheblich vermehrt, während nur ganz wenige Ortsgruppen Beiträge bezahlt hätten, die große Mehrheit überhaupt nicht. Alle diesbezüglichen an die Ortsgruppen gerichteten Witten und Vorstellungen seien vergebens gewesen, ja zum Teil nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Er, Küster, sei nun weber willens noch in der Lage, die Kosten einer so großen Organisation zum größten Teil auf seine Schultern zu nehmen. Wenn man mehr binnen 14 Tagen seitens der Mehrheit der Gruppen seine oder eine ablehnende Antwort einlaufen sollte, so werde er den Zentralvorstand einberufen, um denselben mitzutheilen, daß der geschäftsführende Vorstand mit ihm, dem Vorsitzenden an der Spitze, seine Kante niederlege. Dann würde das Bureau in Hannover und damit der Generalsekretär seine organisatorische, journalistische und sonstige Tätigkeit einstellen und jede einseitige Leitung fortlassen. „Daß das für die gesamte Organisation, die sich in so lebhaftem Aufschwung befindet, ein Schlag wäre, den sie nicht verwindet, daß damit ihr geradezu der Lebensnerv unterbunden würde, bedarf wohl keiner Erläuterung.“ —

Staatssekretär v. Nischhofen ist gestern am Mittelnacht verstorben. Nischhofen trat 1876 in das Auswärtige Amt ein, wurde in diesem 1877 Legationsrat und ständiger Hilfsarbeiter und 1882 Wirkl. Legationsrat und Vortragender Rat. Von 1885 bis zum Jahre 1896 war er als Mitglied der Direktion der ägyptischen Staatskolonialen in Kairo tätig, dann erfolgte seine Ernennung zum Direktor der Kolonialabteilung als Nachfolger des Dr. Kayser und im Dezember des folgenden Jahres seine Beförderung zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt. Seit Oktober 1900 war er Staatssekretär; nach Annahme der Handelsverträge wurde er zum Staatsminister ernannt. — Für die Defensivität war der Verstorbene ein Mann ohne bestimmtes Gepräge, da er höchstens bei Kolonialdebatten einmal farblose Reden hielt. Die konervative Presse nennt ihn einen anspruchslosen „Gehülsen Billows“.

Koloniale Blutopfer. Dem „Tag“ wird aus Dar es Salaam gemeldet: Hauptmann Rymann telegraphiert aus Tanga, daß Aufständische aus dem Bezirk Songea wieder in Lupembe einfielen. Sanitätsfeldzeug nach Tanga und zwölf Kofari nebst einer Anzahl Hilfskriegern entgegen und verfolgte den Gegner, nachdem

er ihn getroffen, bis in bisher unbedeckte große Felshöhlen am Anubudschu, wo vom 28. bis 29. Dezember erbitterte Höhlenkämpfe stattfanden. Von den mehreren hundert zählenden Aufständischen sind anscheinend nur fünfzig entkommen. Mehrere längst gesuchte Führer, auch Bangire selbst, sind unter den Toten. Auf unserer Seite war der Verlust an Hilfskriegern ebenfalls erheblich. Von der Truppe wurden Sergeant Bach leicht und ein schwarzer Unteroffizier erheblich verwundet.

Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Sergeant Paul Heyden, geboren am 27. 5. 76 zu Stoppelow, am 18. Januar d. J. in Korakorabis an Herzschwäche infolge Schlangengebisse gestorben. Reiter Josef Preuß, geboren am 15. 2. 83 zu Jarotschin, am 18. Januar im Lazarett Darmbad an Typhus gestorben. Reiter Bernhard Krey, geboren am 15. 11. 78, zu Neuenforz, am 18. Januar d. J. beim Ueberfall des Viehpostens bei Umuh leicht verwundet; Streifschuß rechten Oberarm.

Ein Telegramm aus Buea (Kamerun) meldet: Leutnant Waldemar Lenz, geboren am 21. 7. 75 zu Meiningen, früher im Infanterieregiment Nr. 88, am 5. Januar d. J. in Waka an Folgen einer Ebererkrankung gestorben. Unteroffizier Alfred Barthel, geboren am 9. 12. 78 zu Bernsdorf, am 4. Januar d. J. in Auela, Landschaft Kautwe an Dysenterie gestorben. —

Ausland.

Frankreich.

Fragen der Parteitalität.

Paris, 16. Januar. (Fig. Ber.)

Die Beratungen des Nationalrates der sozialistischen Partei am Sonntag bezeugten das intensive Leben in den Organisationen. 27 Föderationen der Provinz hatten Delegierte entsendet. Die Morgen Sitzung wurde mit dem Bericht Baillants über die Arbeiten des internationalen sozialistischen Bureaus eröffnet. Der Bericht fand einstimmige Genehmigung. Am Nachmittag wurden die Föderationsberichte über die Wahlpropaganda erlesen. Sie bieten ein durchaus erfreuliches Bild. Schon jetzt sind in 220 Wahlkreisen Kandidaten der geeinigten Partei aufgestellt. In sieben Departements sind bereits alle Wahlkreise besetzt. Selbst in wirtschaftlich und kulturell so zurückgebliebenen Landesteilen wie in der unteren Normandie und der Bretagne nimmt die Partei in den meisten Wahlkreisen energisch den Kampf auf. Das beschlossene Wahlmanöver, das von den Genossen Guedde, Rebelin, Jaurès, Baillant, Lafargue und Delory ausgearbeitet worden ist, haben wir bereits in seinen wichtigsten Stellen mitgeteilt.

Eine sehr langwierige Debatte entpinn sich über die Stellung der Fraktion bei der Präsidentenwahl in Versailles. Die sozialistischen Abgeordneten hatten vor einigen Tagen entschieden, keinen Vorschlag zu fassen, der die Fraktionsangehörigen offiziell und kollektiv verpflichtete. Die Föderation Jföre beantragte hingegen, daß die sozialistischen Kongreßmitglieder das für die Kammerwahlen aufgestellte Prinzip des „Massenmandats“ auch hier befolgen und im ersten Wahlgang geschlossen für einen eigenen Präsidentschaftskandidaten stimmen sollten. Die Vertreter dieses Antrages, zu denen besonders auch Guedde gehörte, vertraten die Meinung, die Fraktion sei nicht dazu aus dem Block ausgetreten, um hinterher wieder die Parole von den bürgerlichen Republikanern zu empfangen. Auf der anderen Seite wurde eingewendet, daß die Sozialisten, die doch die Teilnahme an den bürgerlichen Regierungen abgelehnt hätten, jetzt nicht den Anspruch erheben dürften, den obersten Repräsentanten des Vorkriegsstaates aus ihrer Mitte zu wählen. Schließlich entschied der Nationalrat, daß die Frage zu spät zur Sprache gebracht worden sei und daß es deshalb der Fraktion überlassen werden müsse, die im Interesse des Proletariats erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Sodann behandelte die Versammlung noch in einer bis 2 Uhr währenden Nachsitzung die Frage des Antimilitarismus, die in einer von der heroldischen Föderation Jföre beantragten Erklärung auf die Tagesordnung gebracht wurde. Hier kam es zu scharfen Redekämpfen, und dem Genossen Hervé blieb die Kritik nicht erspart. Der Nationalrat sagte hierauf seine Aufschauungen in einer Resolution zusammen, deren Ideen mit den in der deutschen Sozialdemokratie vorherrschenden durchaus übereinstimmen. —

England.

Die Wahl.

Stand bis jetzt: 168 Liberale, 74 Unionisten, 51 Nationalisten, 31 Arbeitervertreter. Die Liberalen haben zurzeit 81, die Arbeiter 20, die Unionisten 2 Sitze gewonnen. Chamberlain ist gewählt. Die „Daily News“ sprechen von den Siegen der enalischen Arbeiter als vom „Erwachen des Riesen“. —

Kommunales.

Stadtvorordnet-Versammlung.

3. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar 1906, nachmittags 5 Uhr.

Der stellvertretende Vorsteher Michalet eröffnet die Sitzung um 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die feierliche Einführung des wiedergewählten Stadtv. Kampfs.

Zur provisorischen Unterbringung weiterer Klassen des Friedrich-Werder-Gymnasiums, dessen Verlegung nach Moabit seit 1902 im Gange ist, für das aber der in der Bodumerstraße projektierte Neubau erst im kommenden Sommer begonnen und frühestens zum Herbst 1908 bezogen werden kann, sollen auf den städtischen Grundstücken an der Bremer-, Eugenbagen- und Wielestraße mit einem Aufwande von 81 000 M. Schulbaracken errichtet werden, und zwar zunächst deren 4, die vom 1. April 1906 ab in Benutzung genommen werden können.

Stadtv. Berl (N. L.) hält für notwendig, auf die Passionsgeschichte der Verlegung dieser Anstalt hinzuweisen. Die großen Schwierigkeiten, die diese Verlegung verursacht hätte, seien vielfach worden durch die Existenz einer Vorhülle an derselben. Der Vorgang fordere aufs neue zur Abschaffung dieser Ständeschulen auf.

Stadtschulrat Michaelis: Man hat mit der Verlegung zu früh begonnen; ein weiterer Fehler ist nicht gemacht. Die klassenweise Verlegung ist von der Aufsichtbehörde vorgeschrieben worden. Die Versammlung nimmt daraufhin die Vorlage an.

Der Rentier Theodor Kuyner hat der Stadt ein Vermächtnis von annähernd 1/2 Millionen Mark angesetzt zum Zwecke der Errichtung einer „Gebrüder Theodor und Karl Kuyner-Stiftung“, aus der hälftig, in Berlin ortsgenössige, mindestens 88 Jahre alte Männerinnen, Handarbeiterinnen, weibliche Dienstmoten und Fabrikarbeiterinnen ohne Unterschied des Bekenntnisses laufende Renten von jährlich 250 M. der Regel nach auf Lebenszeit erhalten sollen. Der Magistrat hat die Annahme der Stiftung beschlossen; die Versammlung spricht die Zustimmung und der Vorsteher-Stellvertreter den Dank der Stadtgemeinde für die hochherzige Stiftung aus.

Dem Beschlusse der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, in Gemeinschaft mit ihr bei den zuständigen Reichs- und Landesbehörden dahin vorstellig zu werden, daß auf dem Wege der Gesetzgebung bestimmt wird, daß die in Form von Krankenkassen behandelten gewählten Unterführungen für den Verlust des Wahlrechts nicht in Betracht kommen, ist der Magistrat beigestimmt und hält für zweckmäßig, über die Ausführung dieses Beschlusses in gemischter Deputation (10 Mitglieder der Ver-

sammlung, 5 des Magistrats) zu beraten. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Der Antrag Arons u. Gen. (Soz.) auf Neueinteilung der Wahlbezirke III. Abteilung dergestalt, daß auch hier 16 (statt 45) Wahlbezirke gebildet werden, ist von dem niedergelegten Ausschusse mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt worden.

Da ein Antrag Deutsch (Soz.-fortschr.) einläuft, die I. und II. Abteilung auch in je 48 Bezirke zu teilen, und der Referent Stadtv. Sonnenfeld nicht anwesend ist, wird nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Stadtv. Kreiting, Hlstein, Wallach und Singer beteiligen, gemäß einem Antrag Kreiting die Angelegenheit mit dem Antrag Deutsch an den Ausschuh zurückverwiesen.

Die

Erhöhung der Kurkosten für nicht in Berlin wohnende Kranke

auf 4,20 M. für Erwachsene und 3,35 M. für Kinder bis zu zwölf Jahren pro Kopf und Tag zunächst auf die Dauer von drei Jahren ist vom Magistrat beabsichtigt. Auch sollen die bisher bestandenen Ermäßigungen der Sätze für einzelne Klassen von nicht in Berlin wohnhaften Kranken aufgehoben werden.

Es ist Ausschuhberatung beantragt, außerdem ein Abänderungsantrag eingegangen.

Stadtv. Koblenger (Soz.): Die Begründung dieser Vorlage, welche einem Verlangen der Versammlung entsprechen soll, wonach die Kurkosten für die außerhalb Wohnenden nach dem Selbstkostenpreise zu berechnen sind, ist etwas wunderbar ausgefallen. Die Krankenhausbudgetation ist zu einem ganz anderen Ergebnis als der Magistrat gekommen, sie empfahl, den Antrag kurzer Hand abzulehnen, weil die Zahl der betreffenden Personen ständig zurückgehe, man also irgend einer Gefahr nicht entgegengehe; sie wies auch auf die Möglichkeit von Gegenmaßnahmen der Vororte hin und hält einen Kampf Berlins mit den Vororten überhaupt nicht für angemessen. Wir stehen auf demselben Standpunkt, daß ein solcher Streit der Hauptstadt Berlin als des Stärkeren nicht würdig ist. Trotzdem bringt nun der Magistrat und diese Vorlage. Aus finanziellen Gründen? Oder denkt er die Krankenhäuser damit zu beseitigen? Oder ist es die Absicht, diesen Kleinkrieg mit den Vororten zu beginnen, um ihnen zu zeigen, daß wir uns von ihnen nichts gefallen lassen? Eins wie das andere ist grundfalsch. Die Vororte werden kaum von dieser Maßregel getroffen; auch liegt ein solcher Krieg gar nicht im Berliner Interesse. Aber auch die beiden anderen Möglichkeiten treffen nicht zu. Mit dem Ausschuh der wenigen Prozent fremder Kranken wird man die Krankenhäuser nicht beseitigen und der finanzielle Gewinn ist ganz unbedeutend. Wer aber wird von dem Ausschuh betroffen? Hauptsächlich Krankenschwestern, welche in Berlin arbeiten, aber in den Vororten wohnen. Das sind etwa 70 Proz. derjenigen Zahl, die überhaupt in Frage kommt. Die magistratliche Rechnung, wonach 160 000 M. mehr eingenommen werden sollen, dürfte nicht stimmen, denn die Krankenschwestern sind ja nicht verpflichtet, ihre Mitglieder ins Krankenhaus zu schicken, wie auch dem Magistrat bekannt sein wird. Diese Leute, die in Berlin arbeiten, verlieren doch durch ihre Arbeit erst die Bürger und Steuerzahler in die Lage, überhaupt Steuern zahlen zu können. (Lebhafter Widerspruch und Lachen.) Auch laufen diese Leute viel mehr in Berlin als in den Vororten ein. Eine Verechtigung zu der Vorlage liegt demnach überhaupt nicht vor, und es bleibt nur die Schikanierung der Vororte und ein unnobles Benehmen Berlins gegen sie übrig. Man giebt hier bloß Del ins Feuer, und die Gegenmaßnahmen der Vororte könnten Berlin leicht empfindlich treffen. Wir lehnen die Vorlage ab. Noch in den letzten Jahren hat der Magistrat selbst auf diesem Gebiet fortwährend Erleichterungen geschaffen; jetzt kommt er plötzlich mit der Aufhebung aller dieser Vergünstigungen. Man will also bloß den Vororten ein Veto entgegenstellen. Wir rechnen es dem Magistrat nicht hoch an, daß er sich diese Auffassung des Herrn Wallach zu eigen gemacht hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Hlstein (Soz.-fortschr.) nimmt zu dem Magistratsantrage dieselbe absolut ablehnende Haltung ein wie vor zwei Jahren. Es könne nur der Zweck sein, den Kleinkrieg gegen die Vororte zu eröffnen. Nun brauche Berlin gewiß nicht sich alles von den Vororten gefallen zu lassen; aber ganz verkehrt sei es, mit der Krankenpflege hier zu operieren. Man solle die Vorlage ablehnen, eventuell einen Ausschuh einlegen und mindestens denjenigen die Vergünstigung belassen, die in Berlin den Unterstufungswohnsitz haben.

Stadtv. Wallach (N. L.) tritt den Vorrednern entgegen. Man scheine die früheren bestigen Krankenhausbudgeten ganz vergesen zu haben. Der finanzielle Effekt sei nicht groß, aber auch nicht unbedeutend. Es handele sich immerhin um 2200 Personen. Die Hauptsache sei, endlich einmal gegen die Bedrückung durch die Vororte Stellung zu nehmen. Auszuweichen sei nur, daß die Selbstkosten immer noch nicht hoch genug berechnet sind. Seine Ehre zu wahren, dazu brauche der Magistrat Herrn Koblenger nicht.

Stadtv. Körte (Fr. Fr.) befürwortet Ausschuhberatung. Die Berechnung des Durchschnittspreises sei nicht einwandfrei; der Satz sei zu hoch gegriffen. Wolle man sich gegen die Vororte wehren, so solle man geeignete Mittel als die Krankenhäuser wählen. (Zustimmung.) In den kleinen Wäldchen werde der Riese Berlin nicht zugrunde gehen. (Beifall.)

Stadtv. Prof. Landau (N. L.) spricht ebenfalls für Ausschuhberatung, obwohl er am liebsten für glatte Ablehnung wäre. Er könne nicht annehmen, daß der Magistrat bloß, um einen Beschluß der Versammlung zu entsprechen, mit der Vorlage komme, denn der Magistrat habe sich wiederholt beschlossenen anderen Forderungen, wie der der Schaffung eines städtischen Medizinalrats (Hort, Lortl), bisher absolut widersetzt. Es sei hier eine ganz heinliche Maßregel geplant, die Berlin dem Gespött ganz Deutschlands preisgeben werde.

Bürgermeister Dr. Reide: Nicht den Krieg gegen die Vororte oder Bestrafung derselben wollen wir, aber wir haben auch keine Veranlassung, den Vororten auf Kosten unseres Steuerbüchels Geschenke zu machen. Das beste wäre tatsächlich Kommissionsberatung.

Stadtv. Labowitz (N. L.) hält doch für geboten, angesichts des oberverwaltungsgerichtlichen Urteils aus dem Prinzip der Selbsthaltung heraus von den Vororten einen den Selbstkosten entsprechenden Betrag zu nehmen. Jedenfalls sei Ausschuhberatung nicht zu umgehen.

Stadtv. Singer (Soz.): Ich sehe keinen Anlaß, noch einen Ausschuh einzulegen. Die Vorlage ist sehr sorgfältig vorbereitet, zumal in der Krankenhausbudgetation. Der Bürgermeister hat mit dem ihm eigenen guten Geiste die Vorlage zu retten versucht vor dem Vorwurf, daß der Magistrat eine Gelegenheit, die angelegliche Bedrückung der Berliner durch die Vororte zu beseitigen, an sehr unrichtiger Stelle benutzt. Die ganze Mißere, daß solche Vorlagen hier verhandelt werden müssen, liegt darin, daß der richtige Augenblick der Eingemündung verpaßt ist. Daß ein materieller Erfolg nicht herausspringt, hat der Kollege Koblenger ja nachgewiesen. Unstreitbar ist, daß ein sehr großer Teil der Betroffenen Krankenschwestern sind. Diese Leute, welche Sie auf diese Weise abweisen, würden Sie nachher als Armeutante doch bekommen, und der erhoffte Gewinn würde sich eventuell in einen Verlust verwandeln. Angeichts dieser Sachlage wollen Sie eine solche Krähwinkelpolitik treiben? „Gesicht“ ist doch ein zu großes Wort für eine so kleine Sache. Mit dieser Kleinlichen, schikanösen Politik ist nichts gewonnen. Wir sind gegen den Ausschuh und gegen die Vorlage.

Die Vorlage geht darauf an einen Ausschuh. Die speziellen Entwürfe zum Neubau der Feuerwache in der Straße 11a, nahe der Elbingerstraße, und zum Neubau von Gemeindedoppelschulen in der Senefelderstraße und in der Frankfurter Allee 140 werden genehmigt. Für die speziellen Entwürfe zum Neubau der Gemeindedoppelschule in der Littauerstraße, zum Neubau der Gemeindedoppelschule nebst Armenamt in der Gdertstraße und zu Neubauten des Friedrich-Wederschen

Gymnasiums und der Gemeindefchule in der
Vohamerstraße wird ein Ausschuss beantragt.

Stadtv. Esmann (Fr. Fr.) regt an, dem überlasteten Stadt-
bauamt Hofmann zur Unterstützung eine tüchtige praktische Kraft
zur Seite zu stellen. Sodann empfiehlt er eine feuerwehrende Kon-
struktion der Dächer in den Schulgebäuden und eine Revision des
Bauplans für Turnhallen mit der Maßgabe, daß untersucht werden
soll, ob die Turnhalle nicht in das obere Stockwerk eines Schul-
gebäudes verlegt werden kann.

Der beantragte Ausschuss wird beschloffen.
An erhöhten und neuen Zuwendungen an gemeinnützige
Vereine und Anstalten beabsichtigt der Magistrat in den
Etat für 1906 einzustellen: Für den Verein zur Förderung der
Kleinkinder-Bewahranstalten 4000 M. (bisher 3000),
für den Berliner Krispenverein 2500 (bisher 1500), für den
Allgemeinen deutschen Schulverein in Berlin zur Er-
haltung des Deutschstums im Auslande 1500 M. (bisher 500),
für den Deutschen Tierärzverein zu Berlin 8000 M.
(bisher 5000), für den Verein für Volksunterhaltungen
2000 M., für den Verein für die Götterischen Kleinkinder-
Bewahranstalten 500, für den Zentralfranken-
pflegeverein für Berlin und Umgegend und für den
Sanitätsverein für Lehrerinnen und Erzieherinnen in
Berlin je 300 M. Die letzten vier Positionen sollen neu in den Etat
aufgenommen werden.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.
Zu Ätern 1906 soll ein städtisches selbständiges Mädchen-
Realgymnasium mit dem Lehrplan eines Reform-Real-
gymnasiums für die Klassen Untertertia bis Oberprima ins Leben
treten. Die Unterbringung soll in dem Gebäude der 208. Ge-
meindefchule, Fürbringerstraße 33/34, erfolgen. Die Einnahmen
sind auf etwa 23 500, die Ausgaben auf circa 49 000 M. veranschlagt.
Das Schulgeld soll 140 M., für Auswärtige 200 M. betragen.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an.
Am 4. Januar er. hat die sozialdemokratische Fraktion folgen-
den Antrag Antr. und Genossen eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Zahl der
Schularzte so zu vermehren, daß einem Schularzte
nicht mehr als zwei Schulen überwiesen werden.“

Dazu liegt der Antrag Berl.-Dinse vor, den Antrag
Antr. abzulehnen, dagegen den Magistrat zu ersuchen, eine stetige
Vermehrung der Schularzte entsprechend den im Etat zur Verfügung
stehenden Mitteln herbeizuführen.

Stadtv. Dr. West (Soz.): Gegenüber den Bestrebungen auf
Verminderung unserer Volksschule, gegen welche wir vor drei
Wochen energisch protestierten, wird die Verbesserung unseres Schul-
arztesdienstes ein Fortschritt sein, namentlich wenn es gelingt, durch
die schulärztliche Tätigkeit die gesundheitlichen Zustände und die
Arbeitskraft und den Wohlstand unseres Volkes zu heben. Die
36 Schularzte, die wir jetzt haben, können auch, den besten Willen
vorausgesetzt, die ihnen zugewiesene Arbeit gar nicht leisten. Das
haben wir schon bei der ersten Einschätzung von Schularzten erklärt.
Stoßgedanken mußten wir aber damals dem Ausschussantrag zu-
stimmen. In Berlin hat ein Schularzt 127 Klassen zu versorgen,
in Sachsen sind es 30, in Hannover nur 12. Allerdings meint der
Verfasser der Denkschrift, die in Berlin dem Schularzt gestellten
Aufgaben seien anders geartet als anderswo; aber trotz allem
sind die Schularzte in Berlin, wie ich behaupte, nicht imstande,
die ihnen gestellten Aufgaben zu erfüllen. Wir alle Pädagogen
und Mediziner müssen verlangen, daß die Aufgaben den Schularzten
weiter gesteckt werden, als es bisher der Fall ist. Das Interesse
der Kinder darf nicht dem Interesse der Ärzte
geopfert werden; das Interesse der Kinder muß
an erster Stelle stehen. Es geht nicht an, in der hier be-
stehenden Beschränkung nur die Schulärzten zu unterstützen. Was
darüber jetzt hinausgeht, der zufällige Besuch einer
Schulkasse durch den Arzt, die Beobachtungen des Lehrers
oder gar des Rektors, damit ist es wirklich nicht
möglich, alle möglichen Krankheitszustände zu erkennen.
Es ist auch dringend notwendig, die Kinder beim Austritt aus der
Schule, wenn sie in das praktische Leben übergehen, zu unterstützen.
Auch sind die Pädagogen und Mediziner einig darin, daß die Durch-
musterung aller Kinder unentbehrlich ist, wenn nicht wenigstens
Augen- und Zahnärzte vertreten sind. Schul-
ärztliche gibt es schon u. a. in Pest, Wiesbaden, Paris. Bisher
haben sich unsere Schularzte der freiwilligen, unentgeltlichen Unter-
stützung von solchen Spezialärzten erfreut. Schulärzte gibt
es bereits in Strahburg und Offenbach. Gegenwärtig müssen die
vorhandenen Schularzte sehr häufig und oberflächlich arbeiten. Die
Einwirkung gewerblicher Nebenbeschäftigung der Kinder wird in der
Denkschrift als eine günstige dargestellt, eine Auffassung, welche
bei den meisten Ärzten ein gewaltiges Schütteln des Kopfes hervor-
gerufen hat. Der Verfasser muß doch mit den wirklichen Berliner
Verhältnissen wenig vertraut sein; er braucht bloß einmal gegen
Beschnitten in der Leipzigerstraße die Kinder sich anzusehen, die
da irgend welche Kleinigkeiten, Spielsachen usw. anbieten, um seine
eigenartige sozialpolitische Auffassung von der günstigen Wirkung
dieser Beschäftigung zu korrigieren. Ferner erfahren wir aus der
Denkschrift, daß die Schularzte sogar mit ihren Hauswirten
in Konflikt gekommen sind, da diese sich gegen
die große Zahl der den Arzt besuchenden Kinder
beschwerten; man wird also den Schularzten Schulräume zur
Verfügung stellen müssen. Was eine Kommune an den Kindern
verschämt, muß sie doppelt und dreifach angeben für Armen- und
Krankenpflege. Wir können nicht mit dem Ausbau der Einrichtung
so schlappweise vorgehen, wie es der Antrag Dinse will. 1000 M.
Honorar für zwei Schulen, was genügt, würde 140 000 M. er-
fordern, also kaum 70 000 M. mehr als gegenwärtig. Es kann keine
wirtschaftlichere Kapitalanlage für Berlin geben als die Ausgaben
für öffentliche Gesundheitspflege. (Beifall bei den Sozialdemo-
kraten.)

Stadtv. Müller (Fr. Fr.) bittet den Magistrat und die Schul-
deputation, der Hygiene der Bühnen der Schulkinder eine erhöhte
Aufmerksamkeit zuwenden zu wollen. (Zustimmung.)

Stadtv. Hirsfeldern erkennt an, daß die Zahl von acht Schulen
für einen Schularzt allerdings eine zu hohe sei. Deshalb würden
auch acht neue Schularzte zu den bisherigen 36 in den nächsten Etat
eingesetzt werden.

Stadtv. Berl. (R. L.) befürwortet seinen Antrag. Aus dem
Hortmannschen Bericht ginge nicht hervor, daß die Zahl der Schul-
ärzte im Sinne des Dr. West bemessen werden müsse.

Stadtv. Iden (R. L.) führt aus, daß Professor Hartmann sich
mit einer Vermehrung der Schularzte befaßt hat, daß auf einen
sechs Schulen kommen, durchaus einverstanden erklärt, daß und be-
kämpft nachdrücklich das weitergehende Verlangen der Sozial-
demokraten. Mit 44 Schularzten werde man sehr gut auskommen.

Stadtv. Dr. Nathan (Soz.-fortschritt.): Das Institut unterliegt ja
steter Umänderung; auch jetzt wieder will die Schuldeputation die
Zahl der Schularzte von 36 auf 44 vermindern.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag Berl.-Dinse wird
zurückgezogen. Der Antrag Antr. geht an einen Ausschuss.

Die Vorlagen wegen Unterbringung der Waffen-
kinder und die neue Grund- und Umfassungsordnung
sollen von der Tagesordnung abgesetzt werden.

Stadtv. Dr. Friedemann (Soz.-fortschritt.) beantragt die letztere
Vorlage wegen ihrer einschneidenden Bedeutung im „Gemeindeblatt“
drucken zu lassen.

Stadtv. Singer widerspricht diesem Vorschlag, da das ein
ganz ungewöhnlicher Vorgang sein würde, auch gar keine Ver-
anlassung vorliegt, den Hausbesitzern eine Ertragsverluste zu lassen.

Stadtv. Cassel hält den Antrag auch für nicht zweckmäßig,
empfiehlt aber, zwischen der ersten Lesung und der Ausschussberatung
einen gewissen Zwischenraum zu lassen, um den Interessierten
Gelegenheit zur genauen Information zu geben.

Stadtv. Friedemann zieht seinen Antrag zurück. Die Verlesung
der beiden Gegenstände wird beschloffen.

In der wiederholt behandelten Angelegenheit des Grauen
Kloster-Gymnasiums hat der niedergelagte Ausschuss ge-
nehmigt, daß das Grundstück Klosterstraße 73 dem Komplex der
Gymnasialgebäude hinzutritt, und in einer Resolution
eine Reihe von Änderungen des vorgelegten Statuts der
Kommunitätsklasse empfohlen, um den ursprünglichen Zweck
des Fonds, die Unterstützung unbemittelter Schüler, wieder in die
erste Linie zu stellen. Diese Absicht ist, wie der Berichterstatter
Dr. Krons (Soz.) betont, nur teilweise erreicht worden. Das
Statut hat im Ausschuss eine sehr gründliche Beratung erfahren; es
ist durch die neue Fassung wenigstens prinzipiell der Weg geebnet,
auch Gemeindefchulern die Wohltaten des Fonds zuzuwenden; es ist
ferner die Suspendienordnung reformiert worden.

Nach dem Ausschussantrage beschließt die Versammlung ohne
Debatte.

Von dem Geschenk des Königs von Spanien in Höhe
von 5000 Mark an die Stadt Berlin wird Kenntnis genommen.
Schluß 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der problematische Wert der Arbeiterausschüsse

Am Dienstag in einer starkbesuchten Versammlung der
Arbeiter der Firma Mix u. Genest, Telephonapparat-
fabrik, zu einer ebenso gründlichen wie lehrreichen Er-
örterung.

Cohen vom Metallarbeiterverband äußerte sich als
Referent unter Bezugnahme auf den bei der genannten Firma
vorliegenden Spezialfall dazu etwa folgendermaßen: Es habe
eine Zeit gegeben, wo der Wirksamkeit von Arbeiterausschüssen
im Arbeiterinteresse auch in Gewerkschaftskreisen eine über-
triebene Bedeutung beigemessen wurde. Schon der Umstand,
daß sich sowohl bürgerliche Sozialpolitiker wie auch Arbeit-
geber der verschiedensten Berufe für die Errichtung von Ar-
beiterausschüssen warm ins Zeug legten, habe zu einem ge-
wissen Optimismus, zu einer möglichst kühnen Auffassung
gemahnt. Sei man doch in jenen Schichten vielfach der
Meinung begegnet, als könnten durch das Wirken der Ar-
beiterausschüsse die natürlichen Gegensätze zwischen Arbeit-
geber und Arbeitnehmer wenn auch nicht völlig beseitigt, so
doch wesentlich gemildert werden. Wie falsch diese Auffassung
sei, lehre die Praxis jeden Tag. Ein Lohnkampf folge dem
anderen, und eine Aussperrung löse die andere ab, auch in
solchen Betrieben, wo die Arbeiterausschüsse noch tatsächlich
eine gewisse Vermittlerrolle spielen.

Viele Unternehmer bilden sich nun allerdings ein, der
Arbeiterausschuss müsse eine Art Fabrikpolizei dar-
stellen, die in erster Linie die Interessen des Fabrikanten
wahrzunehmen habe und „Ruhe“ im Betriebe halten muß,
so daß der Fabrikant vor allen Fährlichkeiten, besonders vor
Streiks bewahrt bleibt.

Diese merkwürdige Auffassung scheint auch die Firma
Mix u. Genest zu haben. Die Fabrikleitung sei seinerzeit
selbst an die Arbeiter mit dem Wunsch herangetreten, einen
Arbeiterausschuss für das Werk zu errichten. Wie nicht
anders zu erwarten, akzeptierten die Arbeiter den Wunsch
der Fabrikleitung in der selbstverständlichen Voraussetzung,
daß die Firma gewillt sei, den Ausschuss als eine Interessen-
vertretung der Arbeiter anzusehen, durch deren Wirksamkeit
und gegenseitige Aussprache mit der Direktion Betriebsmü-
stände aller Art möglicherweise beseitigt werden könnten,
ohne daß es deswegen erst zu ersten Konflikten kommen
brauche. Ja die Arbeiter akzeptierten sogar den von der
Firma vorgeschlagenen Wahlmodus, obwohl er den berechtig-
ten Wünschen der Arbeiter durchaus nicht entsprach. Das
Wahlergebnis nahm die Direktion aber mit ziemlich langem
Gesicht auf. Es wurden nämlich Leute gewählt, die „oben“
nicht besonders genehm waren: organisierte Arbeiter, die
das Herz aus dem rechten Fleck hatten, nicht aber unorgani-
sierte und schmarozende Meistergünstlinge, wie es die Fabrik-
leitung gewünscht und erwartet hatte.

Die Folge war, daß die Ausschussmitglieder nach und
nach direkt oder indirekt hinausgequartelt wurden. Bei
der zweiten Wahl ging es ähnlich. Sobald Mühsstände zur
Sprache gebracht wurden, fühlte sich die Betriebsleitung ge-
kränkt; sie hatte sich den Arbeiterausschuss eben anders ge-
dacht. Das Ende vom Liede war wieder ein zufriedenes
Sinausgaulen der Leute.

Hierauf hörte man längere Zeit von einem Ausschuss
überhaupt nichts, bis zum drittenmal ebenfalls wieder „mü-
heliebige“ Arbeiter gewählt wurden. Diese forderten nun eine
Veränderung des Wahlmodus dahingehend, daß die Wählbar-
keit von Ausschussmitgliedern nicht an eine zwei-, sondern nur
an eine einjährige Beschäftigungsdauer im Betriebe gebunden
sein sollte. Ferner forderten sie die Freitags-Lohnzahlung.

Dem stimmte die Direktion anfänglich auch zu, hielt
aber später ihr Versprechen nicht. Daß auch wieder einige
Ausschussmitglieder entlassen wurden, sei nur nebenbei er-
wähnt.

Die jetzige Ausschusswahl sollte nun wieder nach dem alten
Wahlmodus vorgenommen werden. Doch da erklärten die
Arbeiter rund heraus, unter diesen Umständen auf die Wahl
und den Ausschuss überhaupt zu verzichten. Sie sind zu der
Ueberzeugung gekommen, daß bei den Praktiken der Betriebs-
leitung das Bestehen eines Arbeiterausschusses nunmehr völlig
wertlos sei und es daher überhaupt keinen Zweck habe, die
Wahl vorzunehmen. Da die Organisation in dem Betriebe
eine gute ist, so halten es die Arbeiter jetzt für das richtigste,
Mühsstände und Differenzfälle der Betriebsleitung durch
Organisationsvertreter direkt zur Kenntnis zu
bringen und gegebenenfalls die nötigen Konsequenzen daraus
zu ziehen.

Sie sind dann nicht mehr durch verschleppende Ausschuss-
verhandlungen in ihrer Bewegungsfreiheit gehemmt, sondern
können ohne unnütze Zeitverwässerung handeln, so wie es
die jeweiligen Verhältnisse erfordern. Der Fall bei der Firma
Mix u. Genest zeige, so führte Cohen aus, mit aller
Wünschenswertesten Deutlichkeit, daß Arbeiterausschüsse unter
Umständen eher ein Hemmnis als einen Fortschritt in dem
Kampfe um eine moderne Fabrikkonstitution darstellen
können. (Beifall.)

Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Re-
ferenten über die Arbeiterausschussfrage rückhaltlos zu.

Streik in den Kammerischen Werken. In der Werkzeug-
maschinenfabrik und Hellenbauerei der Firma Kammerich,
Fennstraße 27, war seit sechs Wochen die neunstündige Arbeitszeit
eingeführt worden. Vor Weihnachten mochten sich nun infolge von
Arbeitsanhäufung Ueberstunden notwendig, für die ein Zuschlag
von 25 Prozent gezahlt wurde. Nach Weihnachten gab jedoch die
Direktion durch Fabrikverkaufselbsterlöblich, daß fernerehin nur wieder
neun Stunden gearbeitet werden solle. Am vorigen Mittwoch er-

klärte indessen der Meister von der Eisenkonstruktionsabteilung, es
seien abermals Ueberstunden notwendig, weil eilige Arbeit zu er-
lebigen wäre. Die Arbeiter dieser Abteilung machten nun auch die
verlangten Ueberstunden in den Glauben, daß ihnen dafür wie
bisher ein 25 Prozentiger Zuschlag gewährt würde. Bei der
Lohnzahlung am Sonnabend wurde der Zuschlag jedoch nicht ge-
zahlt. Sie fühlten deshalb am Montag den Beschluß, wegen Vor-
enthaltung des Zuschlags die Leistung von Ueberstunden sofort zu
verweigern. Am Dienstag wurde dieser Beschluß ausgeführt, in-
dem die Arbeiter um 6 Uhr Feierabend machten. Als sie nun am
Mittwochmorgen wieder zur Arbeit erschienen, stand zu ihrem
Erschrecken der Portier mit drei Schußseuten vor dem
Fabriktor und verweigerte allen denen den Eintritt, die des Abends
vorher noch Hause gegangen waren. Darauf legten fast sämtliche
Arbeiter die Arbeit nieder, so daß der Betrieb stillstand. Die
Verhandlungen mit der Direktion waren resultatlos, weil sich die
Direktion darauf verweigerte, erst von der zehnten Arbeitsstunde ab
den Ueberstundenzuschlag zu bezahlen. Hiermit waren die Arbeiter
jedoch nicht einverstanden und nahmen die Arbeit infolgedessen nicht
wieder auf. Der Betrieb ist deshalb für Metall-
und Hilfsarbeiter bis auf weiteres gesperrt.

Achtung, Klempner, Rohrleger und Helfer! Der Betrieb für
Gas- und Wasseranlagen der Firma Britsche in Ober-
Schöneheid ist wegen Verweigerung tarifmäßiger Bezahlung
gesperrt. Da die Firma die Arbeiten an den Bauten Ohmstraße
sowie Alara- und Paulsenstraße-Gas in Ober-Schöne-
heid ausführt, so sind auch diese Bauten für die genannten Berufe
gesperrt.

Mühsstände in der Arbeitverteilung bei den Parfettbodenlegern.
In einer Branchenversammlung der Parfettbodenleger, die am
17. Januar im großen Saal des Gewerkschaftshauses stattfand,
wurde über das Thema: „Wie stellen sich die Kollegen zur Arbeits-
nachweisfrage“ verhandelt. Wie aus dem einleitenden Vortrage
von M. Ahrens und der regen Diskussion hervorging, handelt es
sich hier hauptsächlich darum, daß ein Teil der Bodenleger sich auch
bei verkürzter Arbeitszeit einen verhältnismäßig guten Verdienst
zu sichern weiß und auch nur wenig unter Arbeitslosigkeit zu leiden
hat, während andere viele Wochen lang auf dem Arbeitsnachweis
vergeblich auf Beschäftigung warten und darben müssen. Es wurde
allgemein herorgehoben, daß sich hier ein recht beauerlicher Mangel
an Solidarität geltend macht, der zu einer schweren Schädigung der
Berufsinteressen führen muß. Ramentlich wurde es scharf be-
urteilt, daß einzelne Bodenleger sich durch Umschauen oder tele-
phonische Anfrage bei den Unternehmern Arbeit zu verschaffen
suchen, statt den Arbeitsnachweis zu benutzen. In der Versammlung
wurden verschiedene Vorschläge zur Einschränkung oder Beseitigung
dieser Mühsstände gemacht, zu einem bestimmten Beschluß kam es
jedoch nicht. Die Angelegenheit soll zunächst in Werkstätten
besprochen werden, und dann soll eine neue Versammlung über die
erforderlichen Maßregeln beschloffen.

Achtung, Kleber! Die Sperrung über die Bauten der Firma
Siebert, Wilmersdorf, Kochstraße 12, ist aufgehoben.

Achtung, Polierer! Bei der Firma Fahrtrapp, Chausseestraße 20,
haben sämtliche Kollegen wegen Lohnabzugs die Arbeit niedergelegt.
Die Werkstatt ist gesperrt.

Die Wächter-Kommission.

Lohnbewegung der Stadtarbeiter. Am gestrigen Tage wurden
die Forderungen in 22 Betrieben unterbreitet. In vier Betrieben,
in welchen 70 Kollegen beschäftigt sind, wurden dieselben bereits be-
willigt. In anderen Betrieben sind Verhandlungen eingeleitet, die
jedenfalls zu einem befriedigenden Abschluß führen werden.

Deutsches Reich.

Eine Textilarbeiteraussperrung in Krefeld.

Die Arbeiter sämtlicher Zeugdruckereien in Krefeld stehen seit
dem 8. Januar im Streik. Es kommen in Betracht 167 Streikende
in acht Betrieben. Stehen geblieben sind vier Drucker und einige
Lehrlinge. Die hauptsächlichsten Forderungen, die zum Streik
führten, lauten: 10 stündige Arbeitszeit mit Einschluß einer je-
weiligen 15-minütigen Frühstück- und Vesperpause, vierzehntägige
Kündigungskfrist für alle Druckerarbeiten. Bezüglich der Lohn-
frage war bereits durch vorhergegangene Verhandlungen eine Einig-
ung erzielt worden. Am Dienstag fanden die ersten Verhand-
lungen seit Ausbruch des Streiks über die noch strittigen Forde-
rungen statt. Geführt wurden dieselben vom Vorstand des „Ver-
bandes der niederrheinischen Textilindustrie und ihrer Hilfs-
industrien“, der jetzt die Sache zum Wortstand nimmt, um eine
Aussperrung größeren Stils vom Tische zu brechen.

Bei den Verhandlungen liegen die Arbeiter die erste Forderung
fordern, während sie auf die Einführung der vierzehn-
tägigen Kündigung beharren mühten. Die Zeugdrucker, soweit sie
in einstägiger Kündigung standen, haben stets die Erfahrung ge-
macht, daß sofort eine ganze Anzahl von ihnen auf Plaster fliegen,
wenn nur in etwas die Konjunktur abflaute; außerdem ist das Auf-
finden neuer Arbeitsgelegenheit in ihrem Berufe mit so viel
Schwierigkeiten verknüpft, daß man zu diesem Zwecke schon eine
längere Kündigungskfrist haben muß.

Der Vorkonferenz erklärte kategorisch: Keine weitere Kon-
zession! Er stellte einfach das Ultimatum: Bis Freitag mittag muß
seitens der Streikenden eine Erklärung abgegeben sein, daß sie zu
den erhobenen Forderungen die Arbeit aufnehmen. Anderenfalls
würden sämtliche Bewilligungen zurückgezogen und der Fabrikanten-
verband wird die Aussperrung über seine Betriebe verhängen. Es
würden dann etwa 25 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen
werden. Es ist das zweite Mal, daß die Krefelder Textilmillionäre
in dieser Weise „arbeiten“. Ihre Saat wird herrlich aufgehen.

Ausland.

Ein ungarischer Beschäftigterverband ist, wie schon kurz be-
richtet, vor einiger Zeit gegründet worden. Es handelt sich hierbei
um die Gründung eines Verbandes, der vollständig auf dem Boden
der modernen Arbeiterbewegung steht und dessen Einrichtungen und
Ziele denen einer freien Gewerkschaft entsprechen. Mit Recht be-
tonte der Genosse Busjinger als Vertreter der sozialdemo-
kratischen Partei, daß die Gründung geradezu einen Wendepunkt in
der Geschichte des ungarischen Proletariats bedeutet, denn jedes
Mitglied des neuen Verbandes werde zugleich ein neuer Kämpfer
der politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse sein. Wenn man
bedenkt, daß der größte Teil der ungarischen Bevölkerung von der
Landwirtschaft lebt, wird man die Bedeutung dieser Verband-
gründung kaum überschätzen können. Vertreten waren 50 Ge-
meinden durch 85 Delegierte. Die Wahl des Vorstandes und die
Statutenberatung ging glatt von statten. Die hauptsächlichsten Auf-
gaben des Verbandes sind: Herabsetzung der Arbeitszeit, Mit-
wirkung bei dem Abschluß der Arbeitsverträge, sowie Aufsicht
darüber, Rechtsschutz, Unterricht der Arbeiter, Unterstützungen usw.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeiterrisiko.

Altenbeken, 18. Januar. (W. T. B.) Durch nachstürzende Ge-
bäude sind heute drei beim Hinterpacken des Gewölbes beschäftigte
Arbeiter im Altenbeken Tunnel verschüttet worden. Es besteht
keine Aussicht, sie zu retten.

Ein beliebtes Mittel.

Bagota (Columbia), 16. Januar. (W. T. B.) Die hiesige
Regierung hat heute über Bagota den Belagerungszustand verhängt,
und zwar für die Dauer des Kriegsgerichts, das zurzeit hier gegen
die Teilnehmer der Dezemberverschwörung abgehalten wird.

Reichstag.

22. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Prinz Hohenzollern.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Uebernahme einer Reichsgarantie in Bezug auf eine Eisenbahn von Duala nach den Manengubabergen (Kamerun-Eisenbahn). Die geforderte Garantie beläuft sich auf die Zinsen von 11 Millionen zu 3 Proz. und auf die Erhöhung des Kennbetrages der Anteilsscheine um 20 Proz. bei der Rückzahlung.

Stellvertretender Kolonialdirektor Erprinz zu Hohenzollern-Langenburg:

Ich möchte dem Reichstage die Mitteilung machen, daß das Urteil eingegangen ist, das in der Angelegenheit der Dualahauptlinge gefällt worden ist. Danach ist der Oberhauptling, King Kiva, wegen zehn Vergehen gegen § 186 des Strafgesetzbuchs (verleumdende Beleidigung) und eines Vergehens gegen § 185 des Strafgesetzbuchs (einfache Beleidigung) zu einer Gesamtsstrafe von neun Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden (Hört! hört! links); ein anderer Häuptling ist wegen mehrerer Vergehen gegen § 186 und eines Vergehens gegen § 185 zu einer Gesamtsstrafe von sieben Jahren Gefängnis mit Zwangsarbeit verurteilt worden, und ein dritter Häuptling wegen eines Vergehens gegen § 186 und eines Vergehens gegen § 185 zu einer Gesamtsstrafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit verurteilt worden. Dann folgt eine Reihe weiterer Namen, deren Träger wegen mehrerer Vergehen gegen die §§ 186 und 185 zu zwei Jahren sechs Monaten bzw. zwei Jahren Gefängnis verbunden mit Zwangsarbeit verurteilt worden sind. Die Befristigung des Urteils ist bis jetzt noch nicht erfolgt, es wird einer genaueren Nachprüfung unterzogen werden. Ein Bericht über den Verlauf der Verhandlungen liegt uns noch nicht vor, er ist eingefordert worden, und sobald er vorliegt wird, werden wir ihn einer genaueren Nachprüfung unterziehen. Am 1. Februar erwarten wir die Ankunft des Gouverneurs v. Puttkamer, und ich glaube, daß seine Ansätze zur weiteren Aufklärung der Verhältnisse führen wird. Jedenfalls bin ich bereit, sobald das gesamte Material vorliegt, der Kommission weitere Mitteilungen zu machen und den hohen Hause Gelegenheit zu geben, sich über die tatsächlichen Verhältnisse ein der Wahrheit entsprechendes Urteil zu bilden. Ein Bericht aus Kamerun, der und zugegangen ist, enthält die Mitteilung, daß die Verhältnisse dort noch keineswegs vollständig ruhige geworden sind. Deshalb wäre eine sofortige Strafenbefreiung der Hauptlinge sehr gefährlich gewesen, und wenn man, ohne das Einverständnis des Urteils abzuwarten, telegraphisch die Häuptlinge einfach in Freiheit gesetzt hätte, so hätte man dadurch nicht nur dem Gouverneur, sondern auch dem Richter, welcher die Urteile gefällt hat, ein direktes Mißtrauensvotum erteilt. Und dieses konnte man angesichts der ersten Lage im Schutzgebiete nicht ohne weiteres tun. Es läßt sich nicht verkennen, daß eine Abberufung des Gouverneurs unmittelbar nach dem Bekanntwerden jenes Urteils von den Eingeborenen in Verbindung mit diesem Urteile gebracht werden könnte. Ich habe mir diese Bedenken reichlich überlegt, bin aber zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Abberufung des Gouverneurs trotzdem notwendig war, um möglichste Klarheit in der Sache zu schaffen. Ich möchte mir nicht die Vorwürfe zuziehen, daß ich dieser Angelegenheit mit Unbilligkeit zusähe; denn ich halte es für eine Gewissenssache (Weiß! im Zentrum) und ich erwarte von der Richterstattung des Gouverneurs eine Aufklärung der ganzen Angelegenheit. Ich höre aber auch andererseits, daß dem Gouverneur, welcher sich große Verdienste in seiner langjährigen Tätigkeit in Kamerun erworben hat, durch sein Auftreten hier die Gelegenheit gegeben werde, sich zu rechtfertigen.

Ich komme nun zur Begründung der gegenwärtigen Vorlage. Die Südbahnsafarische Bahn, die ich Ihnen hier vor einigen Wochen vorlegen mußte, beruhte auf militärischer Notwendigkeit. Die gegenwärtige dagegen beruht auf wirtschaftlichen Erwägungen. Die Bahn soll Gebiete erschließen, welche Produkte liefern können, die eine große Zukunft versprechen. Wenn auch noch nicht in der aller-nächsten Zeit, so doch sehr bald darauf wird sich nicht nur das in die Bahn gesteckte Geld bezahlen, sondern auch das ganze Schutzgebiet wird infolge der Bahn dem Reiche erhöhte Erträge abwerfen. Auch werden durch die Befreiung der Trägerverträge zahlreiche Arbeitskräfte für die Plantagen frei werden. Auch Unruhen sind viel leichter entgegenzutreten, wenn die Truppen rasch ins Innere befördert werden können. Mißstände in der Verwaltung, wie sie zweifellos bestehen, werden rascher und wirksamer beseitigt werden können, wenn rasch befördernde Verkehrswege die Kontrolle durch die Zentralstelle erleichtern. Schließlich wird die Ausbreitung der Missionen durch bessere Verkehrsbedingungen gefördert werden. Auch die Möglichkeit, mehr verheiratete Beamte zu finden, die bereit sind, nach den Kolonien herauszugehen, dürfte nach Fertigstellung der Bahn gegeben sein. Ich schließe mit der herzlichen Bitte, Sie möchten der Vorlage zustimmen in der Erwägung, daß es sich darum handelt, ein zukunftsreiches deutsches Schutzgebiet dem Verlehe zu erschließen, zum Teil dem Weltverkehr anzuschließen und damit ein Werk zu schaffen, welches nicht nur wirtschaftlich, sondern auch kulturell unserem Vaterlande mit der Zeit — Zeit ist in kolonialen Dingen immer notwendig — zum Segen gereichen wird. (Lebhafte Weiß! rechts.)

Abg. Erzberger (B.): In eine Kritik des Urteils will ich mich, bevor die Begründung vorliegt, noch nicht einlassen; zweifellos ist jedenfalls, daß die Höhe der Strafe sehr auffällt. Sehr bezeichnend für den Kolonialbureaucratismus ist die Tatsache, daß das Urteil auf Kosten der Kiva-Häuptlinge im „Deutschen Staats-Anzeiger“ publiziert worden ist! (Hört! hört! und Heiterkeit.) Was die Vorlage selbst anlangt, so sind meine Freunde bereit, für den Bahnbau aus wirtschaftlichen, politischen und allgemein gesundheitslichen Gründen zu stimmen und wünschen die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission, indem wir hoffen, daß sie dort möglichst bald beraten werden wird. Wissen möchten wir aber doch, ob eine Fortsetzung dieser Bahn geplant ist. Ja lang erheint und die Frist von dreißig Jahren für das Mißtrauensvotum der Kamerunbahn durch das Reich. Die Vorlegung des Kostenschlages der Bahn hat man in der Kommission ausdrücklich abgelehnt. Und als wir dann später im Plenum anfragen, weshalb man dem Reichstage den Kostenschlag nicht vorgelegt habe, hat der Vertreter des Kolonialamts es für angebracht gehalten, zu erklären, der Kostenschlag sei nicht mitgeteilt, weil der Reichstag nicht danach gefragt habe. (Hört! hört!) Wir erwarten, daß der Kommission nunmehr sofort der spezialisierte Kostenschlag vorgelegt werden wird. — Weiter wünschen wir Aufklärung darüber, wer die 300 000 M. bezahlt, die dem Syndikat durch die neue Gesellschaft als Provision neben der Erstattung der baren Auslagen versprochen sind. Diese 300 000 M., die nicht etwa in den Kolonien, sondern in Berlin W. verdient worden sind, dürfen jedenfalls nicht aus Reichsmitteln bezahlt werden. — Die Ausführungen des Herrn Kolonialdirektors über eventuell bevorstehende Mißstände in Kamerun müssen lebhafteste Verurteilung im Volke erregen. Auf welches Gebiet in Kamerun beziehen sich diese Verurteilungen? Ich hoffe, daß alles geschieht, um bei den Eingeborenen nicht unnötigen Mißstimmung aufzuhäufen. (Weiß! im Zentrum.)

Stellvertretender Kolonialdirektor Prinz Hohenzollern-Langenburg:

Der Vortredner hat gesagt, ich hätte von einem drohenden Aufstand gesprochen. Ich weiß nicht, ob ich mich in einer derart starken Weise ausgesprochen habe. Jedenfalls habe ich aber dabei nicht von einem, einem bestimmten Teil des Kameruner Schutzgebietes drohenden Aufstand sprechen, sondern nur darauf hinweisen wollen,

daß die Aufstände in Südwestafrika auch unter den Eingeborenen anderer Schutzgebiete und insbesondere des Schutzgebietes von Kamerun eine gewisse Erregung hervorgerufen haben, die nicht ganz unbeachtet bleiben darf. Ich möchte aber der Ansicht entgegenzutreten, als stände ein Aufstand wirklich bevor. Insofern glaube ich Sie beruhigen zu dürfen. Wir werden nach meiner Ueberzeugung Ueberwachungen wie in Südwestafrika nicht erleben. Immerhin ist aber die größte Wachsamkeit am Plage. Der Kostenvorschlag wird der Kommission vorgelegt werden, die Vorbereitungen dazu sind bereits getroffen. Es ist gefragt worden, wie ich mich zu dem Projekt der Fortführung der Bahn bis nach dem Tschadsee stelle. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß zunächst einmal abgewartet werden muß, wie die gegenwärtige Bahn sich entwickelt. Ueber den Streit, der die Südbahngesellschaft betrifft, ist eine Untersuchung im Gange. Der Kommissar ist unterwegs. Ich hoffe, daß sein Bericht und demnachst vorgelegt wird.

Geheimer Legationsrat Dr. Hefferich: Der Abg. Erzberger ist auch heute auf die Frage der Finanzierung des Unternehmens zurückgekommen mit ganz neuen Behauptungen, die ich nicht unwiderprochen lassen kann. Er hat uns zunächst vorgeworfen, daß wir die Situation nicht dadurch vereinfacht hätten, daß wir die 1902 erteilte Konzession ruhig am 1. Juli 1905 ablaufen ließen. Es ist richtig, daß die Konzession am 1. Juli abgelaufen wäre, wenn nicht vorher am 17. Januar 1905 der Verzicht ausgedrückt worden wäre. Es war aber begründet, daß wir nicht auf den Ablauf der Konzession warteten. Einmal war nach Rückkehr der zweiten Expedition im letzten Quartal des Jahres 1904 die Frage in finanzieller Beziehung vollkommen sprudelt, da es klar war, daß die Finanzierung nach dem 1. Juli ebensoviele gelingen würde wie vorher. Auf der anderen Seite war die Erbauung der Bahn nach unserer Ansicht außerordentlich dringend, weniger wegen des großen Ruhens, den die Bahn indirekt auf die Finanzen des Schutzgebietes Kamerun brachte, als aus politischen Gründen. Wenn ein einzelnes Mitglied in der Kommission eine bestimmte Bitte ausgesprochen hätte, die detaillierten Kostenvorschläge vorzulegen, so wäre das geschehen. Ich muß dem Abg. Erzberger gegenüber bemerken, daß bisher durchaus nicht in allen Fällen spezialisierte Kostenschläge gegeben worden sind. Ich glaube nicht, daß wir eine Infortressheit begangen haben; sollte ein Mißverständnis vorliegen, so würde ich das sehr bedauern. Der Abg. Erzberger hat sich im Dezember auf ein Protokoll berufen, welches ich damals als apokryph bezeichnet habe. Wir haben durchaus sachgemäß gehandelt. Wenn der Abg. Erzberger auf die Entschädigung der Teilnehmer am Syndikat hingewiesen hat, so bemerke ich, daß das Reich nach dem Abkommen mit der Firma Venz gar nicht in der Lage ist, zu verhindern, daß einzelnen Mitgliedern eine Entschädigung gezahlt wird. Wir halten das ganze Geschäft für kaufmännisch durchaus korrekt. Wenn Sie glauben, daß dabei die Interessen des Reiches nicht genügend gewahrt sind, so möchte ich Ihnen entgegenhalten, daß Sie dieses fest abgeschlossene Geschäft durch Verweigerung der Pensionsgarantie nicht rückgängig machen können! Zum Schluß ein Wort über die prinzipielle Frage: In vielen Kolonialangelegenheiten ist das Reich auf die Opferwilligkeit und den Patriotismus des großen Kapitals angewiesen. Wenn man aber eine solche Opferwilligkeit von ihm erwartet, so kann man nicht verlangen, daß das hineingesteckte Kapital nach anderen als rein kaufmännischen Gesichtspunkten verwaltet wird. Dies ist der Grund, der in der englischen Kolonialpolitik allgemein gilt und der wesentlich zu ihren großen Erfolgen beigetragen hat. (Weiß! rechts.)

Abg. Semler (natl.) erklärt sich im Namen seiner politischen Freunde für die Vorlage. Wir müssen vorläufig unser Urteil in der Affäre der Kameruner Häuptlinge zurückhalten. Doch möchten wir, daß außer dem Gouverneur auch der betreffende Richter vernommen wird. — Angesichts der beschriebenen Unruhen in Kamerun möchte ich dem Kolonialamt zu bedenken geben, ob es gerade jetzt angebracht ist, den Hauptmann Dominik, der in Kamerun einen großen Einfluß hat, wie es geplant ist, mit einer größeren Abteilung nach Ostafrika zu schicken. — Der Herr Vertreter des Kolonialamts hat erklärt, es sei nicht beabsichtigt, die Bahn ins Innere zu bauen. Unbedingt erforderlich ist es aber, daß diese Bahn weitergeführt wird bis in das Innere dort, wo die natürlichen Produkte, Gummi und Öl, gewonnen werden. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Gegenüber Herrn Erzberger möchte ich prinzipiell bemerken: Wir brauchen, wenn wir in den Kolonien etwas erreichen wollen, das deutsche Kapital. Der Sparprophet des kleinen Mannes kommt für so riskante Unternehmungen nicht in Betracht. Nur die großen Kapitalisten sind in der Lage, solche Kapitalien in den Kolonien zu investieren. Diesen Herren sollte man nicht nachher im Reichstag die Freude am Geschäft verwehren, wie das Herr Erzberger getan hat. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen. Unruhe im Zentrum.) Wir laufen sonst Gefahr, daß sich diese Kapitalien nicht mehr finden. — Herr Erzberger möge des Weiteren auch bedenken, daß — wenn er alle ihm zugegangenen Zuschriften hier sofort vordringt — er dem Demunizantentum in den Kolonien Tür und Tor öffnet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Ledebour (Soz.):

Der Abg. Semler hat dagegen protestiert, daß schwere Schäden der Kolonialverwaltung sofort in die Öffentlichkeit gebracht werden, und daß man nicht den sogenannten Infanzantenweg einschlägt. Gerade der vorliegende trasse Fall aber ist der deutlichste Beweis dafür, wie notwendig es ist, derartige Beschwerden sofort an die Öffentlichkeit zu bringen, weil die Erfahrung gelehrt hat, daß die Kolonialverwaltung in der Sache entweder gar nichts tut oder sie unbillig in die Länge zieht und einen verkehrten Weg zu ihrer Remedur einschlägt. Trotzdem machte der Abg. Semler einem anderen Abgeordneten noch einen Verwurf daraus, daß er die Beschwerden veröffentlicht hat. Ich glaube, gerade dadurch, daß der Abg. Erzberger diese Sache hier vorgebracht hat, daß wir Abgeordneten überhaupt alles tun, das Licht der Öffentlichkeit über diese Kolonialschäden zu verbreiten, ist die einzige Möglichkeit gegeben, daß solche unerhörten Sachen in Zukunft vermieden werden. Wie hat sich denn die Puttkamer-Sache überhaupt abgespielt? Erst auf Drängen des Reichstages hin hat der damalige Kolonialdirektor Etübel etwas in der Sache getan. Aber was? Er hat den Gouverneur Puttkamer zur Richterstattung in der Sache gegen den Gouverneur Puttkamer aufgefordert! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dann hat der Gouverneur Puttkamer, offenbar weil er geglaubt hat, es handle sich um einen Krieg, eine Drangsalierungspolitik gegen die Häuptlinge eingeschlagen. Ich glaube nicht, daß der Kolonialdirektor Etübel sich der Folgen seiner Handlungsweise vollkommen bewußt gewesen ist. Dieses Bewußtsein habe ich ihm niemals besonders zugestanden. Aber wenn der Kolonialdirektor eine größere Klarheit in allen diesen Dingen gezeigt hätte, als er sie gezeigt hat, wenn er sich seiner Handlungsweise besser bewußt gewesen wäre, so hätte er bei der großen Personalkenntnis, die er doch haben mußte, voraussehen müssen, daß der Gouverneur Puttkamer einen Racheidzug auf dem sogenannten Gerichtswege gegen die Häuptlinge führen würde. Das kommt dabei heraus, wenn die Kolonialverwaltung glaubt, ungestört von der Öffentlichkeit einen solchen Fall behandeln zu können. Dieses unterverantwortliche Verhalten der Kolonialverwaltung, den Beschuldigten zum Richter in seiner eigenen Sache zu machen, zwingt die Reichstags-Abgeordneten dazu, jede Beschwerde aus den Kolonien sofort an die Öffentlichkeit zu bringen, selbst wenn sie im Augenblick nicht in der Lage sind, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ueber die Persönlichkeit des Herrn v. Puttkamer will ich mich weiter nicht äußern, er wird ja bald hierher kommen. Aber das Verhalten des jetzigen Leiters des Kolonialamtes ist nicht einwandfrei. Die Kolonialverwaltung ist von demselben bureaukratischen Geiste befeuert, von dem Herr v. Puttkamer erfüllt ist. Das

Verhalten der Kolonialverwaltung gegenüber dem starken Mißbrauch der richterlichen Gewalt, die in der ungeheuerlichen Bestrafung der Häuptlinge zum Ausdruck kommt, stimmt leider mit dem der früheren Kolonialverwaltung überein. Es wird von unruhigen Verhältnissen in Kamerun gesprochen. Solche unruhigen Verhältnisse sind überall in unseren Kolonien, auch in Samoa und Neu-Guinea, vorhanden, es sind Mißstände da, die auf das Verhalten der Händler zurückzuführen sind. Derartige Mißstände dürfen nicht das Motiv für so harte Bestrafungen bilden. Es handelt sich bei den Vergehen der Dualahäuptlinge um Verleumdungen und Verleumdungen, die bei uns in schlimmsten Fällen mit höchstens zwei Jahren, und wenn sie gegenüber einem Bundesfürsten getan werden, mit höchstens fünf Jahren Gefängnis bestraft werden. Es kommen ja hohe Strafen in derartigen Fällen auch bei uns vor. Aber es kann sich unter keinen Umständen um Zuchthausstrafen von neun Jahren handeln. Die Höhe der Strafe ist an sich ein Beweis dafür, daß ein schmähtlicher Rechtsbruch und Mißbrauch der Amtsgewalt vorliegt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wie kann man noch einen Augenblick zögern, die Opfer dieses Rechtsbruchs wenigstens vorläufig in Freiheit zu setzen, wenn man nicht ganz von bureaukratischen Vorurteilen eingenommen ist, wie der Leiter unseres Kolonialamtes? Umsonst müßten sie Abgeordnete die dringende Verpflichtung in uns fassen, auch die Öffentlichkeit zur Richterstatistik aufzurufen und auf keine Weise zuzulassen, daß so schandbare Zustände weiter verdeckt werden. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Schon die Beratung der vorjährigen Vorlage hatte in uns den Verdacht erweckt, der inzwischen teilweise auch durch die Ausführung des Abg. Erzberger bestätigt worden ist, daß die Verwaltungsbeamten in den Kolonien gegenüber den Eingeborenen nicht die nötige Rücksicht üben, und eine unruher Verleumdungen gegen die Kamerun-Eisenbahnvorlage ging dahin, daß die kolonialen Unternehmungen dieser Art den Behörden eine Vollmacht gegeben werde, die ihnen ermögliche, die Eingeborenen ihres Landes zugunsten der Kapitalgesellschaften zu berauben. Wenn nicht vollkommen einwandfreie Beamte das Reich dort an Ort und Stelle vertreten, so dürfen wir danach überhaupt keine Bahn in den Kolonien konzederen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch alle unsere übrigen Bedenken gegen die Vorlage sind nicht gemindert, sondern noch verhärtet worden durch das, was sich mittlerweile abgespielt hat. Ich habe schon damals darauf hingewiesen, daß die kolonial-interessierten mit der Bahn von Duala nach den Manengubabergen nicht zufrieden seien, sondern ihre Verlängerung nach dem Tschadsee forderten. Heute hat Herr Semler diesen Ruckbau für geradezu selbstverständlich erklärt. Der Kolonialdirektor erklärte zwar in sehr diplomatischer Sprache, daß vorläufig bei der Negierung ein solcher Plan nicht bestehe, aber solche Absichten gibt ja die Verwaltung vor der endgültigen Beschlußfassung in allen Instanzen nie zu. So lange ein derartiger Beschluß nicht in den Akten steht, werden die Regierungsbereiter immer so reden wie heute. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Interessenten aber, zu denen als Helfer auch der Abg. Semler gehört, gesehen ganz offen, daß diese Teilbahn gar keinen Sinn hätte, wenn sie nicht weiter gebaut würde. Der Abg. Semler äußerte heute wieder ganz phantastische Hoffnungen auf Kamerun, wie sie ja manche Reichstagsabgeordnete seit der Börmann-Freifahrt nach Togo und Kamerun vertreten haben. So schwärmte der Abg. Storz von dem Hafen von Duala, der unschwer zu auszubauen sei wie der von Lissabon. (Heiterkeit.) Ich bezweifle wirklich, daß Sie in den acht Tagen, in denen Sie auf dem Buri herumgelandet sind (Heiterkeit), ein so sicheres Urteil über die Tiefenverhältnisse, die Wasserverhältnisse, die Dauer des Wasserzuges, die Versandungsmöglichkeiten usw. gewonnen haben. (Lust des Abg. Storz.) Ach, seien Sie doch still, Sie sind ja doch nur ein Africanus Minor gegenüber dem Africanus Major Dr. Semler. (Stürmische Heiterkeit.) Leute, die nicht nur acht Tage auf Börmannsdampfern in Kamerun herumgefahren sind, sondern alle Kenner des Landes, toarnen, wie aus einer uns zugewandten Schrift hervorgeht, vor einer derartigen Ueberhöhung des Hafens von Duala und erklären, die hier gewählte Bahnroute für die allerungünstigste zur Verwertung der Landesprodukte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Semler hat ausdrücklich gesagt, daß die Bahn mindestens weitergebaut werden müsse bis in das Innere, wo das Öl gewonnen wird. Das kann aber nur geschehen nach dem Benuwediet hin, und es ist schon darauf hingewiesen worden, daß das natürliche Handelsgebiet für die Produkte dieser Gegend der englische Hafen Lagos und das Nigergesbiet ist. — Aus all diesen Gründen stehen wir dem Bahnbau sehr skeptisch gegenüber. Dazu kommt dann noch das ganze System, nach dem die Bahn gebaut werden soll. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß, wenn irgend welche kolonial-interessierten in Deutschland den Wunsch haben, spekulative Unternehmungen in den Kolonien anzufangen, sie auch allein die Kosten zu tragen haben und daß ihnen nicht das Reich, d. h. die deutschen Steuerzahler, das Risiko abnehmen darf, wie es hier geschieht, indem von 17 Millionen 11 Millionen garantiert werden sollen. Herr Erzberger hat schon über das Abkommen zwischen dem Kamerunsyndikat und der neuen Kamerun-Eisenbahngesellschaft gesprochen. Danach hat das Kamerunsyndikat 1. 120 000 M. zum Ertrag seiner baren Auslagen erhalten, 2. 300 000 M. Aktienfranko Baluta, 3. drei Aufsichtsratsstellen in der neuen Gesellschaft und 4. der Direktor des Syndikats, Herr René, ein Honorar von 50 000 M. Von diesen 50 000 M. hat der Vertreter des Kolonialamts bisher nicht gesprochen. Es fragt sich nun zunächst, ob für die neue Gesellschaft überhaupt ein juristisches Recht besteht zur Rückzahlung der von dem Syndikat vorausgelagten 120 000 M. Herr Legationsrat Hefferich sprach von einem moralischen Anspruch des Syndikats; er meinte, es wäre nicht nobel von der Gesellschaft gewesen, wenn sie die Auslagen nicht erstatte hätte. Nun, 120 000 M. Provision für den Herzog von Schleswig-Holstein, den Herzog von Ljest und eine Anzahl Großkapitalisten mag sehr nobel sein, aber das ist eine Roblesse, zu der man nicht obligiert ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Spekulanten große Gewinne erhoffen, dann müssen sie auch wie alle Spekulanten die Verluste ertragen. Ich komme nun zu den 300 000 M. Aktienfranko Baluta, und da kann ich beim besten Willen nicht anerkennen, daß irgend eine Rechtfertigung dieser Summe heute vom Regierungstisch aus gegeben ist. Der Legationsrat Hefferich hat gesagt, das sei ein alter kaufmännischer Grundfay, daß ein neues Syndikat einem alten, das sich mit derselben Sache beschäftigt habe, einen gewissen Anteil am Gewinn abgebe. Herr Geheimrat Hefferich hätte vollkommen recht, wenn es sich um ein rein privates Privatkapital gehandelt hätte. Dann könnte man es den Leuten nicht verdenken, daß die Leute den anderen Anteil an einem möglichen Spekulationsgewinn geben. Aber hier ist diese Prämie, diese Provision, dieses Douceur gegeben worden nicht als Teil eines erzielten Gewinnes, sondern als Teil des Aktienkapitals. Alle anderen Leute zahlen ein. Diese hohen Herren aber nicht. Trotzdem bekommen sie späterhin auf ihr nicht eingezahltes Kapital den betreffenden Anteil am Gewinn! Ich möchte doch die Herren Kaufleute, die lokale Geschäfte machen, ausdrücklich verwahren, daß solche Grundfäye, wie sie hier geübt werden, bei ihnen allgemein seien. Ich hoffe, daß hier auch Kaufleute zu Worte kommen, die diese Frage vom Standpunkte der kaufmännischen Loyalität behandeln. Wenn die Leute gesagt hätten, sie sind eventuell bereit, von dem Reingewinn einen gewissen Prozentsatz abzugeben, so wäre das auch etwas anderes gewesen. Aber so liegt die Sache hier nicht. Wir kommen nicht darüber hinaus, daß diese 300 000 M. als Zukunftsprämie, als Douceur gegeben sind, und zwar unter Garantie des Reichs, also auf Kosten der Steuerzahler. Und wenn noch irgend etwas nötig wäre, um die Ueberzeugung bei uns zu befestigen, daß wir diesem ganzen Unternehmen gegenüber

mit einem runden Nein antworten müssen, so ist es diese Art von Entschuldigungen des Regierungsverstehers. Wir lehnen also die Vorlage rundweg ab und hoffen diesen Standpunkt auch in der Kommission zum Ausdruck verhelfen zu können, und wir denken, daß auch die Mehrheit des Reichstages zu der Überzeugung kommen wird, die Spekulationen darauf zu verwerfen, daß sie unter allen Umständen bloß auf ihre eigenen Kosten hin ihre Spekulation treiben dürfen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Nitzsch (L.): Ich habe die Reise nach Kamerun mit dem Wörmannsdampfer mitgemacht. Ich halte mich danach nicht für klug und weise, kann aber sagen, daß der Abgeordnete Ledebour manche von seinen Fragen nicht gestellt hätte, wenn er die Reise mitgemacht hätte. (Sehr richtig! rechts.) Das Urteil über die Hauptlinge hat der Assessor Semmermann als Richter gefällt, ich begreife nicht, wie man ihn darüber vernahmen will, das geht doch nur bei anderen Beamten im Verwaltungswege. Das Urteil selbst ist mir unverständlich. Da der Gouverneur am 1. Februar in Deutschland eintrifft, so braucht man meines Erachtens aber nicht zu dem Mittel der Haftentlassung zu greifen. Die Verhaftung an die Mitglieder des alten Syndikats in Höhe von 120 000 M. ist in der Natur der Sache begründet. Die 300 000 M. erscheinen berechtigt, wenn man bedenkt, daß das Komitee noch etwas Meales aufgab. Gegen Veratung in der Kommission haben wir nichts einzuwenden. (Beifall rechts.)

Abg. Penzmann (fr. Sp.): Es mag der Kolonialverwaltung sehr un bequem sein, daß sich ihre Politik in dieser Brutalität zeigt. Indessen muß man dem jetzigen Leiter mildernde Umstände zubilligen, da er an der Genese dieser Dinge nicht beteiligt ist. Was jetzt liegt uns ja nur der Tenor des Urteils vor, nicht aber die Gründe. Wir verlangen, daß auch die Gründe des Urteils und gedruckt vorgelegt werden. Assessor Semmermann ist übrigens kein Richter, er hat nur das Assessorat gemacht, ist jetzt aber Verwaltungsbeamter. Daß die Bahn bewilligt wird, ist ja klar. Ich will aber ausdrücklich konstatieren, daß ein Teil meiner politischen Freunde nicht gewillt ist, diese Politik mit Pausen und Trompeten mitzumachen und mit Schuß und Strümpfen in den Himmel zu springen. Früher dachte man nur an einen Spaziergang nach Afrika, jetzt sind die Zustände schon äronisch geworden. Wir sind auch nicht solche Narren, daß wir uns den Tatsachen, daß wir Kolonien haben, gegenüber verschließen. Am liebsten würden wir sie mindestens fordernd (Heiterkeit) verkaufen. Wir sind nicht einstimmig für die Vorlage, auch nicht einstimmig dagegen, wir prüfen sie sachlich, dann mag jeder Abgeordnete stimmen, wie er will. (Beifall links.)

Abg. Dr. Arendt (Sp.): Die letzten Ausführungen des Herrn Vorredners begrüße ich am meisten; es ist das ein wesentlicher Fortschritt der freisinnigen Volkspartei, daß sie in ihrer Mehrheit jetzt für die Kolonialpolitik eintritt. Ueber das Urteil hätte sich Herr Penzmann vielleicht anders geäußert, wenn er sich nicht nur auf Zeitungsberichte verlassen hätte. Der Oberrichter in Kamerun hat noch gar nicht gesprochen; die Sache ist also noch nicht entschieden. Die Höhe der Strafe ist auch mir sehr auffallend. Die Eingabe der Hauptlinge, die offenbar von einem Deutschen geschrieben ist, ist so töufend, daß man daraufhin eher dafür eintreten könnte, die Urheber in das Irrenhaus ansatz in das Gefängnis zu stecken. — Gegen die Vorlage habe ich nur das eine einzuwenden, daß sie nicht 10 Jahre früher eingebracht worden ist. — In der Angelegenheit der 300 000 M. stimme ich mit Herrn Semler und dem Herrn Geheimrat Helfferich nicht überein. Solche Konzessionsgewinne entsprechen unseren kolonialpolitischen Anschauungen nicht. Interessant ist, daß die Herren des Syndikats sich selbst die Grube gegraben haben. Wenn sie nicht unzufrieden gewesen wären mit den 300 000 M. und mehr hätten haben wollen, wären sie nicht zu Herrn Erzberger gegangen und wir hätten von der ganzen Sache überhaupt nichts erfahren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Die Fortführung der Bahn erhoffe ich, aber unsere Stellung zu dieser Bahn dürfen wir von der Frage der Fortführung nicht abhängig machen.

Abg. Lattmann (Auti.): Als Richter bin ich auf tiefste erschüttert über die Höhe der Strafe gegen die Dualla-Hauptlinge. Freilich müssen wir die Verhältnisse erst genau kennen lernen, um das Urteil kritischer zu können. — Daß die Stimmen im Volk für die Kolonialpolitik sich leicht mehren, ist sehr erfreulich. Nur die äußerste Linke verhält sich noch ablehnend. Herr Ledebour könnte sich bei einem Parteigenossen Otto Grundke in Kamerun näher über die Kolonie erkundigen. Aber ich bin überzeugt, er wird es nicht tun, denn er will nicht belehrt sein. (Sehr richtig! rechts.) Wenn er belehrt sein wollte, brauchte er sich ja nur an seinen Nachbar Herrn Story zu wenden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ueber die 300 000 M. will ich nicht weiter sprechen. Ich weiß nur nicht, weshalb man immer von einer „Provision“ spricht. So nennt man es doch gewöhnlich nicht, wenn jemand, wie es hier geschehen ist, eine Summe erhält dafür daß er nichts geleistet hat und ein Risiko los wird. (Sehr richtig!) — Nach meinen Erkundigungen, die ich namentlich beim Erbauer der Zogebahn, Herrn Ingenieur Neumann, sowie bei einem Ingenieur, der sieben Jahre bei der Firma Lenz tätig war, angestellt habe, ist wahrscheinlich die uns vorgeschlagene Trasse der Bahn nicht die billigste. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte auch sonst einige Änderungen in der Vorlage vorschlagen. Ferner muß dafür gesorgt werden, daß sich die Braumweinpest nicht in der Kolonie ausbreite. Bisher war Kamerun eine Zuckerkolonie. Eine starke Regierung sollte jetzt, damit die Kolonie nicht eine Zuckerkolonie bleibe, endlich einmal den Konzessionswesen ein Ende bereiten und sie wird dann hoffentlich einen starken, kolonialfreundlichen Reichstag finden. (Lebhafte Beifall rechts und links.)

Geb. Legationsrat Seitz verteidigt die vorgeschlagene Trasse und mündert sich, daß diese vom Ingenieur Neumann angegriffen sein sollte, da sie doch selbst von ihm zuerst ausgearbeitet ist. Das Gebiet der Südkamerun-Gesellschaft war auf keinen Fall zu umgeben, sollte man nicht einen weiten Umweg machen. Es wäre mir sehr interessant, wenn uns eine billigere Trasse vorgeschlagen wird als eine, die nur 60 000 M. pro Kilometer kostet.

Abg. Dove (fr. Sp.) spricht namens seiner Fraktion grundsätzlich seine Zustimmung zur Vorlage aus, vorbehaltlich der Ergebnisse der Kommissionsberatung. Wir sind keine Kolonialfreunde mit Pausen und Trompeten. Die vielen Kolonialskandale, die wir erleben, sind ja auch dazu angetan, den Kolonialeifer abzuschwächen. (Beifall links.) Wir sind auch, wie der Abg. Penzmann, dafür, daß nicht mit Assessoren und Soldaten kolonisiert werde, sondern mit tüchtigen Kaufleuten. Aber wir müssen dafür sorgen, daß erst einmal die Kaufleute dorthin gehen. Und dazu bedarf es in erster Linie der Verkehrswege. Durch solche werden wir — das ist unsere Ueberzeugung — am ehesten dazu gelangen, daß wir die Soldaten sparen können. Die Missionare hätten nach meiner Ansicht zunächst einmal den Beamten christliche Nächstenliebe beibringen sollen. (Heiterkeit.) Bei der Duelleinterpellation sind höhere Verleumdungsstrafen gefordert. In Kamerun sind mit neun Jahren Zuchthaus Verleumdungsstrafen erreicht, die geeignet sind, jeder Ausbreitung der Duelle vorzubeugen. (Heiterkeit.) Unseren Standpunkt charakterisiere ich dahin, daß wir alles tun müssen, um den gegenwärtigen unersreulichen Zustand zu beseitigen. Möge die Kolonialverwaltung auch dafür sorgen, daß die Beamten uns nicht immer wieder vor die Frage stellen, ob wir eine Kulturmission erfüllen. (Beifall.)

Abg. Geller (fr. Sp.): Wenn ich alle Reden, die hier nicht für das Haus gehalten werden, noch anhören müßte, dann würde ich lieber andauern (Heiterkeit), bevor die Bahn gebaut ist, die im Interesse der Baumwollkultur nötig ist. Es gilt, nicht nur den Militarismus und Assessorismus in den Kolonien zu beseitigen, wir wollen auch die Pfaffenwirtschaft nicht. (Heiterkeit.) Wir müssen unseren ganzen Handel in Duala konzentrieren. (Beifall rechts und links.)

Abg. Story (Deutsche Sp., schwer verständlich): Ich bin durchaus kein Kolonialschwärmer, sondern beurteile diese Fragen durchaus nüchtern. Die gefangenen Hauptlinge lasse man einstricken in Haft, damit sie nicht einen Aufstand veranlassen, aber man behandle sie gut, man gebe ihnen ruhig ein Glas Champagner (Heiterkeit), das wirkt veröhnlich. (Heiterkeit.) Dann läßt sich das Urteil in Ruhe genau nachprüfen. Das Kenéde Buch ist eine der besten Arbeiten, die wir haben. Herr Vebel hat keinen Grund, gegen die Kolonialbahnen zu stimmen, nachdem sein Parteigenosse Kugagnour in den Kolonialdienst eingetreten ist. (Beifall.)

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Vorher Mitteilung des Reichskanzlers wegen Berufung einer Kommission zur Prüfung der Landkonzessionen in Südwestafrika. Nachher Serbisgesetz, Militärpensionsgesetz, kleinere Vorlagen. Schluß 6 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstages beschäftigt sich gestern mit der Denkschrift betr. Beseitigung des Personalrisikos bei den Offizieren und Beamten des Meeres und der Marine; weiter mit dem Segelentwurf, der eine Abänderung der Bestimmung über die Wohnungsgeldzuschüsse und der Klasseneinteilung der Orte enthält. — Die Debatte wird heute fortgesetzt.

In der Finanzreformkommission wurde gestern die Generaldebatte über die den weiteren Beratungen zugrunde zu legende Höhe des Mehrbedarfs fortgesetzt. Dabei trat der im Zentrum vorhandene Gegenpol recht deutlich zutage. Während der bekannte agrarische Reichstagsmitglied Herold sich als entschiedener Gegner aller direkten Reichssteuern, so auch der Erbschaftsteuer bekannte, trat Müller-Julda, unterstützt von Speck sehr lebhaft dafür ein. Im Laufe der Debatte äußerten sowohl die beiden letztgenannten Abgeordneten wie auch Basing ihre Vermutung, daß die Regierung die Mehreinnahmen in der Absicht zu niedrig und die Mehrausgaben zu hoch geschätzt haben, umherstehende 24 Millionen Mark Militärbeiträge mit herauszuschlagen wie auch für die Zukunft die von den Einzelstaaten aufzubringenden Beiträge nach Möglichkeit herabzumindern. Namentlich ich meine diese Absicht der Schätzung des Ertrages der Erbschaftsteuer zugrunde zu legen. Die Regierungsvertreter Freiherr v. Stengel und Unterstaatssekretär Töle gaben zu, daß diese Annahme durch die §§ 2 und 3 des Mantelgesetzes begründet erscheinen könne, aber es sei zu berücksichtigen, daß bei Schätzung neuer Steuererträge kein verlässlicher Maßstab vorhanden sei. Die zum Ausdruck gebrachte Besorgnis habe nur eine theoretische aber keine praktische Bedeutung. Alle Schätzungen sowohl betreffs der Mehreinnahmen wie auch der Mehrausgaben sind angreifbar. Es können plötzliche unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die die ganze Berechnung über den Haufen werfen, erklärte der Unterstaatssekretär. Das Richtige zu treffen, sei schwierig, wie bei allen derartigen Schätzungen. Das wurde von Müller-Julda zugegeben und in Konsequenz dessen erklärt er sich bereit, nach Abzug der ungedeckten Militärbeiträge und des von der Regierung auf 25 Millionen geschätzten Mehrertrages aus den Zöllen nach Inkrafttreten der neuen Handelsverträge der Festlegung des Mehrbedarfs auf die Höhe von 200 Millionen Mark nicht widersprechen zu wollen. Da die Konzeptionen sowohl wie die Nationalliberalen damit einverstanden sind, wird dieser Betrag die Grundlage der Beratung der neuen Steuerentwürfe bilden. Als erste davon gelangt heute die Draufsteuer-Vorlage zur Beratung.

Der preussische Staat als Arbeitgeber.

Alljährlich bemüht sich die preussische Regierung, den Nachweis dafür zu erbringen, daß das vor nunmehr 10 Jahren gesprochene Wort, die Staatsbetriebe sollen zu Musterbetrieben ausgestaltet werden, immer noch nicht zur Wahrheit geworden ist. Wir zweifeln nicht daran, daß es dem König von Preußen mit seinen Worten Ernst gewesen, aber es zeigt sich auch hier, daß ein Herrscher gegen den Willen einer arbeitervorbereitenden und anti-sozialen Klasse nichts auszurichten vermag. Die herrschenden Klassen Preußens wollen das Los der Staatskassen nicht verbessern, also unterbleibt es. An ihrer Macht scheitert der Wille des Monarchen.

Wie aus dem dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Bericht über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatsbahnen im Rechnungsjahre 1904 hervorgeht, beschäftigt die Eisenbahnverwaltung nicht weniger als 392 641 Köpfe, und zwar 1072 höhere, 45 547 mittlere, 88 253 untere etatsmäßige, 350 höhere, 5455 mittlere, 1908 untere außeretatmäßige Beamte, 1678 technische Gehälften, 61 731 nichttechnische Gehälften und Hilfskräfte im unteren Dienst, 63 728 Betriebsarbeiter, 88 912 Bahnunterhaltungsarbeiter und 59 947 Werkstattarbeiter. Dazu kommen 250 Regierungsbauführer, 217 Zivilstapennummern und 863 Gepäckträger, die keine Vergütung aus der Staatskasse empfangen. Ferner wurden beim Bau neuer Bahnstrecken und bei den außerordentlich vorgeesehenen Ergänzungs- und Erweiterungsbauten auf den im Betriebe befindlichen Strecken 6402 Arbeiter beschäftigt.

Eine Betriebsverwaltung, die über ein so ungeheures Heer von Beamten und Arbeitern verfügt, sollte es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, auf dem Gebiete der Sozialpolitik vorbildlich zu wirken, sie sollte das um so mehr, wenn sie so glänzende finanzielle Ergebnisse zu verzeichnen hat, wie die preussische Eisenbahnverwaltung. Beliehen sich doch im Jahre 1904 die Gesamteinnahmen auf 1 509 932 137, die Gesamtausgaben auf 967 180 760 M., so daß der Ueberschuß 542 751 377 M. betrug, fast 45 Millionen mehr als im Etat vorgegeben waren.

Haben nun die Arbeiter, auf deren Tätigkeit doch die Ueberschüsse mit zurückzuführen sind, Anteil an den Erträgen? Hat die Steigerung ihrer Löhne Schritt gehalten mit der Steigerung der Ueberschüsse? Hat die preussische Regierung, die ihren Einfluß auf den Bundesrat und Reichstag dazu benutzte, für die wichtigsten Nahrungsmittel für die Masse des Volkes die Preise in die Höhe zu treiben, deren Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohnungseinstieg das Wohnen für die Arbeiterbevölkerung verteuert hat, wenigstens ihren eigenen Arbeitern Lohn erhöhungen bewilligt, um eine Verlesterung ihrer Lebenshaltung zu verhindern? Diese Fragen müssen mit einem entschiedenen Nein beantwortet werden. Nach der Statistik über die an die Gehälften, die Hilfskräfte in unteren Diensten, die Handwerker und Arbeiter gezahlten durchschnittlichen Tagesvergütungen und Löhne zählen wir in der Eisenbahnverwaltung noch Tausende von Bediensteten, deren durchschnittliche Vergütung noch nicht einmal 3 M. beträgt. So verdienen durchschnittlich die Hilfskräfte im unteren Bahndienst 2,74 M., die Hilfskräfte im unteren Bahnbewachungs- und Bahnunterhaltungsdienst 2,17 M., die Hilfskräfte im Lokomotiv-, Maschinen- und Wagenmeisterdienst 2,69 M., die Hilfskräfte im Jugenddienst 2,35 M., die Arbeiter im inneren Dienst 2,80 M., die Betriebsarbeiter 2,76 M., die nicht handwerklich ausgebildeten Werkstättenarbeiter, soweit sie nicht im Afford arbeiten, 2,83 M. Rahmt man die Tagewerke und Löhne sämtlicher Klassen von Bediensteten einschließlich der Werkstättenarbeiter zusammen, so ergibt sich für ein Tagewerk im Durchschnitt 2,82 M. gegen 2,72 M. im Jahre 1900, also von 1900 bis 1904 ein Mehr von ganzen zehn Pfennigen.

Auch in der täglichen Dauer des planmäßigen Dienstes des Personal ist eine Besserung nicht zu verzeichnen. So besteht noch immer die Bestimmung, daß bei dem Bahnbewachungspersonal die Dauer der täglichen Dienstdienstzeit 14 Stunden nicht überschreiten soll. Bei einfachen Betriebsverhältnissen, wie namentlich auf Nebenbahnen, darf sie sogar bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden. Bei dem Stations-

personal soll, wenn der Dienst eine ununterbrochene angestrenzte Tätigkeit erfordert, die durchschnittliche tägliche Dauer 8 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstdienstzeit 10 Stunden nicht überschreiten. Im übrigen kann die durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 12 Stunden, die Dauer einer einzelnen Dienstdienstzeit bis zu 14, bei einfachen Betriebsverhältnissen sogar bis zu 16 Stunden betragen. Für das Zugbegleitungspersonal soll die tägliche Dienstdauer im monatelangen Durchschnitt nicht mehr als 11 Stunden, für das Lokomotivpersonal nicht mehr als 10 Stunden, die einzelne Dienstdienstzeit höchstens 16 Stunden betragen. Eine so lange Dienstdienstzeit darf aber nur dann angelegt werden, wenn sie durch ausgiebige Pausen unterbrochen wird. Entsprechend diesen Bestimmungen hatten im Herbst 1905 von 37 100 Beamten des Zugbegleitungspersonals nur 512, also nur 1,4 Proz., eine durchschnittliche tägliche Dienstdauer bis zu 8 Stunden, dagegen 18 814, also etwas über 50 Proz., eine solche von 10 bis 11 Stunden, und von 31 276 Beamten des Lokomotivpersonals nur 1066, also 3,4 Proz., eine durchschnittliche Dienstdienstzeit bis zu 8 Stunden, 3351, also 10,7 Proz., eine solche von mehr als 10 Stunden. Bei dem größten Teil dieser Kategorie, nämlich bei 21 212, also etwa zwei Dritteln, belief sich die durchschnittliche tägliche Dienstdienstzeit auf 9 bis 10 Stunden.

Von allen in Betracht kommenden Beamten und Arbeitern (383 767) hatten nur 34 970, also nicht einmal der zehnte Teil, eine Dienstdauer bis zu 8 Stunden täglich; ein weiteres Zehntel (38 463) hatte täglich 8-9 Stunden Dienst, weitens der größte Teil, 285 444, hatten einen durchschnittlichen Dienst von 9-12 Stunden, 24 882 sogar mehr als 12, bis zu 15 Stunden Dienst.

Schon mehr als einmal ist von den verschiedensten Seiten der enge Zusammenhang zwischen der langen Arbeitszeit und den Eisenbahnunfällen nachgewiesen worden. Mag der Eisenbahnminister den Zusammenhang immerhin leugnen, er besieht und kann einfach nicht in Abrede gestellt werden, wenn anders man nicht die Tatsachen in ihr Gegenteil verkehren will. Lassen wir auch hier die Statistik reden! Die Zahl der Entgleisungen ist von 1895 bis 1905 von 250 auf 315, die der Zusammenstöße von 144 auf 190, die der sonstigen Unfälle von 1091 auf 1687 gestiegen. Gewiß ist in diesem Zeitraum die Betriebslänge der Bahnen eine größere geworden, aber auch wenn man diesen Umstand in Betracht zieht, ist von einer neuemswerten Abnahme der Unfälle keine Rede. Es kamen nämlich auf 100 Kilometer durchschnittlicher Betriebslänge im Jahre 1895 5,50, im Jahre 1904 6,52 Unfälle, auf 1 Million Lokomotivkilometer kamen 1895 4,00 und 1904 3,43, und im Jahre 1904 0,14 Betriebsunfälle. Die Zahl der beim Eisenbahnbetriebe getöteten oder verletzten Personen mit Ausschluß der Selbstmörder belief sich 1898 auf 1244, 1904 auf 1979. Es kamen auf 1 Million beförderter Reisender im Jahre 1903: 0,07, im Jahre 1904: 0,08 Reisende, die getötet oder innerhalb 24 Stunden gestorben, 0,33 bezw. 0,38, die verletzt sind. Bahnbeamte und Bahnarbeiter wurden bei Zugunfällen getötet oder tödlich verletzt, so daß sie innerhalb 24 Stunden starben, im Jahre 1903: 346, im Jahre 1904: 401; nur verletzt wurden 755 bezw. 870. Wieviel davon nach Ablauf von 24 Stunden ihren Verletzungen erliegen sind, darüber schweigt die Statistik. Insgesamt wurden im Jahre 1903 beim Eisenbahnbetriebe 1781, im Jahre 1904 1979 Personen getötet oder verletzt.

Sehr viel tut sich die Eisenbahnverwaltung auf die Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten und Arbeiter zugute. Soweit es sich um Einrichtungen ohne jeden Neben Zweck handelt, also um wirkliche Wohlfahrtseinrichtungen und nicht um Wohlfahrtsschwinkel, läßt sich gewiß nichts dagegen einwenden. Hierher gehören z. B. Beihilfen zur Errichtung von Gemeinwohlheimen für reformabseigende Arbeiter und Beamte. Zu diesem Zweck sind durch den Etat für 1904 zum erstenmal 50 000 M. bewilligt worden. Eisenbahnvereine erhalten aus dem Fonds gegen Bestellung einer Sicherheitskassendeposition Beihilfen, die unverzinslich sind und nach 30 Jahren, sofern bis dahin das Unternehmen weder seine Zweckbestimmung noch den Eigentümer gewechselt hat, Eigentum des Vereins werden. Auf andere Wohlfahrtseinrichtungen braucht die Verwaltung nicht allzu stolz zu sein. Wenn sie sich z. B. rühmt, daß sie Arbeitern, die mindestens ein Jahr ununterbrochen in ihrem Dienst beschäftigt sind, bei militärischen Übungen von nicht mehr als 14 Tagen Zweidrittel ihres Lohnes zahlt, vorausgesetzt, daß sie verheiratet oder überwiegend Ernährer von Familienangehörigen sind, so bleibe sie damit weit hinter dem zurück, was zahlreiche Kommunen, ja selbst Private, tun — ganz abgesehen davon, daß die Arbeiter bei den Hungerlöhnen, die der Staat bezahlt, gar nicht in der Lage sind, sich auch nur einen Pfennig für Zeiten der Not zurückzulegen. Auch über die Weiterzahlung des Lohnes bei Arbeitsverweigerung infolge von Teilnahme an Kontrollveranlassungen und dergleichen würde ein anständiger Arbeitgeber sein Wort verlieren. Selbstverständlichkeiten erwähnt man gewöhnlich nicht. Die Eisenbahnverwaltung glaubt aber auch von dieser „Wohlfahrt“ Aufhebens machen zu müssen.

Direkt unter den Begriff Wohlfahrtsschwinkel fällt die Wohnungsfürsorge der Verwaltung und das Prämiensystem für Arbeiter nach einer bestimmten Dienstzeit. Für eine 20jährige Beschäftigung gewährt die Verwaltung großzügig eine Vergütung von 20 Mark, für eine 25jährige 30 Mark, für eine 45jährige 100 Mark und für eine 50jährige 150 Mark. Durch die Aussicht auf diese fürstliche Vergütung will sie sich einen Stamm gefügiger Arbeiter erhalten, die für 20 bis 150 Mark auf die Verdrängung ihrer politischen Ueberzeugung verzichten, wie ja auch die Wohnungsfürsorge eingetandenermachen den Zweck hat, die Eisenbahnarbeiter politisch zu entziehen. Die drohende Gefahr, im Falle einer politischen Betätigung im oppositionellen Sinne mit Frau und Kind aufs Pflaster geworfen und obdachlos zu werden, soll die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen in der Hand der Verwaltung machen.

Zu noch höherem Grade dient diesem Ziel die Förderung der Eisenbahnvereine, die zur Belebung und Kräftigung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit der Beamten und Arbeiter der Staatsbahnenverwaltung als Glieder eines großen staatlichen Verwaltungskörpers und zur Pflege guter, auf Vertrauen beruhender Beziehungen zwischen den Organen der Verwaltung und der Bediensteten ins Leben gerufen worden, und u. a. auch die „Besserung der wirtschaftlichen Lage“ antreiben sollen. Wenn sie nicht bei ihren Vorgesetzten Anstoß erregen wollten, sind die Bediensteten gezwungen, diesen Vereinen beizutreten. Die einzige Möglichkeit aber, wirklich ihre Lage zu verbessern, der Zusammenschluß zu modernen Kampforganisationen, wird ihnen verboten. Wer der Gewerkschaft seines Berufs beiträgt, wird auf der Stelle entlassen.

Wirtschaftlich und politisch sind die Eisenbahnangestellten rechtlos, die ihnen verfassungsmäßig gewährten Rechte, das Wahlrecht, Vereins- und Wahlrecht dürfen sie nicht nach freiem Ermessen, nicht so ausüben, wie es ihnen ihre Ueberzeugung und ihr Klassenbewußtsein vorschreibt. Und das wird gewiß nicht anders werden, so lange das jetzige System besteht. Erst wenn der Verwaltung deutlich in die Erinnerung gerufen wird, daß die Eisenbahnen lediglich Verkehrsanstalten, nicht aber Instrumente sind, die auf den Ton der jeweiligen Regierung gestimmt werden dürfen, erst dann ist eine Änderung zu erwarten. Dann, aber auch nur dann, wird die Lage der Eisenbahnangestellten eine bessere werden, dann werden sie nicht mehr Staatskassen, sondern freie Arbeiter sein.

Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles aber ist die Vernichtung des Klassenparlamentarismus, dessen Stelle eine wirkliche Volksvertretung einnehmen muß. Die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und sein Ersatz durch das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht zum Landtage wird auch den Eisenbahnangestellten endlich Befreiung von politischer Bevormundung und eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage bringen.

Die Revolution in Rußland.

Furcht vor dem Bauernaufstand.

Moskau, 17. Januar. Gestern Abend ist hier das Bureau des Kongresses der Adelsmarschälle von ganz Rußland zusammengetreten. Jeder Bezirk hat zwei Marschälle gesandt. Der Zweck des Kongresses ist, außer den Wahlen die Feststellung von Maßregeln, welche bezwecken, den Aufstand niederzulämpfen, und der Bauernbevölkerung größere Landereien zur Verfügung zu stellen.

Im Gouvernement Besarabien ist ein Bauernaufstand ausgebrochen. Das Bauernkomitee hat beschlossen, alle Privatgüter zu Bauernbesitz zu erklären. Der Kreis Orgejew wird durch schreckliche Brandstiftungen heimgesucht.

Reitertruppen.

Die „Daily Tribune“ meldet aus Petersburg, daß in Dinamünde ein Kampf zwischen Artillerie und Infanterie stattfand. Die Infanterie hatte gemeutert, und die Artillerie wurde herbeigeholt, um die Meuterei zu unterdrücken. Dies erfolgte ohne große Mühe. Die Verluste beschränkten sich auf 28 Tote und viele Verwundete. General Serier, welcher die Artillerie kommandierte, wurde schwer verwundet.

Bombardement einer Stadt.

Petersburg, 18. Januar. Wie gemeldet wird, befindet sich die Stadt Soche (?) in den Händen der Revolutionäre und wird augenblicklich bombardiert.

Proklamation der Republik.

Petersburg, 18. Januar. Die „Vrsh. Wjed.“ melden gerüchtwaise, daß in Kasan bereits die Republik proklamiert wurde. Ein Gouverneur ist zum Präsidenten gewählt worden, der bereits alle Funktionen eines Staatsoberhauptes ausübt.

Standrecht in Warschau.

Warschau, 18. Januar. (W. T. U.) Die Mitglieder der anarchistisch-kommunistischen Organisation Kozenski, Poljschein, Rifkind, Scheier und Pfeffer sind wegen verschiedener Bombenattentate zum Tode verurteilt und heute in der hiesigen Festung erschossen worden.

Aus der Partei.

Ein Erfolg der Sozialisten.

500 neue Abkommen hat die „Breslauer Volkswacht“ innerhalb der letzten Woche zu verzeichnen. In Breslau wird die Bewegung der Arbeiterbewegung am schärfsten betrieben. Das harte Urteil von einem Jahr Gefängnis gegen den Genossen Löbe ist ein scheinendes Beispiel dafür. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist nicht auf Seiten unserer Gegner, er ist auf unserer Seite. Die 500 neuen Abkommen der „Volkswacht“ sind 500 Schwürzeugen für die ewige Wahrheit, daß man Ideen nicht auf den Scheiterhaufen zu schleppen vermag!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Zu 600 Mark Geldstrafe oder 60 Tagen Gefängnis wurde am Donnerstag vor dem Königsberger Straßengericht der Redakteur des Königsberger Parteiblattes, Genosse Marchionni, wegen Verleumdung der Danziger Polizei verurteilt. In Nr. 209 der Königsberger Volkszeitung vom 6. September v. J. war ein Artikel erschienen, in dem die Vernehmung des Vorsitzenden der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Genossen Ewert-Danzig, auf der Polizei geschildert wurde. Ewert war in den Verdacht geraten, anderen Leuten Schriftstücke angefertigt zu haben und sollte deshalb auf Antrag der Amtsverwaltung vernommen werden. Er schickte als Zeuge vor Gericht die Sache folgendermaßen: Der Polizeikommissar Selmann habe ihn nach seinen Personalien gefragt, und da habe er gesagt, er wolle erst wissen, um welche Sache es sich handle, früher gebe er seine Personalien nicht an. Darauf habe der Polizeikommissar gesagt, er möge nicht so frech sein, sonst lasse er ihn einsperren. Dann habe er ihn nach einem weiteren Wortwechsel in ein anderes Zimmer geführt, wo sich zwei Kriminalbeamte befanden. Einem dieser Beamten habe der Polizeikommissar befohlen, von Ewert eine Schriftprobe abzunehmen. Ewert habe erklärt, dazu keine Zeit zu haben, darauf habe der Kriminalbeamte mit dem Ton zu Ewert gesagt: „Wenn Sie einmal hier sind, dann haben Sie auch zu schreiben!“ Darauf sei Ewert eingeschüchtert worden und habe nach dem Diktat des Beamten geschrieben. In der „Volkzeitung“ wurde dieser Vorfall kritisiert und angegeben, was für Paragrafen in Betracht kommen, wenn Beamte Gefändnisse erschaffen und ein Vorgesetzter Untergebene dazu verleitet. Darin wurde besonders die Schwere der Verleumdung gefordert. Der Polizeikommissar und die beiden Kriminalbeamten stellten unter ihrem Eide die ganze Angelegenheit sehr harmlos dar und behaupteten, den Ewert sehr höflich behandelt zu haben. Ewert wurde nicht verurteilt, da er dringend verdächtig sei, das Material zu dem Artikel geliefert zu haben. Der Verteidiger beantragte, das Verfahren einzustellen, da dieser Artikel zusammen mit einem anderen, auf Grund dessen der Angeklagte ebenfalls wegen Verleumdung der Danziger Polizei zu 400 M. verurteilt worden ist, zusammen in die Druckerei gegeben und nur durch technische Schwierigkeiten nicht an ein und demselben Tage erschienen sei. Deshalb sei die Tat als ein einheitlicher Wille anzusehen und es könne nur eine Bestrafung erfolgen. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis; der Gerichtshof stellte sich nicht auf den Standpunkt des Verteidigers, sondern erkannte auf die obige Strafe.

Serbische Justiz. Wegen unser serbisches Parteiblatt „Karodna Nees“ war kürzlich ein Prozeß angestrengt worden. Der Verfasser des inkriminierten Artikels war aber nicht zu ermitteln und so zog man den Genossen Jibandovic zur Verantwortung. Dieser war aber zurzeit des Erscheinens des betreffenden Artikels gar nicht mehr Redakteur dieses Blattes; nur war sein Austritt aus der Redaktion den Behörden nicht gemeldet worden. Alle Einwendungen lassen ihm nichts, er wurde zu drei Monaten Staatsgefängnis verurteilt. — Das ist wenigstens einmal etwas Originelles auf dem Gebiete der Sozialistenverfolgung; so etwas haben wir selbst in Deutschland noch nicht erlebt — bis jetzt.

Aus Industrie und Handel.

Ein Sieg des Freihandelsprinzips.

Nam in einem Punkte herrscht in Deutschland eine solche Einmütigkeit wie in dem Mißbehagen über die neuen Handelsverträge. Das ist der Punkt der hohen Tar. Das Instrument zu diesen Verträgen wurde durch einzig dastehende parlamentarische Gewalttätigkeiten erzwungen. Genießt bei manchen der „Anzufriedenen“ kann man unfehlbar den Zustand erkennen. Aber alles lamentiert. Unsere Fäuler murren, weil sie mit dem Ansturm der Leute noch nicht zureichen sind, den Großindustriellen kommt doch etwas Grauen wegen der zweifellosen Ertragsverwertung der Exportmöglichkeit unserer Industrie, die Verarbeitungswerke jammern, weil sie als Exporteure die Hauptleidtragenden sind, die Konsumenten schauen mit trübem Blick in die Zukunft; es herrscht eine fast allgemeine Verdrossenheit. Und in England? Joe Chamberlain

umher als Wandredner für den Schutz. Man könnte den Erfolg des Chamberlain'schen Feldzuges in Frage ziehen, darüber ist jeder Zweifel ausgeschlossen, der deutschen Agrarier maßloses Begehren hat ihm einen prächtigen Resonanzboden geschaffen. Aber der weitwichtige praktische Blick des Engländers als Kaufmann ließ sich durch Scheingründe und Argumente doch nicht täuschen. Die jetzt vollzogenen Parlamentswahlen bedeuten einen vollen Sieg des Freihandelsprinzips, eine komplette Niederlage der Schutzsozialisten. Und im Anschluß hieran zeigt sich wieder mal die Kurzsichtigkeit gewisser Handelskreise in Deutschland. Für Deutschlands Industrie ist der Sieg des Freihandelsprinzips in England von ganz respektabler Bedeutung. Gewiß nicht um der deutschen Industrie die Verdoppelung der durch den deutschen Zolltarif erkitteten Verwundung zu ersparen, selbstverständlich nur aus eigenem Interesse bezichtigt England darauf, Salz und Pfeffer in unsere Wunden zu streuen. Man schiebt den Zollseil nicht ab, weil man weiß, daß er mit unfehlbarer Sicherheit stets auch den Schützen verletzt. Wir haben's zu sattfam erfahren. Der Ausfall der Parlamentswahlen in England ist daher als Lichtblick in das Dunkel der zukünftigen Handelsverhältnisse zu bewerten. Aber auf unsere Vorse, die feindselig darauf reagiert, wie ein Minister sich räuspert, wie er spuckt, die wettwendigster wie das Wetter, heiter lacht, wenn aus grauen Wolken der Regen rieselt, und Trübsal schmilzt, wenn die Sonne lacht, macht das Ereignis in England, das dort selbst wahre Sensation hervorrief, gar keinen Eindruck. Die sich darin dokumentierende Verstandlosigkeit in handelspolitischen Fragen erklärt zu einem guten Teil die Stärke der Schutzkollektive in Deutschland.

Und immerfort Preiserhöhungen. Die oberdeutsche Kohlenkonvention beschloß in ihrer gestrigen Versammlung eine vom 1. April ab in Kraft tretende Erhöhung der Preise um 50 Pf. pro Tonne. — Auch die Holzpreise ziehen schon seit einiger Zeit an. Es wurde z. B. wie der „V. Jg.“ aus Hannover geschrieben wird, auf einer in Al. Abbeiden bei Hildesheim abgehaltenen Baumholzauktion das Meter Buchenbrennholz im Durchschnitt mit mehr als 7 M. bezahlt, ein Preis, der seit 20 Jahren dort nicht erzielt worden ist.

Stimmen gegen Zollkrieg. Auch in amerikanischen Handelskreisen weckt das Gekwisp eines drohenden Zollkrieges vielfache Besorgungen. Es werden, wie dem „Daily Telegraph“ aus Washington gemeldet wird, vielfach Versicherungen über die Untätigkeit des Kongresses laut, und gleichzeitig erhalten die Kongressvertreter der landwirtschaftlichen Staaten des Westens von ihren Wählern Briefe mit der Bitte, einen Zollkrieg zu verhindern.

Kriegsgerichte und Börse. Obwohl die öffentliche Meinung, die in Italien eine große Gleichgültigkeit in den Fragen äußerer Politik zeigt, sich nicht recht erheben will, weilt ein Teil der italienischen Presse seit Wochen die blutigen Kriegerischen Propheten. Dieser Teil stellt sich so an, als ob er allen Ernstes die Frage eines italienischen Eingreifens im Falle eines Konfliktes zwischen Frankreich und Deutschland erwäge, eines Eingreifens zugunsten Deutschlands, das durch die geheimen Klauseln des Dreibundes dem Lande zur Pflicht gemacht sein soll. Trotz der wiederholten beruhigenden Erklärungen der ministeriellen Blätter kehren besonders die Mailänder und Genueser Zeitungen immer wieder auf diesen Punkt zurück, wobei übrigens die gesamte Presse nicht verhehlt, daß die italienischen Sympathien viel mehr auf französischer, als auf deutscher Seite liegen! Auf alle Fälle ist aber die Versicherung friedliebender Tendenzen, in denen sich die offiziellen Blätter erschöpfen, bitter ernst gemeint. Kriegsgefühle hat die italienische Bourgeoisie wahrhaftig nicht, nicht einmal gewisse Sphären der Hochfinanz. Ihr Lebensinstinkt selbst weist sie auf eine friedliche Politik.

Wenn trotzdem die italienische Presse ganz besonders freivol mit dem Gespenst des Krieges gedroht hat, so dürfte sich die teilweise Erklärung dafür in den Börsenberichten finden. Während die Börse in London und Berlin in geringem Maße einen Rückschlag der Marokkofrage spürt, sind die norditalienischen Börsen seit einer Woche viel nervöser als sogar die Pariser. Ueber alle Werte, ohne Ausnahme, weht ein beängstigender Wind der Baisse. Die festesten Aktien beugen sich darunter. Es handelt sich hier offenbar um Manöver der Spekulation, denn es fallen auch solche Werte, die bei erstgenannten Kriegsgerüchten steigen müßten, wie z. B. die Stahlwerke Terni, die im Laufe der Woche um 85 Lire pro Aktie fielen. Daß nicht politische, sondern Börsengründe vorliegen, erhellt auch daraus, daß die norditalienischen Märkte viel unruhiger sind als der römische, der doch an der Quelle der politischen Nachrichten ist. Die römische Börse ist nicht etwa an sich widerstandsfähiger gegen Depressierende Einflüsse — im Gegenteil, sie ist aber weniger der Lummelplatz der hohen Spekulation, wie sie in Mailand und vor allem in Genua ihr Wesen treibt.

Die sozialistische Presse verhält sich abwartend und begnügt sich darauf hinzuweisen, daß man heute nicht mehr mit Diplomaten-tüfeln Kriege heraufbeschwört, von denen das Proletariat nichts wissen will. Der „Avanti“ hat an hervorragender Stelle den Rufus der Konföderation du Travail abgedruckt und sich sonst auf die Tageschronik der Ereignisse beschränkt.

Im Ernst glaubt jeder an einen friedlichen Ausgang — aber es ist so pilant, mit hohen Worten um sich zu werfen, selbst wenn nichts dabei herankommt als hohe Börsenprofite schlauer Spekulanten.

Amerikas reichste Fruchtbarkeit ist der Staat Kalifornien, der sich in den letzten Jahren großartig entwickelt hat. Vor 50 Jahren noch suchte dort jedermann nur nach Gold, die Fruchtbarkeit des Bodens wurde erst später geschätzt. Jetzt ist eine ausgedehnte Obstkultur entstanden. Ganze Bahnzüge frischer wie eingemachter und getrockneter Früchte gingen nach dem Osten. Besonders das vergangene Jahr brachte eine reiche Ernte. Kalifornien steht erst am Anfang seiner Entwicklung. Die Fruchtbarkeit des Bodens wird erst zu einem Teile ausgenutzt. In der Jahresübersicht des „California Fruit Grower“ sind einige Zahlen angegeben, die zeigen, welche Menge von Früchten im Jahre 1905 von Kalifornien aus versandt wurden. Da sind aufgezählt: 73 885 Tonnen frischer Früchte, 3 801 516 Kisten mit Konserven, 65 050 Tonnen getrockneter Früchte, zu einem großen Teile Pflaumen. In Kalifornien gedeihen alle Obstgattungen, mit Ausnahme der Sorten, die nur in den Tropen reifen. Ständig wächst die Ausfuhr von Zitronen und Orangen, und immer ausgedehnter werden die Anlagen der großen Orangenhaine und Obstgärten. Besonders der Süden des Staates ist reich hieran. Große Erfolge im Obstbau erzielen neuerdings auch die beiden anderen Staaten am Stillen Ozean, nämlich Washington und Oregon. Viel Obst geht auch von hier nach den Märkten in Europa.

Diskontherabsetzung. Der Diskont der Reichsbank ist gestern auf 5 Proz. der Lombardzinsfuß für Darlehen gegen Verpfändung von Effekten und Waren auf 6 Proz. herabgesetzt worden.

Ein Rekordjahr für Konfektionäre. Der „Konfektionär“ schreibt: „Die Reifeorders gehen bis jetzt nicht unbefriedigend ein. Man hat zu klagen keinen Grund. Wenn sonst stets in den ersten Wochen hauptsächlich die großen Orders eintrafen, weil die großen Kunden zuerst besudt werden, so fällt es diesmal angenehm auf, daß auch jetzt noch nicht die geringste Verminderung im Ein gange bedeutender Aufträge eingetreten ist. Man kann sogar behaupten, daß die auf der Reise gemachten Umsätze erheblich größer sind als in früheren Jahren, wie denn überhaupt das Reifegeschäft wieder immer mehr an Bedeutung zunimmt. Dafür gibt es mannigfache Gründe. Es gibt bestimmte Artikel, welche beinahe das ganze Jahr gehen und die man deshalb — unabhängig vom Saisonbedarf — sofort haben will. Hierzu gehören vor allem Kostüme und Regenmäntel. Selbst Staudmäntel müssen bereits jetzt bestellt werden, sonst wird man sie später bei der Knappheit der Stoffe kaum erhalten können. Eine andere Eigentümlichkeit des diesjährigen Reifegeschäftes ist es, daß die großen Firmen die bestellten Waren viel frühzeitiger als sonst haben wollen. Ein großer Teil der Orders ist mit Vorzeit Ende Januar ausgegeben worden. Daher kommt es, daß die Arbeiter schon jetzt stark beschäftigt werden, wie man denn überhaupt mit einem frühen Einsetzen der Saison zu rechnen haben wird. Schon jetzt bemerkt man tagtäglich Käufer hier, welche

ihre Frühjahrseinkäufe besorgen. Tempora mutantur, die Zeiten ändern sich! Früher wurden Frühjahr-Reifeorders mit Vorzeit per Eltern bestellt. Heute gehört Ablieferung im Januar nicht zu den Seltenheiten. Von einigen Firmen wird uns versichert, daß das Jahr 1906 für sie in bezug auf Frühjahr-Reifeorders ein Rekordjahr ist, wie es seit langen Jahren nicht dagewesen ist. Dasselbe wird uns übrigens auch von vielen anderen Konfektions- und Modewarenbränden versichert.“

Wer zurzeit die Ausstattung der Heimarbeiter besucht, kann dort erfahren, daß in der Konfektion teilweise geradezu skandalös erbärmliche Löhne gezahlt werden. Da darf man wohl erwarten, daß die armen Lohnflaven von der als glänzend geschilderten Konjunktur auch etwas profitieren.

Geschäftslage der Maschinenindustrie.

Aus den Geschäftsergebnissen einer Reihe Maschinenbauanstalten, sowohl großer als auch kleiner Betriebe, für das Jahr 1905 geht hervor, daß eine geringere Dividende als im Vorjahre nur ganz wenigen Gesellschaften verteilte; bei fast allen geht die Verzinsung des Aktienkapitals über die vorjährige hinaus. Bei circa 20 der wichtigsten Maschinenbaugesellschaften verzinste sich 1904 das Aktienkapital zu circa 8 Proz., im Jahre 1905 dagegen schwankt die Dividendenziffer zwischen 11 und 12 Proz. Für die Ausstattung der Landwirtschaft bieten sich der deutschen Maschinenindustrie noch recht günstige Aussichten. In den ersten elf Monaten 1905 führten die Vereinigten Staaten rund 134 000 Doppelzentner landwirtschaftliche Maschinen nach Deutschland aus gegen rund 95 000 im Jahre 1904. Auch Großbritannien trug zu der Einfuhrsteigerung bei. Für die deutschen Exporteure sind die Chancen weniger günstig, da der Hauptabnehmer Rußland seine Bezüge aus Deutschland eingeschränkt hat. Die Geschäftslage im Werkzeugmaschinenbau, der in ausgedehntem Maße für das Ausland arbeitet, war ebenfalls sehr befriedigend. Hier trat bemerkenswerterweise gerade Rußland als starker Abnehmer auf. Seit 1903 vergrößerte es seine Bezüge aus Deutschland in den ersten 11 Monaten um rund 14 000 Doppelzentner oder 50 Proz. Noch stärker war die Ausfuhrsteigerung nach Oesterreich.

Soziales.

Eine Arbeitsordnung für kaufmännische und gewerbliche Angestellten. Nachstehend veröffentlichen wir aus unserer Sammlung den Inhalt einer Arbeitsordnung, wie er als Teil des Arbeitsvertrages von einer Berliner Firma (Goldfelder u. Meherheim, Neue Königstraße 34) mit ihren gewerblichen und kaufmännischen Angestellten vereinbart ist. Der Inhalt zeigt, wie dringend notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß der kaufmännischen und gewerblichen Kaufmannsgehelfen ist.

Im Artikel 1 wird über die Arbeitszeit festgesetzt: „Sämtliche Wochentage sind Arbeitstage. Die zehnstündige Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet mit Ausnahme der vom Gesetz und von der Geschäftsleitung vorgesehene Tage um 1/9 Uhr abends. Diefelbe kann auch anordnen, daß wochentags bis 9 Uhr und an Sonn- und Feiertagen die Arbeit in den gelegentlich zugestanden Stunden aufgenommen wird. In letzterem Falle werden am vorhergehenden Tage Bekanntmachungen, die von den Angestellten zu unterzeichnen sind, erlassen. Unterbrechungen der Arbeitszeit finden an Wochentagen für die Frühstückspause zwischen 1/10 bis 12 Uhr und für die Vesperpause zwischen 1/5 bis 7 Uhr, je 1/4 Stunde statt. Die Mittagspause beträgt 1/2 Stunden, kann aber von der Geschäftsleitung noch bis um 1/2 Stunde verlängert werden und von der Geschäftsleitung für jeden Angestellten festgelegt. Die achtstündige Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr morgens und endet um 6 Uhr nachmittags, mit Unterbrechungen von einer Stunde, in welcher Zeit das mitgebrachte Essen am Platze zu verzehren ist. Bezüglich der Arbeit an Sonn- und Feiertagen treffen auch bei achtstündiger Arbeitszeit die Bestimmungen wie bei der zehnstündigen Arbeitszeit zu. Speisen, sowie Getränke (nicht Bier oder Schnaps) hat sich jeder Angestellte mitzubringen und im Geschäftshause zu verzehren.“

Diese schon dehnbare Arbeitszeitregelung verliert durch eine Vorschrift im Arbeitsvertrag jeden Wert. Diese lautet nämlich:

„Sollte dem Angestellten eine andere (gewerbliche) kaufmännische Beschäftigung als die vereinbarte angewiesen werden, so ist derselbe hierzu ohne weiteres verpflichtet. Auch außerhalb der vereinbarten Zeit muß der Angestellte, ohne Vergütung dafür zu erhalten, arbeiten.“

Als Kündigungsfrist ist für gewerbliche Arbeiter die eintägige, für Handlungsgehelfen die gesetzliche Kündigungsfrist (ein Monat) vorgesehen.

Eine Reihe Artikel der Arbeitsordnung treffen Bestimmungen über das Verhalten im Geschäft. Dann heißt es im Artikel 4 im Widerspruch mit § 304 B. G. B.:

Für den Schaden, welcher der Firma durch einen Angestellten infolge Verstoßes gegen die Arbeitsordnung entsteht, ist der betreffende Angestellte verantwortlich, und hat sich den dem Schaden entsprechenden Betrag bei der Zahlung des Gehaltes in Abzug bringen zu lassen. Beschwerde hiergegen ist innerhalb 8 Tage nach Feststellung bei der Geschäftsleitung vorzubringen.“

Als Entlassungsgründe werden außer den im § 72 des Handelsgesetzbuchs vorgesehenen eine Reihe anderer festgesetzt. Es sollen die Angestellten ohne Entgelt sofort entlassen werden können:

- a) Wenn der Angestellte bei Abschluß des Engagements falsche Angaben irgend welcher Art über seine Person gemacht hat, und wenn er Verfehlungen an einer früheren Stellung verschwiegen hat.
- b) Wenn er ungeachtet erfolgter Verwarnung mit Feuer und Licht unvorsichtig umgeht und die gesetzlichen Bestimmungen, die den Gistverkehr betreffen, zu beachten unterläßt.
- c) Wenn trotz erfolgter Ermahnung im Geschäft oder außerhalb desselben mit dem im Geschäft Angestellten des anderen Geschlechts anstoßerregender Verkehr unterhalten wird.
- d) Wenn er sich weigert, seinen Dienstverpflichtungen nachzukommen oder wenn er sich Verletzungen oder Tätlichkeiten gegen den Chef, die Angestellten oder die Kunden zuschulden kommen läßt.
- e) Wenn der Angestellte zu einer Freiheitsstrafe verurteilt ist.
- f) Wenn derselbe sich der Trunkenheit ergibt, oder Hazard spielt, oder einen ungebührlichen Lebenswandel führt.
- g) Wenn der Angestellte beim Engagement verschweigt, daß er an einer chronischen oder organischen Krankheit leidet.
- h) Wenn er im Falle einer Erkrankung nicht spätestens am zweiten Tage ein ärztliches Attest der Firma einreicht.
- i) Wenn er im Falle einer Erkrankung die ärztliche Erlaubnis hat, täglich auszugehen und sich nicht einen Tag über den anderen im Hauptkontor der Firma persönlich meldet.
- k) Wenn er im Krankheitsfalle auf Verlangen der Geschäftsleitung sich nicht von einem von der Firma bezeichneten Arzte untersuchen läßt und die Arbeit entgegen dem Gutachten dieses Arztes über seine Arbeitsfähigkeit nicht aufnimmt.
- l) Wenn er von den Waren nachst.
- m) Im Falle einer von der Geschäftsleitung angeordneten Untersuchung (für weibliche Angestellte von einer Dame, für männliche Angestellte von einem Herrn) diese nicht erlaubt.
- n) Wer sich Zuwendungen irgendwelcher Art von Lieferanten oder von Kunden machen läßt. (Derartige Anerbieten sind sofort einem der Chefs anzugehen.)

Vorstehende Gründe rechtfertigen die Entlassung nicht mehr, wenn dieselben der Geschäftsleitung länger als acht Tage bekannt sind.

Unrechtfertigkeit jeder Art berechtigt zur sofortigen Entlassung und es erfolgt Strafanzeige. Wiederholtes unentschuldigtes Fehlen von Arbeitern wird als Ungehörigkeit betrachtet und berechtigt zur sofortigen Entlassung.

Beschwerden gegen die Arbeitsordnung werden durch Verweise, Ermahnungen oder Entlassung bestraft, sofern nicht Strafgelder erhoben worden sind. Die Strafgeldgründe-Liste ist außerordentlich reich.

Die Erhebung von Strafgeldern findet unzulässig in nachstehenden Fällen statt und wird von der Kassiererin festgesetzt und notiert und bei der nächsten Gehaltszahlung in Abzug gebracht. Von den Strafen wird der betreffende Angestellte sofort in Kenntnis gesetzt und ihm anheimgestellt, sich gegen diese Strafen innerhalb 24 Stunden bei der Geschäftsleitung zu beschweren.

Strafen: § 1. Von den nachstehend festgesetzten Strafen zahlen die Angestellten bis zum monatlichen Gehalt von 40 Mark nur die Hälfte, mit Ausnahme der Strafen für Zuspätkommen.

§ 2. Wer das Geschäftshaus ohne Erlaubnis verläßt, hat 50 Pf. Strafe zu zahlen.

§ 3. Wer zu spät kommt, zahlt für jede späteren fünf Minuten 5 Pf.

Die ersten fünf Minuten nach 8 Uhr morgens sind straffrei.

§ 4. Wer ohne Erlaubnis krankheitslos fehlt, zahlt für jede Arbeitsstunde 10 Pf. Die ersten beiden Stunden sind hier von ausgenommen.

§ 5. Um 1/2 10 Uhr morgens, für Kolonialwaren und Landesprodukte 10 Uhr morgens, müssen die Lager verbollständigt sein. Ist dies nicht der Fall, so wird für jedes nachträglicheholen am Lager 10 Pf. berechnet, es sei denn, daß der Betreffende am vorhergehenden Tage bis 6 1/2 Uhr einen Hausdiener zur Versorgung der Ware beauftragt. Ausgenommen sind die Artikel, für die ein für allemal Erlaubnis zum späteren Besorgen von der Geschäftsleitung erteilt ist.

§ 6. Ist ein Lager in der Zeit von 1/2 10-10 Uhr unordentlich gepackt, so zahlt der Betreffende, dem dies Lager zugeteilt ist, 10 Pf. Strafe.

§ 7. Wer einen Artikel zu spät bestellt, so daß die Ware zu spät eintrifft, daß der Artikel inzwischen am Lager fehlt, zahlt 30 Pf. Wird ein Artikel erst bestellt, nachdem solcher am Lager fehlt, zahlt der Angestellte, dem dies Lager zugeteilt ist, 50 Pf.

§ 8. Wer die für ihn festgesetzte regelmäßige Arbeit nicht pünktlich ausführt, zahlt für jeden Fall 10 Pf. Ist ein anderer daran schuld, so zahlt dieser für ihn die 10 Pf.

§ 9. Wer die ihm übergebenen Werkzeuge usw. bei der Revision nicht zeigen kann, zahlt 10 Pf. Strafe. Kann er solche nicht innerhalb 24 Stunden beschaffen, so hat er den Betrag für den Gegenstand zu zahlen.

§ 10. Wer Ware unabgerufen fortgibt, zahlt 50 Pf. Strafe. Auch darf unabgerufene Ware nicht auf den großen Bodenstisch gestellt werden, andernfalls der Betreffende ebenfalls 50 Pf. dafür zahlt.

§ 11. Wer das elektrische Licht unnötig brennen läßt, zahlt für jedes Mal und jede Flamme 10 Pf.

§ 12. Die Tara, das Gewicht der Emballagen, ist von demjenigen festzustellen, zu dessen Lager der Artikel gehört. Für unvollständige Angabe ist 50 Pf. Strafe zu zahlen, bei falscher Angabe mit einer Differenz von mindestens 5 Proz. 30 Pf.

§ 13. Wer seine Wohnung verändert hat, muß dieses innerhalb drei Tagen der Kassiererin mündlich, andernfalls der betreffenden die Folgen gegen sich gelten lassen muß. Die daraus entstehen, wenn ihm Mitteilungen usw. nicht rechtzeitig zugehen. Als Strafe wird ihm 30 Pf. angedreht.

§ 14. Wer unterläßt, für jemanden eine Strafe anzujagen respektive zu notieren, zahlt diese ebenfalls.

§ 15. Wer sich unbefugt im Laden, Keller oder einem anderen Räume aufhält, oder die Aufforderung ihn zu verlassen, seitens des sich im Räume befindlichen ältesten Angestellten nicht Folge leistet, zahlt 30 Pf. Strafe. Unter Ältesten Angestellten kommt die Zeit der Anwesenheit in unserem Geschäft in Betracht.

§ 16. Wer falsch nachrechnet, zahlt 30 Pf. Strafe.

§ 17. Wer falsch Nachgeradenes fakturiert, zahlt 20 Pf. Strafe. Die in §§ 1 bis 17 festgesetzten Strafen dürfen bei keinem Angestellten für den Tag die Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes übersteigen.

Die Geschäftsleitung gedenkt auch etwaiger Prämien und Geschenke im Arbeitsvertrage. Sie bestimmt nämlich darüber — wiederum im Widersprich mit dem Verbot des Abzuges vom Lohn, wie es § 94 R. G. B. festlegt: „Sollen Prämien oder Geschenke zur Verteilung gelangen, so hat die Geschäftsleitung das Recht, diese innerhalb 2 Monate nach Verabfolgung derselben zurückzuerlangen oder von der Gehaltszahlung zu kürzen.“

Die Möglichkeit, daß eine solche Arbeitsordnung besteht, sollte den Handlungsgehilfen beiderlei Geschlechts es nahe legen, daß ihr Anschluß an den Handlungsgehilfenverein dringend notwendig ist.

Während Wadereisen zu den „Kosten des Heilverfahrens“ im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes? Diese Frage ist kürzlich vom Kammergericht bejaht worden. Der Kläger war in der Eisenbahnverwaltung, einem reichsgesetzlich der Unfallversicherung unterliegenden Betriebe, als unmittelbarer Staatsbeamter angestellt, als er infolge eines im Dienste erlittenen Verbandsunfalls dauernd dienstunfähig und deshalb in den Ruhestand versetzt wurde. Er klagte auf Grund des § 1 Abs. 8 des Preussischen Beamtenfürsorgegesetzes vom 2. Juni 1902 gegen den Eisenbahnstatistik auf Erlass der Kosten einer Kur im Bade Reichenhain, welcher er sich auf ärztlichen Rat zur Heilung eines unstrittig durch den erwähnten Unfall hervorgerufenen Rückenleidens unterzogen hat. Das Kammergericht hat den Postus zum Erlass dieser Kosten beurteilt. In dem Urteil, welches die „Bl. f. Rechtspr.“ wiedergeben, führt das Kammergericht unter anderem aus: Unter „Heilverfahren“ versteht man nach dem Sprachgebrauch die Gesamtheit der Maßnahmen, welche die Heilung herbeizuführen bestimmt und geeignet sind und zu dieser kann sehr wohl die Kur in einem Badeort gehören. Denn die dauernd nachteiligen Folgen erlittener Unfälle, die in der Verantwortung einzelner Körperlicher Organe oder des Nervensystems im ganzen bestehen, pflegen am sichersten durch den Gebrauch von Mineralbädern herabgemindert oder auch beseitigt zu werden. Diese Auffassung des im § 1 Abs. 6 gebrauchten Wortes „Heilverfahren“ hat auch bei den gesetzlichen Faktoren bestanden, wie die Entstehungsgeschichte des Gesetzes zeigt. Es kann danach nicht zweifelhaft sein, daß auch nach dem Willen des Gesetzgebers eine zur Heilung notwendige Wadereise zum Heilverfahren gehört.

Verfammlungen.

Eine außerordentlich zahlreiche besuchte öffentliche Versammlung aller in photographischen Betrieben Beschäftigten und Angehörigen der Photographenvereine in Dräsel's Restfäden, Neue Friedrichstraße, um über Mittel und Wege zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gemeinschaftlich zu beraten. Der Vorsitzende des „Deutschen Sennfelder-Bundes“, O. Seifert, hatte das Referat übernommen. Redner wies gleich zu Anfang seiner Ausführungen darauf hin, daß das Warenhaus „Zandorf“ jetzt nach dem Feste 40 Photographengehilfen entlassen habe, diese vermehren das Heer der Arbeitslosen, die schon zu gewöhnlichen Zeiten mehr als 15 Prozent in Berlin betragen. Eingetommen, daß häufig genug in den Ateliers neben zwei Gehilfen fünf bis sechs Lehrlinge gehalten würden; dieses seien unhaltbare Zustände, denn dadurch müßten die Löhne der Gehilfen noch mehr gedrückt werden. Redner erwähnt die Umfenden, die noch nicht der Organisation angeschlossen sind, dieses nachzuholen und den Standesbündel abzustreifen; vom Künstler ruhm könnten sie nicht leben. Dieser tödliche Standesbündel und die falsche Erhebung über die organisierten Hand- und Lohnarbeiter, mit denen sie in Hinsicht auf ihre materielle Lage auf gleicher Stufe, ja zum Teil unter ihnen ständen, sei ein Grund mit ihrer gegenwärtigen traurigen wirtschaftlichen Lage. Es sei ihm von gut unterrichteter Seite mitgeteilt worden, daß die Monatsgehälter der Angestellten 80 Mark, 50 Mark betragen, ja sogar bis auf 40 Mark hinuntergingen und die Arbeitszeit vielfach eine unbegrenzte sei. Redner führt nun als Beispiel die **Müller'scher** an, die durch festen Zusammenhalt jetzt als ungelernete Arbeiter einen Wochenverdienst von 30 Mark bezögen. Redner fährt fort, wenn die Hausdiener Lohnforderungen usw. stellen, dann verhandeln die Internen mit ihnen, da diese wüßten, daß die Organisationen für diese Arbeiter eintreten, kommen aber die Photographen mit solchen Forderungen, dann heißt es: Was wollen Sie, organisieren Sie sich zuvor usw. und weisen sie ab. In einer ganzen Reihe von Städten im Deutschen Reich sei die Sonntagruhe in diesem Gewerbe eingeführt, in Berlin dagegen denke man nicht daran. In Dresden sei die Tarifbewegung der Photographen jetzt als abgeschlossen zu betrachten, der Tarif sei von fast allen Firmen anerkannt und unterzeichnet worden. — In Berlin und den Vororten finden jetzt statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse statt, auf Grundlage deren ein Tarifentwurf ausgearbeitet und einer demnächst einzuberufenden Versammlung zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Die vom Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zum Sonntag, den 21. Januar nach Scherachs Festhallen, Rüdersdorferstraße 43 einberufene Agitationsversammlung findet nicht statt. Derselbe wird am Sonntag, den 4. Februar, nachmittags 2 Uhr im genannten Lokale abgehalten werden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (C. & B.) Hamburg, Nilsale Nummelsberg, Sonnabend, den 20. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Vorhagen, Ecke der Neuen Bahnhofsstraße: Mitgliederversammlung.

Vermischtes.

Die Reispöbel. Auf einem Dampfer, der kürzlich von Liverpool nach Natal fuhr, hatte man ein eigenartiges Mittel zur Anwendung gebracht, um einen Dieb zu entdecken. Ein Matrose hatte tiefbetäubt dem Kapitän berichtet, daß ihm von seiner Vagerei drei Goldstücke gestohlen wurden, die er in seinem Kopfschmuck eingetauscht hatte. Befragt, warum er so viel Geld mit sich trage, erklärte er, daß er aus diesen drei Stücken seinem Schatz eine Broche wollte machen lassen. Der Kapitän hatte wenig Hoffnung, den Dieb zu entdecken, aber der Form wegen ließ er eine Untersuchung vornehmen, die resultatlos verlief. — Unter den Seeleuten herrschte große Erregung über den Fall. Hätte es sich um einen guten Witz, um ein Gerücht oder gar um Tabak gehandelt, so wäre der Verstoßene noch verpöbel worden; diese Sache aber nahm man sehr ernst. Man wollte durchaus den Dieb entdecken und ging sofort auf den Vorschlag eines alten Matrosen ein, die „Reispöbel“ vorzunehmen, ein alter orientalisches Brauch, der unfehlbar wirken sollte. Die Seeleute sind meist sehr abergläubisch, und der alte brachte ihnen auch bald den Glauben an das Mittel bei. Ein Teller mit ungekochtem Reis wurde geholt, der Reis dreimal hinein und rief Allah an, daß er die Kehle des Diebes so trocken machen möge wie der Sand der Wüste. Dann wurde einer nach dem andern herbeigerufen und jeder mußte eine Portion Reispöbel in den Mund nehmen und, nachdem sie gut durchgeschmeckt waren, herunterschlingen oder wegspucken. Die Unschuld von neun Mann war bereits festgestellt, als der zehnte an die Reihe kam und große Schwierigkeiten zu haben schien, den Reis durchzuschlucken. Das wurde bemerkt, man bestärkte ihn mit Fragen: er nickte zusammen und spie den Reis trocken wieder aus. Der Zustand der Furcht und nervösen Erregung war es, wodurch Kehle und Mundhöhle so trocken gemacht waren, daß ein Herunterschlingen der Reispöbel nicht möglich war. Das Mittel gelingt natürlich nur dann, wenn der Schuldige kein hartgefotterter Sünder ist. Hier gelang es, und der Verstoßene erhielt seine drei Goldstücke zurück. Der Dieb aber hatte eine Reihe von schlimmen Tagen vor sich, bis das Reispöbel erreicht war.

Eingegangene Druckschriften.

H. J. Kottendorf. Das Jahrbuchprogramm unserer Schulgegend, 67 Seiten. Preis 1 Mark. Verlag Karl Georgi, Bonn am Rhein.

Hoff Braun. Rußland und die Revolution. Agitationsausgabe, 48 Seiten. Preis 20 Pfennig. Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei Nürnberg.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthaus-Direktion. Rindfleisch Ia 62-65 pr. 100 Pfund, IIa 54-60, IIIa 48-52, IVa 38-45. Kalbfleisch Ia 82-90, IIa 70-80, IIIa 58-68, Gemeinfleisch Ia 65-75, IIa 56-64, Schweinefleisch 68-76. Rotwild 640-0,48 Pf. Hasen Stück 3,00-3,40, mittel 2,00-2,50, Kaninchen Stück 0,80-1,-, Hühner pro Stück, alte 1,50-2,10, junge Ia 1,20-1,50, da. IIa 0,80-0,90, Tauben, junge 0,55-0,70, alte 0,40-0,50. Enten junge 2,00-3,00, Gänse pr. Pfd. Ia 0,60-0,65, IIa 0,50-0,55, russische 0,40-0,55 Pf. Schellfische 24-28 Pf., Hühner 23-26 Pf. pro 100 Pfd. Schale 101-112 Pf. Schale unfortiert 112 Pf. Nale, groß 60-60, mittel 56-102, klein 0,60 Pf., Wägen 40-48 Pf., Karaffen mit 0,00 Pf., Sachs 0,00 Pf. Schottische Wälderlinge (gelassen) 40-44 Pf. Eier, Schod 5,00. Butter pro 100 Pfund Ia 114-117, IIa 110-114, IIIa 105-110, abfallende 00-90, Kartoffeln pr. 100 Pfd. rote 2,00-2,20, roten 0,00-0,00.

Blauze 0,00-0,00, runde weiße 1,80-2,00. Birnflößl pr. Schod 7,00-12,00, Weißflößl pr. 100 Pfd., 2,75-3,25. Kollflößl pr. Schod 6,00-10,00, 50L 14-17 Pf. Saure Gurken, Schod 2,00 Pf., Pfeffergurken 2,00 Pf.

Witterungsüberblick vom 18. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (F)	Stationen	Barometer (Höhe mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C (F)
Stolteinde	761	SW	4	bedeckt	2	Kabardanda	766	SW	2	Sonne	0
Damburg	761	SW	5	bedeckt	2	Bilna	760	SW	2	bedeckt	1
Berlin	763	SW	3	bedeckt	2	Seibitz	763	SW	6	Dunst	2
Kraus a W	765	S	2	Regen	4	Niederden	750	SW	1	bedeckt	8
München	767	SW	3	bedeckt	1	Paris	763	SW	4	bedeckt	10
Wien	770	SW	1	bedeckt	-1						

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Januar 1906.

Mild, jedoch vorherrschend wolkig mit leichten Regenfällen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 17. Januar. Elbe bei Kassel + 0,92 Meter, bei Dresden - 0,48 Meter, bei Magdeburg + 2,49 Meter. — Uffruhl bei Straußfurt + 1,75 Meter. — Oder bei Rathen + 1,61 Meter, bei Breslau Eberpögel + 5,17 Meter, bei Breslau Unterpögel - 0,48 Meter, bei Krasnitzer + 1,91 Meter. — Weichsel bei Krakow + 3,52 Meter. — Warthe bei Posen + 1,56 Meter. — Nege bei Wlq + 1,34 Meter.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Pöbel

Ernst Krause

verstorben ist. 1892/8

Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kirchhofes der Christen-Gemeinde, Mariendorfer Chaussee, aus statt.

Die trauernde Witwe nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Bezirk Weißensee.

Am Dienstag, den 16. Januar, abends 8 Uhr, verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Tuchmacher

Hermann Gurcke

im 55. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes, Rößelstr. 48, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

18/2 Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Pöbel.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser altes Ehrenmitglied

Ernst Krause

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle der Christen-Gemeinde, an der Wilmersdorfer Chaussee, Mariendorf, aus statt. 1897

Gleichzeitig den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beerdigung des Kollegen

Arbeiter-Raucher-Bund Berlins und Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag verstarb unser Bundesbruder

Hermann Gurcke

vom Klub „Vergnügte Brüder“.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Weißensee aus statt.

Der Vorstand.

Aug. Schulz

34 Jährling, Apotel Bantusstraße 22, welcher am Montag, den 15. d. Mts., durch Sturz vom Gerüst seinen Tod fand, heute, Freitag, nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem Schöneberger Kirchhofe in der Nachtstraße stattfindet

Um rege Beteiligung ersucht

Die örtliche Verwaltung

H. A. N. Neumann.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Otto Häbner

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Wohnung, Schönebergerstr. 51, aus nach dem Hlons-Kirchhof in Nieder-Schönhausen statt.

Rege Beteiligung ersucht

111/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Emil Richter

verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Freitag nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Vollen-Kirchhofes am Fürstendammweg aus statt.

18/10 Der Vorstand.

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine innig geliebte Frau, unsere gute Mutter

Agnes Stammwitz

19025 geb. Warnocke

am Dienstag, den 16. d. Mts., früh 1 1/2 Uhr, im Alter von 32 Jahren nach kurzem, schwerem Leiden plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 21. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kreuzkammer Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen

Karl Stammwitz nebst Kindern, Eltern und Geschwister.

Für 180 Millionen Mark Seefische

wurden von England im Jahre 1904 gefangen. Im gleichen Zeitraum fischten: Frankreich für 100 Millionen Mark, Norwegen für 32 Mill. Mark, dagegen Deutschland nur für zirka 18 Millionen Mark. Diese Zahlen zeigen uns deutlich, welche große Rolle der Seefisch in anderen Ländern als Nahrungsmittel spielt. Der hohe Nährwert, der Wohlgeschmack, die leichte und schnelle Zubereitung, die Billigkeit und das Fehlen aller Gräten sind Eigenschaften, durch welche sich der Seefisch immer größere Verbreitung in allen Schichten des Volkes verschafft. Um jeder Hausfrau Gelegenheit zu geben, sich durch eigenen Versuch von den Vorzügen der Seefische zu überzeugen, offeriere ich folgende billige Eröffnungspreise:

Gr. Schellfisch im Anschnitt **28 Pf.** **Kabeljau** im ganzen Fisch o. Kopf **22 Pf.** **im Anschnitt 25 Pf.**
Seelachs pro Pfd. **28 Pf.** **pro Pfd.**
Kl. Schellfisch zum Braten pro Pfd. **20, 3 Pfd. 50, Bratflunder** pro Pfd. **25-30, grüne Heringe** Mdl. **50 Pf.**

Alle anderen Fischarten zu billigsten Tagespreisen!

Reichhaltiges Fisch-Kochbuch gratis!

Hans Zillich
 Fischhandlung
 Berlin N., Badstraße 67,
 Ecke Hochstraße, 1 Minute vom
 Bahnhof Gesundbrunnen.

Schleifen. Als er in seiner Rede die Worte gesagt haben soll: „Der Herr gebe Dir Deinen Frieden“, soll ein Teilnehmer des Begräbnisses, der Maurer Stumbries gerufen haben: „Den (nämlich den Frieden) brauchen wir nicht!“ Ein Schuhmann mischte sich sofort in die Angelegenheit ein, es kam zur Arrestierung des Maurers und dabei soll der Arrestant noch den Schuhmann beleidigt haben. Wegen dieser „Verbrechen“ hatte sich der Maurer vor einigen Tagen vor der Königsberger Strafkammer zu verantworten. Er stellte die Dinge am Grabe anders dar. Der Staatsanwalt beantragte für die angebl. Störung eines Gottesdienstes eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten und für die Beleidigung des Polizisten drei Monate, insgesamt sechs Monate. Das Gericht erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. — Ein Frevler soll nach Ausspruch des Kriegsministers seine Straftat mit „seinem Gott“ abmachen. Danach ist es nicht erfindlich, weshalb und gar auf so hohe Strafe erkannt ist. Ober gilt der Grundsatz nur für Leute in Uniform und für solche, die an einen Kriegsgott glauben?

Die Verichte über den Nordostseeanal. Wegen den Fiskus des Deutschen Reiches hatte die Hamburger Reederei eine Klage auf Schadenersatz erhoben für einen ihr zugefügten Schiffschaden infolge Zusammenstoßes im Nordostseeanal zwischen einem ihr gehörigen Schiffe und einem Dampfer des Besagten. Fest steht, daß der Zusammenstoß durch Verschulden der Besatzung des Kranes erfolgt war. Nur bestreitet das den Besagten vertretende Kanalamt eine Ersatzpflicht der Klägerin gegenüber, da in dem Durchfahrungsvertrag des Nordostseeanal passierender Schiffe der Passus enthalten ist, daß das Deutsche Reich keinerlei Haftung für Schäden übernehme, die dem Schiffe beim Passieren des Kanals zustoßen, auch dann nicht, wenn solche Schäden durch seine Beamte veranlaßt werden. Landgericht und Oberlandesgericht Kiel schenken den Ausführungen des Kanalamts in Kiel kein Gehör, sondern verurteilen den besagten Fiskus zum Ersatz der 1800 M. betragenden Reparaturkosten, sowie zur Anerkennung der übrigen Schadenersatzverpflichtung dem Grunde nach. Das Oberlandesgericht geht davon aus, daß der Nordostseeanal eine öffentliche Wasserstraße darstelle, die dem Verkehr nicht verschlossen werden könne. Der Vertrag sei also ganz ohne Bedeutung, da bei Nichteingehung auf die betreffende Verpflichtung des Kanalamts dem Reeder bei Erfüllung der übrigen Verkehrsverpflichtungen die Durchfahrt nicht verweigert werden konnte. Dieses Urteil hatte der Besagte vor dem ersten Zivilsenat des Reichsgerichts durch Revision angegriffen, indem er dem Durchfahrungsvertrag eine privatrechtliche Natur beimah. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Zurückweisung der Revision.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen und Mädchen! Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen!

Besucht am Sonntag, dem 21. Januar, die Volksversammlungen, die von der sozialdemokratischen Partei einberufen sind. In diesem Tage müßt Ihr Euch von den gewohnten Pflichten und den Sorgen des Kochherdes frei machen. In diesem Tage hat nicht nur die Frau mit dem Manne zusammen, es haben alle erwachsenen weiblichen Proletarierinnen die Versammlungen zu besuchen. Gilt es doch, zu protestieren gegen die Junkerherrschaft, gegen ein raffiniert ausgeklügeltes Dreiklassen-Wahlrecht, welches den Vertretern des arbeitenden Volkes den Eingang in das Abgeordnetenhaus wehrt. Der volksfeindliche Einfluß dieses Gesetzgebungskörpers zeigt sich täglich. Man braucht Euch Mütter nur daran zu erinnern, wie sehr man bestrebt ist, die Volksschulen zu verschlechtern, wie dies Parlament sich weigert, die preussische Gesinde-Ordnung zu beseitigen. Mütter, Arbeiterinnen, Ihr habt in Preußen heute noch kein freies Vereins- und Versammlungsrecht, Ihr werdet mit Schülern und Lehrlingen auf eine Stufe gestellt! Mit den kleinlichsten Schikanen werdet Ihr durch die Handhabung der Gesetze oft der winzigen Brocken von Recht beraubt.

Arbeiterinnen, Genossinnen! Diese Versammlungen gelten nicht nur dem Protest gegen das bestehende Massenparlament, sondern der Forderung nach einem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht, für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. Es ist eine Demonstration zugunsten des Wahlrechts für Männer und Frauen.

In Massen müßt Ihr daher in den Versammlungen erscheinen. Zu einer gewaltigen, glänzenden Demonstration für unsere Forderungen müssen sich die Versammlungen gestalten. Es gilt Menschenrechte zu erringen, zum Heile Eurer selbst und Eurer Kinder, zum Heile der Menschheit! Hört den Ruf, keine Proletarierin darf fern bleiben.

Mit der Agitation unter den Frauen hat der sozialdemokratische Wahlverein in Jena durch eine öffentliche Frauenversammlung am 16. d. Mts. den Anfang gemacht. Frau Köhler aus Dresden referierte über das Thema: „Warum müssen sich die Frauen am öffentlichen Leben beteiligen?“ Die Versammlung, die durch mündliche Agitation unter den Frauen der Genossen gut vorbereitet war, hatte den überraschend großen Erfolg, daß sofort 83 Frauen ihren Beitritt zum sozialdemokratischen Wahlverein erklärten. Durch Vorstandsbeschluss wurden die Frauen vom Eintrittsgeld befreit, für den Monatsbeitrag von 20 Pf. wird ihnen „Die Gleichheit“ durch den Verein gratis geliefert.

Weissenfee. Der hiesige Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hält am Montag, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Ulrich, Köpcke, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Herr A. Stern referiert über: „Die Entwicklungsgeschichte als Grundlage einer neuen Weltanschauung.“ Gäste willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Treptow-Baumfchulweg. Der hiesige Frauen-Bildungsverein feiert am Sonnabend, den 20. ds. Mts., bei Spehr, Baumfchulweg, sein erstes Gründungsfest. Wir laden hierdurch zum Besuche deselben ein. Das Festprogramm ist ein sehr reichhaltiges. Genossin Gradnauer hat es übernommen, die Festrede zu halten. Der Vorstand.

Lichtenberg. Am Montag, den 15. Januar, beginnt der „Bildungsverein für Frauen und Mädchen Lichtenbergs“ sein erstes Stiftungsfest. In seiner Festrede beleuchtete Herr Brühl die

Notwendigkeit der Frauenorganisation sowie Zweck und Ziele derselben. Seit der Gründung des Vereins habe sich die Mitgliederzahl verdreifacht, so daß zu erwarten ist, den Verein dauernd wachsen und blühen zu sehen. Auch der überaus gute Besuch des Festes zeigt, ein wie großes Interesse dem Verein entgegengebracht würde. Das berechtigte zu der Hoffnung, bei der zweiten Geburtsstagsfeier des Vereins den größten Saal zu benötigen. Mit einem dreifachen Begeisterungsausmaßem Hoch auf das Wachsen und Gedeihen des Vereins schloß Herr Brühl seine Ansprache. — Nachdem der Prolog gesprochen, erkauete der Jütherklub durch heitere, liebevolle Weisen die Festteilnehmer. Auch das Weigenpiel der Kinder Geschw. Scheib wurde mit Beifall aufgenommen. Sodann trugen Vorträge ersten sinneinreichen sowie humoristischen Inhalts zur Unterhaltung bei. Auch für die Langstüßigen war gesorgt, bis in die frühe Morgenstunde hielten die Leichtfüßigen aus. Alles in allem: wir können mit dem Stiftungsfeste vollaus zufrieden sein. Zu bemerken ist noch, daß mehrere Mitglieder dem Verein beigetreten sind. Die nächste Versammlung (Generalversammlung) findet am Montag, den 19. Februar statt.

Köpenick. Mittwoch, den 10. ds. Mts., fand im Lokal des Herrn Röll die Generalversammlung des hiesigen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins statt. Herr Gentlich referierte. Sodann fand die Neuwahl des Vorstandes statt. Gewählt wurden: Frau Ludwig als erste, Frau Jakob als zweite Vorsitzende, Frau Pfeil als erste, Frau Kuring als zweite Kassiererin, Frau Dillau als erste, Frau Koppe als zweite Schriftführerin, als Revisorinnen Frau Rieh, Frau Stala, Frau Mitsch, und als Beisitzerin Frau Werner. Drei neue Mitglieder wurden aufgenommen.

Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Aldershof, Frau Klara Schindhelm, Widmarstr. 17. — **Brick,** Frau Emma Vogt, Bürgerstr. 12. — **Groß-Lichterfelde-West,** Frau Marie Ott, Altenstein- und Jährbedstrahlen-Ede. — **Köpenick,** Frau Anna Schubert, Kaiser Friedrichstr. 13. — **Kitzdorf,** Frau Anna Jäger, Dörflerstr. 15. — **Schöneberg,** Frau Emilie Bäumer, Martin Lutherstr. 50. — **Teltow,** Frau Emilie Kehler, Hoher Steinweg bei Jahlmann. — **Steglitz-Friedrichau,** Frau Helene Dräger, Ahornstr. 1 (Steglitz). — **Treptow-Baumfchulweg,** Frau Pauline Neues, Baumfchulweg 65. — **Wilmersdorf,** Frau Emma Tölle, Kochstr. 15. — **Zehlendorf,** Frau Franziska Dähm, Koudelstr. 1. — **Tempelhof,** Frau Marie Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17 pt., Kreisvertrauensperson.

Alle Anfragen und Sendungen sind an die Kreisvertrauensperson, Frau Thiel, zu richten.

Versammlungen.

Der Verein der Zimmerer Berlin und der Umgegend hielt am 14. Januar in den Industrie-Hallen seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 4. Quartal wies eine Einnahme von 9153,02 M. auf, die Ausgaben beliefen sich auf 7765,78 M., so daß der Ueberschuß 1387,24 M. betrug und das Vermögen des Vereins auf 55 713,56 M. stieg. Dann gab der Vorsitzende Juppelach den Bericht des Vorstandes über das verfloßene Jahr. Obgleich Friede im Gewerbe herrschte und der Tarifvertrag bis zum 31. März 1907 verlängert worden ist, war die Arbeit des Vorstandes keine leichte. Die Bauwirtschaft war im verfloßenen Jahre eine sehr rege, was nicht allein aus den am 30. Oktober ausgefüllten Fragebogen, sondern auch aus der Arbeitslosenstatistik hervorging. Arbeitslosen wurden im Jahre 1904 1941 gezählt, im verfloßenen Jahre nur 1279. In ungefähr demselben Maße haben sich auch die Krankheitswunden vermindert, ein Beweis für den engen Zusammenhang zwischen Krankheit und Arbeitslosigkeit. Auf dem Arbeitsnachweis meldeten sich 547 Arbeitslose, verlangt wurden 614, in Arbeit gebracht 376. Die Mitgliederzahl des Vereins stieg von 1723 auf 1947. Das Vermögen des Vereins ist um 14 428 M. gewachsen. In welcher Weise die freie Solidarität kämpfenden Arbeitern anderer Berufe gegenüber geübt wurde, zeigt der Umstand, daß für die Kämpfe im eigenen Berufe nur 567,87 M., für die in anderen Berufen 7200 M. geopfert wurden. In vielen Orten des Reiches fanden Lohnbewegungen der Zimmerer statt; die Kosten wurden jedoch größtenteils von den Mitgliedern der betreffenden Ortsvereine selbst aufgebracht. Im allgemeinen bezieht die Redner das Jahr 1905 als ein besonders dankwürdiges Jahr. Die Unternehmer suchten sich noch härter als bisher zu organisieren, aber auch die Arbeiterbewegung habe einen neuen Aufschwung genommen, was namentlich der durch den Vortrag Friedbergs über den Generalstreik eingeleitete Agitation zu danken sei. Schließlich erwähnte der Redner die Differenzen mit den Zentralorganisationen über die Gewerbegerichtsahlen, verurteilte scharf die Haltung dieser Organisationen und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß die Vertreter der Parteiorganisation nicht den nötigen Einfluß geltend machten, um hier eine Aenderung herbeizuführen. — In der Diskussion über diesen Bericht bemerkte ein Redner, daß nicht nur in Schöneberg, sondern auch in Charlottenburg das Kartell der Zentralorganisationen abgelehnt hat, den anderen Organisierten die ihnen ihrer Zahl nach zukommenden Sitze zu gewähren. — Dann gab der Bibliothekar Gumz seinen Bericht. Die Bibliothek zählt 478 Bände; angeschafft wurden im Laufe des Jahres 15, geschenkt 18 Bände. Gelesen wurden 251 Bände. — Von der Agitationskommission berichtete Schmidt. Er erklärte, daß die Kommission eifrig tätig war und auch Erfolge erzielt, wenngleich nicht in dem Maße, wie es wünschenswert gewesen wäre. Die verfügbaren Kräfte reichten oftmals nicht aus und dann habe man auch in manchen Fällen nicht nur mit dem Indifferentismus der Arbeiter zu kämpfen, sondern auch mit dem Zentralverband. Notwendig sei es, daß jedes Mitglied die Arbeit der Kommission unterstütze. — Von der Tätigkeit der Reichsfachkommission berichtete Fischer, der zunächst bemerkte, daß die Unfallversicherer im Verufe nicht gefunten, sondern vielmehr noch gestiegen sei. Bei der Berufsgenossenschaft sind mit Hilfe der Kommission im ganzen 24 Anträge und Schreiben eingereicht worden. Von den Anträgen hatten 8 Erfolg, 7 wurden abgewiesen, einer ist noch nicht erledigt. Beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung wurden 30 Verurteilungen wegen zu niedriger Rentenfestsetzung eingelegt; 12 davon wurden zugunsten der Arbeiter entschieden, 16 zu ihren Ungunsten und 2 sind noch nicht erledigt. Beim Reichsversicherungsamt wurden 6 Rekurse gegen Entscheidungen des Schiedsgerichts eingereicht, wovon 5 noch nicht erledigt sind und einer zurückgewiesen wurde. Außerdem wurden beim Reichsversicherungsamt sechs Rechtfertigungsschriften gegen Rekurse der Berufsgenossenschaft eingereicht; sie hatten den für die Arbeiter günstigen Erfolg, daß die Entscheidungen des Schiedsgerichts bestätigt wurden. Bei den Gewerbegerichten in Berlin und den Vororten wurden 13 Klagen eingereicht, von denen fünf gewonnen wurden, zwei mit Vergleich endeten, drei abgewiesen.

zwei dem Amtsgericht überwiesen und eine zurückgezogen wurde. Beim Amtsgericht wurden neun Klagen erhoben, wobei es sich meistens um Lohnforderungen handelte, die größtenteils als berechtigt anerkannt wurden. Allerdings war es den Arbeitern trotzdem oftmals nicht möglich, zu ihrem Gelde zu kommen. Als Unternehmer, die sich in dieser Hinsicht besonders ausgezeichneten, wurden der Architekt Reichel, Luisenufer 46, und Maxcingel, Gleditschstraße 28, genannt. — Die Reichsdruckkommission hatte im verfloßenen Jahre im ganzen 108 Sachen zu erledigen, gegenüber 76 im vorhergegangenen Jahre. — Von der Tätigkeit des Gewerkschafts-Larrels gab der Vorsitzende Juppelach einen kurzen Bericht. Er bemerkte, daß dem Kartell jetzt 23 Organisationen mit ungefähr 10 000 Mitgliedern angehören und erwähnte sodann die verschiedenen Streiks, die tatkräftig unterstützt wurden. Zum Schluß erwähnte der Redner die durch Dr. Friedberg eingeleitete Generalstreikagitation und bemerkte, daß es notwendig gewesen sei, diesen in den Reihen des Kartells schon lange gepflegten Gedanken einmal gründlich zu diskutieren. — Nach einer kurzen Diskussion über die verschiedenen Berichte folgten die Vorstandswahlen. Sie hatten folgendes Ergebnis: erster Vorsitzender Juppelach, zweiter Vorsitzender Erdmann, erster Kassierer Ernst Gumz, zweiter Kassierer Karl Hoffmann, erster Schriftführer Robert Behrend, zweiter Schriftführer Jierholz. Als Revisor wurde Baier gewählt, als Kontrollrevisor Plantow und Müller-Wilmersdorf, als Bibliothekar Klingert. Als Kartelldelegierter wurde Jecinski und als dessen Ersatzmann Wilhelm Schmidt gewählt. Die Neuwahl der Agitationskommission wurde vertagt bis der Kongreß der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands stattgefunden hat.

Die letzte Mitgliederversammlung der Schlichter besahte sich zunächst mit dem von einigen Kollegen sowie auch von der Innung erhobenen Protest an die Aufsichtsbekörde, betreffend die Wahlen der Delegierten zur Ortskassenkasse des Fleischergewerks. Hierauf wird die Ersatzwahl des Hauptvorstandes vorgenommen, während die Neuwahl des Vorstandes der Ortsverwaltung erst in der nächsten Generalversammlung vorgenommen werden soll. Als zweiter Vorsitzender für den Hauptvorstand wurde Kessinke, als Kassierer Krause gewählt. Nachdem sprach Genosse Krause über „Unser zukünftige Agitation am Orte“. Er ist der Ansicht, daß, wenn Berlin auf die Höhe kommen will, eine wirkliche systematische Agitation ein- und durchgeführt werden muß, an der sich jedes Mitglied zu beteiligen habe. Die bisherige Taktik konnte niemals zu einem fördernden Schritte führen. Es sei notwendig, Bezirksversammlungen einzuführen, um das große Agitationsfeld besser zu bewältigen. Densel sprach noch über die gewerkschaftliche Stellenvermittlung und erläuterte, welche Schritte unternommen sind, dieses schädliche System auszuräumen. Auf alle Fälle werde das jegliche Vorhaben nützlich sein. Kessinke stellte hierauf noch näherer Begründung den Antrag: „Die Ortsverwaltung Berlin solle eine Kassenkarte einführen. Die Höhe des Beitrages soll der Vorstand festsetzen.“ Der Antrag wurde nach längerer Debatte angenommen.

Der Verband der Portefeuillier und Lebergalanterarbeiter und Arbeiterinnen (Zahlstelle Berlin) hielt am Mittwoch in „Graumanns Festsaal“ eine Generalversammlung ab. Hauptmann erstattete den Bericht der Ortsverwaltung für das vierte Quartal 1905. Er hob hervor, daß mit dem Schluß des vierten Quartals die Zahlstelle gleichsam ihr fünfjähriges Jubiläum begangen habe. Ein wesentlicher Erfolg sei die im letzten Jahre erfolgte Anerkennung der Organisation durch die Fabrikantenvereinigung und die jetzt vor sich gehende Ausarbeitung des Tarifs. — Nach dem vom ersten Kassierer Hennig gegebenen Kassenbericht wurden im vierten Quartal für die Zentralkasse 2205,85 M. eingenommen, wovon 868,02 M. ausgegeben wurden, so daß für die Zentralkasse ein Bestand von 1337,83 M. verblieb. Die Lokalkasse rechnete einschließlich eines früheren Bestandes von 92,75 M. mit einer Gesamteinnahme von 1442,07 M. und einer Gesamtausgabe von 1087,83 M. Bestand am Quartalschluß: 354,24 M. Die Zahlstelle hatte beim Beginn des neuen Quartals 598 männliche und 32 weibliche Mitglieder. Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission berichtete ebenfalls Hennig. Es wurden 44 Briefstufenstellungen abgehalten. Die Tarifkommissionen arbeiten mit Ernst am Zustandekommen des Lohntarifs. — Eine andere Regelung der Aufbringung der Mittel für die Agitationskommission, etwa durch Lokalaufschlag zum Beitrag, wurde der Ortsverwaltung zur Vorbereitung überwiesen. Braun als Kassierer der Agitationskommission stellte fest, daß im vierten Quartal einer Einnahme von 58,80 M. eine Ausgabe von 30,45 M. gegenüberstand. Die Versammlung erteilte Braun Decharge.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab folgende Zusammenfassung: Hauptmann, 1. Vorsitzender, Görlig, 2. Vorsitzender, Hennig, 1. Kassierer, Krebs, 2. Kassierer, Scheel, 1. Schriftführer, Jaronitsky, 2. Schriftführer, Hoffmann, Laut und Gamberl, Beisitzer. Zu Revisoren wurden Escher und Ladewig gewählt. Für den Verbandsauschuß hatte die Zahlstelle eine Ersatzwahl vorzunehmen, da das Ausschußmitglied Hahn verstorben ist. Gewählt wurde Schönfeld. In die Agitationskommission wählte man Hennig, Schwalbach, Grundler, Kamp, Scheel, Hecht, Reinhardt, Ehrhart, Alex, Noak, Lewi. Darauf erledigte man noch einige Verbandsangelegenheiten.

Die Mitgliedschaft Berlin II des Hafenarbeiterverbandes hielt am Sonntag, den 14. Januar, im „Königsplatz-Kaffee“ ihre Monatsversammlung ab. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Eppert in der üblichen Weise. Zum ersten Schriftführer wurde Otto Riebe, zum zweiten Riebo gewählt. Dann erhielt Schmidt das Wort zu seinem Bericht als Gewerbegerichtsbeisitzer. Unter Verbandsangelegenheiten wurden die verschiedenen Anträge der Mitgliedschaften durchberaten, um den Delegierten die Meinung der Mitglieder für den Verbandstag kundzugeben.

Eingegangene Druckschriften.

R. Calver. Das Wirtschaftsjahr 1904. Jahresberichte über den Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Erster Teil: Handel und Wandel in Deutschland. 26 Seiten. Preis brosch. 8,50 M., geb. 9,50 M. Verlag G. Fischer, Jena.

Althaus. Eine Kohlenäurevergiftung und sein Wesen, Ursache und Heilung durch Entgiftung des Blutes. Von Dr. med. G. Luba, prakt. Arzt. Verlag G. Ebering, G. m. b. H., Berlin, Mittelstr. 29. Preis 1 Mark.

Von dem von Prof. Dr. Allet und Dr. P. Holtz herabgegebenen illustrierten Werk „Unser Handwerker“ (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt) ist soeben die 16. bis 20. Lieferung (Preis je 60 Pfennig) erschienen.

„Der moderne Jesuskultus“ von B. von Schöneck. 41 Seiten. Frankfurt am Main. Neuer Frankfurt Verlag 1906. Preis 1 Mark.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

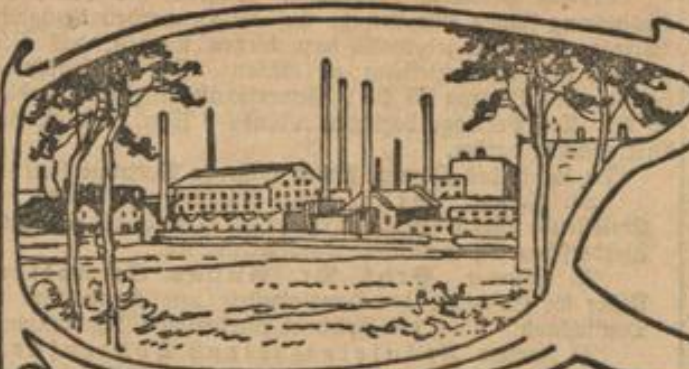
Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madaistraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schlessischen Bahnhof.) | (dor Kurzenstr. gegenüber.)

Seelaehs mit Kopf
Gr. Schellfisch mit Kopf
Kabeljau ohne Kopf

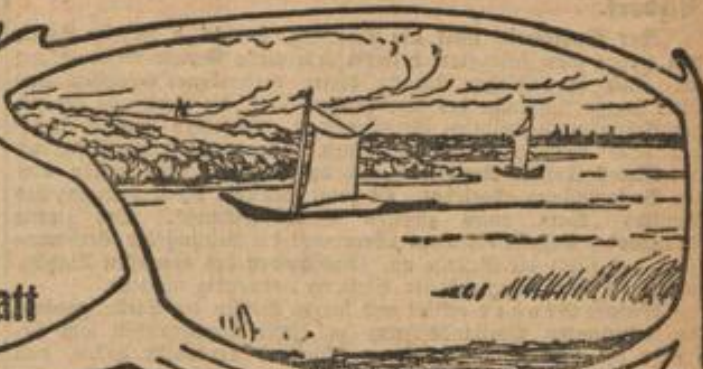
28
Pfg.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 15. Freitag, den 19. Januar 1906.

Inserate Sechsgelbte Kolonizelle 20 Pfg.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Kowales. Die Protestversammlung am Sonntag, den 21. d. M., findet bei Singer, Priesterstraße 81, statt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Ober-Schönweide. Die Genossen werden aufgefordert, am Freitagabend 7 Uhr an den bekannten Stellen zu sein zur Flugblattverbreitung. Der Vorstand.

Treptow-Baumfischweg. Heute abend, 8 Uhr findet eine Handzettelverteilung zu den am Sonntag stattfindenden Protestversammlungen statt. Die Parteigenossen werden ersucht, hierzu recht zahlreich und pünktlich in den bekannten Stellen zu erscheinen.

Für Treptow wollen sich die Genossen Kieffholzstraße 22 einfinden.

Tegel. Der Tegeler Mandolinklub veranstaltet am Sonntag, den 17. Februar im Lokal von Hamsted (früher Ewest) ein Konzert. Es wird versucht, in Arbeiterkreisen Einflüsse dazu abzusehen. Man wolle dieselben zurück, da genanntes Lokal der Arbeiterklasse nicht zur Verfügung steht.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 20. Januar, abends 9 Uhr, im Saale von Heynid, Friedrichstraße 114: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Gerhardt Hildebrandt: „Die Sozialdemokratie und die Kirche“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Vorort-Nachrichten.

Eine Extranummer unseres Blattes.

Die Nachrichten über den Verlauf des Wahlrechtssonntages enthält, wird am Montagabend ausgegeben werden. Die Zeitungspediteure werden ersucht, sich um 5 Uhr nachmittags die Zeitungen aus der Expedition abzuholen.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Zwei Fragen des Gesundheitswesens kamen in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten zur Erörterung: die vom Magistrat geforderte Erhöhung der Kurkosten für auswärtige Kranke, die in Berliner Krankenhäusern verpflegt werden, und der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Antrag, die Zahl der Schulärzte so weit zu vermehren, daß jeder Arzt nur zwei Schulen zu versorgen hat.

Die Erhöhung der Kurkostenfrage, die da den Vororten von ihrer „Nährmutter“ Berlin beschert werden soll, hat für die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung weniger ein sanitäres als ein finanzielles Interesse. Daß sie auch für das öffentliche Gesundheitswesen Groß-Berlins von Bedeutung ist, das zeigte unser Genosse Koblenzer, der der Versammlung namens der sozialdemokratischen Fraktion empfahl, die Vorlage des Magistrats rundweg abzulehnen. Die meisten der Vorortbewohner, die in Berliner Krankenhäusern verpflegt werden, sind Kassemittelglieder. Manche Kasfen der Vororte wird kaum etwas anderes übrig bleiben, als ein völliger Verzicht auf Benutzung der Berliner Krankenhäuser für ihre Mitglieder. Somit würden in der Kasbalgerei Berlins mit den Vororten die Kassemittelglieder die Rolle des Prügelknaben spielen. Koblenzer nannte es eine unehrenhafte Handlungsweise des Berliner Magistrats, daß die den Vororten angedrohten Repressalien ausgerechnet auf dem Gebiete der Krankenpflege beginnen sollen.

Ablehnung der Vorlage empfahlen durch Herrn Ullsteins Mund auch die „Sozial-Fortschrittlern“, aber sie erklärten sich von vornherein zu Konzessionen bereit. Sie wollten in die Erhöhung der Kurkostenfrage willigen, wenn wenigstens gewisse Ausnahmen zugestanden werden, z. B. für Vorortbewohner, die in Berlin noch den Unterstufungswohnort haben. Unberühmte Freude über die den Vororten zugedachte Befreiung sprach aus den Ausführungen, mit denen Herr Wallach, der grimmige Vorortfeind, für sofortige Annahme der Magistratsvorlage eintrat. Im weiteren Verlauf der Debatte ergriff auch ein Vertreter des Magistrats, Bürgermeister Reide, das Wort. Herr Reide meinte, die Stadt Berlin könne doch nicht auf Kosten ihrer Steuerzahler Geschenke an die Vororte austeilen. Genosse Singer wies diese lächerliche Uebertreibung gebührend zurück. Die Vorlage wurde dann von der Mehrheit der Versammlung einem Ausschuss übergeben. Herr Landau hatte die Hoffnung ausgesprochen, im Ausschuss werde sich zeigen, daß die Erhöhung der Kurkostenfrage tatsächlich unnötig sei. Wir fürchten, der Ausschuss wird mit Herrn Wallachs Hilfe zu dem entgegengesetzten Ergebnis kommen.

Einem Ausschuss wurde auch der Antrag auf Vermehrung der Schulärzte überwiesen. Daß sehr viel mehr Schulärzte angestellt werden müssen, wenn die schulärztliche Aufsicht nicht eine Halbheit bleiben soll, das wurde von unserem Genossen Wehl nachgewiesen an der Hand des amtlichen Berichtes über die Tätigkeit der Schulärzte. Der Magistratsvertreter Stadtrat Hisekorn behauptete fälschlich, dieser Bericht zeige gerade, daß die bisherige Einrichtung sich bewährt habe. Eine „vermittelnde“ Stellung nahm die „Neue Linke“ ein, die in einem von ihr eingebrachten Antrag nur eine „ständige Vermehrung“ der Schulärzte empfahl. Herr Perls, der diesen Antrag vertrat, hält die Forderung „jedem Arzt nur zwei Schulen“ für unerreichbar. Mit ähnlichen Redensarten haben vor Jahren die Berliner Freisinnigen sich dagegen erklärt, daß überhaupt eine ärztliche Untersuchung und Überwachung der Gemeindefunktion eingeführt werde.

Charlottenburg.

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung. In der Sitzung vom Mittwoch wurde zunächst der neue Stadtbaurat für den Hochbau Prof. Otto Schmalz in sein Amt eingeführt. Nach Erledigung einiger Petitionen nahm die Versammlung einen Antrag Mann u. Gen. an, den Magistrat zu ersuchen, alle Zahlungen, welche für Lieferungen usw. seitens der Stadt zu leisten sind, möglichst im Wege des Reichsbank-Giro-Verkehrs zu erledigen und mehr wie bisher sich der Charlottenburger Reichsbankniederstelle zu bedienen. Von den Magistratsvorlagen, die fast debattelos genehmigt wurden, erwähnen wir die betreffende Nachbewilligung für nochträglich ausgeführte bauliche Arbeiten und Ergänzungen am Rathausneubau betreffend Nachbewilligung von 66 737 M. für den Armenrat für 1906 betreffend Ungemeindung der vom Fortifikations erworbenen Teile der Jungfernsheide und betreffend Verpachtung der Erhebung des Stättgeldes auf den Wochen- und Stammmärkten an den bisherigen Pächter auf weitere drei Jahre. Soviel Zeit wird noch mindestens bis zur Eröffnung der Zentralmarkthalle vergehen.

Mit der Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung über die Einrichtung von Spielplätzen für die Jugend hat der Magistrat sich einverstanden erklärt. Seitens der sozialdemokratischen Fraktion wurden die Genossen Dr. Vorchardt und Dr. Zeppler in die Deputation entsandt.

Aus Bauarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Wie notwendig sich eine ständige Baukontrolle behufs Überwachung der Unfallverhütungsvorrichtungen erweist, zeigte gestern wieder ein schwerer Bauunfall auf dem Bau des Unternehmers A. Schrobsdorff auf dem früheren Bartenbergischen Terrain. Auf dem in Betracht kommenden Neubau waren die Zimmerer beschäftigt, in der zweiten Etage die Balken zu legen. Bei dem wiederholenden Regen waren die Balken wohl schlüpfrig geworden, als kurz nach der Mittagspause ein Zimmerer plötzlich ausglitt und abwärts fiel. Da an der Stelle kein Schutzbügel vorhanden war, so fiel er auf die unten liegenden Mauerwerk und Holzgerüste auf und blieb bestunntungslos liegen. Arbeiter hoben ihn auf und schafften ihn auf einer primitiv zuericht gestellten Bahre nach der nächsten Unfallstation, anscheinend hatte er schwere innere Verletzungen erlitten.

Wenn wird man es endlich für notwendig halten, den Forderungen der Bauarbeiterorganisation Rechnung zu tragen und Baukontrollbeamte aus den Kreisen der Arbeiterklasse anzustellen, wodurch allein die Durchführung der Unfallverhütungsvorrichtungen garantiert und solche Unfälle auf ein Minimum beschränkt werden können. Eine stamme Organisation könnte wohl dafür Sorge tragen, daß die Anbringung von Schuttbügelern kategorisch gefordert wird. Eine nach geschehenem Unglück eingeleitete hochnotpeinliche Untersuchung des Todesfalls kann den Unglücksfall nicht mehr ungeschehen machen, denn damit ist in der Regel die Tätigkeit der in Frage kommenden polizeilichen Organe zumisch erschöpft.

Die hiesige Gewerkschaftskommission beschäftigte sich in der am Montag, den 15. d. Mts. stattgefundenen Versammlung, zu welcher auch die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften eingeladen waren, mit den Vorarbeiten zu den am 20. Januar stattfindenden Gewerkschaftswahlen. Vorher gab Genosse Jost den Kasfenbericht vom vierten Quartal 1905, welcher für richtig anerkannt wurde. Genosse Fleming machte dann Mitteilung über die vom Ausschuss der Kommission getroffenen Vorkehrungen in bezug auf die Verteilung der von den verschiedenen Gewerkschaften aufgestellten 18 Kandidaten auf die 8 bestehenden Wahlbezirke und erläuterte den Plan, nach welchem am Tage der Wahl gearbeitet werden soll. Zu den Wahlen soll vorher ein Flugblatt herausgegeben werden, dessen Verteilung am Mittwoch, den 24. d. M., erfolgen soll. Weiter finden zwei öffentliche Versammlungen statt, in denen die Genossen Jost und Reichstags-Abgeordneter Köhler über die Bedeutung der Gewerkschaftswahlen sprechen werden. Die Hauptfrage sei, dahin zu wirken und zu agitieren, daß die Beteiligung an diesen Wahlen eine viel stärkere werde als wie die vor zwei Jahren; denn jene Zahl der Wähler stehe in keinem Verhältnis zu der Zahl der organisierten Arbeiter am Orte. Die Versammelten erklärten sich mit dem vorgelegten Plane des Ausschusses einverstanden und befürworteten eine energische Agitation zu den Wahlen. — Nunmehr kam man zu der schon in der letzten Sitzung besprochenen „Vorwärts“-Angelegenheit. Genosse Fleming bemerkte, daß für die Gewerkschaften Charlottenburgs die Angelegenheit insofern erbeblich sei, als die vor kurzem stattgefundenen Generalversammlung des Charlottenburger Wahlvereins einer Resolution zustimmte, in der eine bessere Ausgestaltung der Vorortbeilage des „Vorwärts“ verlangt und vor der Gründung eines Lokalblattes gewarnt wurde. Man müsse sich deshalb mit einer abwartenden Stellung begnügen. Den Gedanken, der in den Bezirksitzungen des Wahlvereins sowie bei sonstigen Gelegenheiten stark zum Ausdruck gebracht wurde, falls sich die Verhältnisse in bezug einer besseren Würdigung der Charlottenburger Vorkommnisse im „Vorwärts“ nicht bessern, dann ein eigenes Lokalblatt zu gründen, hatten die Gewerkschaften weitergesponnen, weil die Gewerkschaften ebenfalls lebender Teil an der Sache seien. Deshalb man jetzt die Gewerkschaften resp. Gewerkschaftskommission als die Uebelthäter in dieser Angelegenheit ansehe und sogar von Parteiverrat rede, könne er nicht begreifen. Einige Redner, unter anderen Genosse Gebert vom Handels- und Transportarbeiterverband, der Klagen über Abweisung von Berichten vorbrachte, schlossen sich den Ausführungen Flemmings an und hofften auf eine befriedigende Lösung dieser Frage zum Wohle der Partei- und Gewerkschaftsbewegung am Orte. Eine längere Debatte zeitigte noch das Verhalten der Kasnirtgehilfen betreffs Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in einem von der Arbeiterklasse gesperrten Lokal. Sie denken dadurch, indem sie ein solches Lokal in Anspruch nehmen, den indifferenten Teil ihrer Kollegen zur Versammlung zu locken, weil jene in ein freies Lokal, z. B. ins „Volkshaus“ nicht gehen. Dieses Verhalten wurde von allen Rednern stark kritisiert und gewünscht, in Zukunft unsere freien Lokale zu berücksichtigen. Anmerkung des Berichterstatters: Die Kasnirtgehilfen haben die betreffende Versammlung, die am 16. d. M. in einem gesperrten Lokale stattfinden sollte, verjagt und wird dieselbe nächste Woche in einem der Arbeiterklasse zugänglichen Lokal abgehalten werden. Sämtliche Gewerkschaften waren in der Versammlung vertreten.

Zusammenstoß zweier Automobile. Gestern mittag wollte die Gattin des in der Reinekestr. 20 wohnenden Kunstmalers Müller-Cassel sich in einer Automobilrosche nach ihrer Wohnung begeben. In der Hiltzstraße, in der Nähe des Tiergartens, verlor sie vermutlich die Steuerung der Kraftrosche und das Gefährt fuhr in ein entgegenkommendes Automobil hinein. Bei dem Zusammenstoß fiel Frau Müller-Cassel gegen das Fenster

der Rosche und zog sich einen Bruch des Nasenbeins und eine drei Zentimeter große Wunde auf der rechten Wange zu. Auf der Unfallstation Zoologischer Garten, wohin sich die Dame in einer anderen Rosche begab, erhielt sie den ersten Verband und konnte sich dann nach ihrer Wohnung begeben. Die Insassen des anderen Automobils kamen mit dem bloßen Schrecken davon.

Schöneberg.

Zu den Gewerkschaftswahlen, die morgen — Sonnabend — stattfinden, nahm am Dienstag eine vom Schönberger Gewerkschaftsverband einberufene öffentliche Versammlung Stellung. Es handelte sich zunächst um Aufstellung von Kandidaten. Nach einem von guter Sachkenntnis zeugenden Vortrage des Genossen Ritter, in welchem er die Bedeutung der Gewerkschaftswahlen für die Arbeiterklasse und ihre Kampfanwendung für dieselbe eingehend darlegte, wurde zur Nominierung der Kandidaten geschritten und die gesamte, vom Gewerkschaftsverband aufgestellte Liste en bloc einstimmig akzeptiert. Es laudieren:

- im ersten Bezirk: Arbeiter Rosenz, Gärtner Karstner;
- im zweiten Bezirk: Püper Junke, Metallarbeiter Reiter;
- im dritten Bezirk: Maurer Puhlmann, Tischler Linner;
- im vierten Bezirk: Schneider Kleemann, Stukateur Warbin;
- im fünften Bezirk: Hausdiener Draheim, Zimmerer Kosenow, Schuhmacher Rinke;
- im sechsten Bezirk: Köpfer Hinneburg, Maler Reigel.

Auf Einladung der sozialdemokratischen Wahlkommission hatte am Montag eine Zusammenkunft der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Arbeitgeber stattgefunden, um sich auch ihrerseits an der Gewerkschaftswahl zu beteiligen. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Gabriel, des einzigen sozialdemokratischen Arbeitgebervertreter, wurden folgende Personen zu einer gemeinsamen Liste vereinigt:

- 1. Mechaniker Gabriel, 2. Blättnermeister Wagner,
- 3. Restaurateur Krüger, 4. Friseur Wenzel, 5. Tischlermeister Hoffmann, 6. Kohlenhändler Hein, 7. Milchhändler Wartenberg, 8. Restaurateur Schilling, 9. Fabrikarbeiter Wobniat, 10. Graveur Peterson, 11. Mechaniker Fleischer, 12. Friseur Wahnien, 13. Restaurateur Doh.

Die Wahlen der letzteren finden im „Schwarzen Adler“, Hauptstr. 184, von nachmittags 2 1/2 bis 5 1/2 Uhr statt und ist zur Beteiligung ein polizeilicher Ausweis über die Arbeitgeberqualifikation erforderlich. Dieselben werden von den betreffenden Revieren ausgestellt.

Lichtenberg.

In der am 16. Januar abgehaltenen Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins gab Genosse Brühl den Bericht von der Verbands-Generalversammlung. Diskussion fand nicht statt. Die Wahlen der örtlichen Kommissionen, die wegen vorgerückter Zeit in der vorigen Generalversammlung vertagt werden mußten, ergaben folgendes Resultat: Es wurden gewählt in die Zeitungskommission: Bell, Wachus, Pentzsch, Grüt; Bibliothekskommission: Ewers, Karl Schulze, Schmidt; Lokal-Kommission: Elias, Bloh, Wilh. Schmitz; in die Verknüpfungskommission neu gewählt: Ribus und Wachus. Als Abteilungsleiter wurden bestätigt für die 1. Abteilung (Wilhelmsberg): Köhler, 2. Köhler, 4. Kertinger, 5. Klepe und für die 6. Abteilung Szejnidy; als Bezirksleiter und zwar für den 1. Bezirk: Wehr, 2. Köhler, 3. Thomas, 6. Heine und für den 12. Schmidt. Gegen den Vorstand und speziell den ersten Vorsitzenden wurden in recht scharfer Form Bedenken geltend gemacht, dieselben sollen durch die zuständige Instanz ihre Erzielung finden. — Zu dem zwischen dem Weitzer der „Nachfälle des Offens“ und der Reorganisation ausgebrochenen Konflikt Stellung zu nehmen, wurde mit Rücksicht auf die neu angebahnten Ausgleichsverhandlungen vorläufig abgesehen. — Die Väterausgabe findet in der „Vorwärts“-Expedition, Kronprinzenstr. 50, Mittwoch und Sonnabend in der Zeit von 7-9 Uhr abends statt. — Wir machen unsere Genossen auf die Anfang März in Aussicht stehenden Gewerkschaftswahlen aufmerksam. Für die Arbeitnehmer kommen acht Bezirke in Frage. — Die Genossen mögen nicht verdammen, die jetzt ausliegenden Gemeindefunktionen einzusehen. Wer nicht in der Liste steht, geht für das laufende Jahr seines Wahlrechts verlustig. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch im März für die dritte Wählerliste die Wahl für das noch vakante Hausbesitzermandat ausgeschrieben wird. Mögen sich die Genossen also vor Verlust des Wahlrechts hüten. Jeder sehe die Listen ein.

Das Rote Haus reicht für die riesig anwachsende Gemeinde und den damit verbundenen Geschäftsverkehr nicht mehr aus; schon jetzt müssen die Bureaus der Gas- und Wasserwerke in Mieträumen untergebracht werden. Einen Ausbau an das bestehende Rathaus lehnte die Baukommission ab und ersucht das Bauamt um eine Vorlage für ein Geschäftshaus mit Sitzungsaal für die künftigen Stadtverordneten.

Ein Millionenprojekt wird demnächst die Gemeindebehörden beschäftigen! Etwa 8 Millionen Mark Kosten dürfte ein Entwässerungsprojekt verursachen, das die Regenwasserleitung von der Schwemmanalation unabhängig machen und eine planmäßige Entwässerung auch bei volldabaumtem Gemeindebezirk ermöglichen soll. — Mit der Erbauung einer weiteren Gemeindefunktion wird noch in diesem Frühjahr in der Scharnweberstraße an der Jungstraße begonnen werden. Zum ersten Male wird am Orte die Turnhalle ins Schulgebäude selbst eingebaut werden. Nach Fertigstellung der Schule werden dann 10 Gemeindefunktionen vorhanden sein. Die Zahl der im Gemeindefunktion stehenden Lehrkräfte hat 140 erreicht und muß in diesem Jahre eine beträchtliche Vermehrung erfahren.

Auch für den Ortsteil Lichtenberg-Ost soll demnächst ein Schulbau in Frage kommen, während das Stiefkind der Gemeinde, der Ortsteil Wilhelmsberg, sich auch in Zukunft mit unzulänglichen Mieträumen begnügen soll.

Das Gewerbegericht wird in den nächsten Wochen zur Eröffnung und Ergänzungswahl seiner Mitglieder anrufen. Zu wählen sind acht Arbeitnehmer und acht Arbeitgeber. Ein Wahlaufruf, dem neben vier Arbeitgebern auch die Arbeitnehmervertreter Bell, Pentzsch, Kruse und Graf angehängt, ist bereits gewählt. Die Gewerkschaften werden die Vorbereitungen zu treffen haben.

Rigdorf.

Der Wahlverein hielt am Dienstag, den 16. d. M., im Lokale von Hoppe seine sehr stark besuchte ordentliche Generalversammlung ab. Nach der üblichen Ehrung dreier verstorbenen Genossen und einer kurzen Ansprache des Vorsitzenden fand die Verlesung der sich zur Aufnahme gemeldeten Genossen statt. Dieselben wurden sämtlich ohne Widerspruch aufgenommen. Die nachgesuchte Aufnahme des Metzlarbeiters Kreidewitz und des Barbiers Hinz wurde von der Versammlung abgelehnt. Es folgt nunmehr die Erörterung des Punktes „Wahl eines zweiten Parteipredigers“. Der zweite Vorsitzende, Genosse Scherwatz übernimmt die Leitung der Versammlung und führt die Gründe an, (Ausscheiden des Genossen Buzly), welche die Neubefugung dieser Stellung notwendig machen.

Genosse Rogger erklärt mit kurzen Worten die Stellungnahme der erweiterten Vorstandssitzung zu dieser Angelegenheit und bespricht die Motive, die den erst. Vorstand veranlaßt haben, von den 12 Bewerbungen Rigdorfer Genossen, die drei Genossen Heinrichs, Pagels und Müntner der Versammlung zur Wahl vorzuschlagen.

Roßer, XI. Bezirk, stellt und begründet den Antrag, auch noch die Genossen Mohr und Hoffmann auf die Kandidatenliste zu setzen. Franke und Riey meinen, der Vorstand hätte alle 12 Genossen zur Wahl stellen sollen, das Verfahren des Vorstandes wäre undemokratisch. Auf Antrag Riefewitters werden sämtlich 12 Kandidaten verlesen und zur Wahl gestellt. Der Genosse Hoffmeister vertritt gegenüber den Ansichten anderer Redner die Meinung, daß der erweiterte Vorstand sehr wohl das Recht habe, den Genossen Heinrichs, Pagels und Müntner die Wahl zu verweigern, da diese drei Genossen, trotz der Wahl vorzuschlagen und empfiehlt nochmals die drei seitens des Vorstandes zur Wahl gestellten Genossen.

Roßer führt aus, man solle sich die Kandidaten genau ansehen und vor allen Dingen keine „Schreiberleute“ wählen, sondern einen fähigen und tätigen Genossen. Die Rigdorfer Genossen sind selbst reich genug, beurteilen zu können, wer der rechte sei.

Riey erörtert nochmals die Frage, wie es möglich sei, daß der Genosse Hendrichs, der doch Vorsitzender des Gewerkschafts-Kartells und als tätiger Genosse bekannt ist, nicht zur Wahl gestellt werden konnte. Auf Antrag des Genossen Fielke wird Schluß der Diskussion beschlossen. Aus der Wahl geht der Genosse Pagels als gewählt hervor.

Der Vorsitzende Genosse Heinrichs gibt nun den Vorstandsbericht des letzten Quartals; aus demselben ist erkennbar, daß trotz der „ruhigen“ Zeiten eine ungeheure Arbeit seitens des Vorstandes betätigt werden mußte. Doch trotz aller aufgewendeten Mühen ist der Mitgliederbestand zum ersten Male in Rigdorf nicht nur nicht gesunken, sondern sogar infolge der sich so zahlreich notwendig machenden Streichungen wegen rückständiger Beiträge von 4100 auf 4123 Mitglieder gestiegen.

In der sich anschließenden Diskussion wird dieser Umstand auf den Eintritt der vielen kleinen Geschäftsteile zurückgeführt, die stets nach kurzer Zeit, wenn dieselben sehen, daß der erwartete Segen ausbleibt, dem Verein wieder den Rücken kehren. Der „Vorwärts“ wird zurzeit in 6950 Exemplaren, der „Wahre Jakob“ in 1150, „Freie Stunden“ in 290, „Kulturblätter“ in 130, die „Neue Zeit“ in 35 und die „Gleichheit“ in 70 Exemplaren durch die Expedition vertrieben. Beschäftigt werden dabei 61 Frauen.

Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Gesamteinnahme 6602,33 M., die Gesamtausgabe 5478,17 M., wovon 789,96 M. für örtliche Ausgaben und 4688,21 M. an den Kreis abgeliefert worden sind, so daß der Bestand am Orte sich auf 1124,16 M. beläuft. Der Ueberschuß der zugunsten der Ruffen veranstalteten Matinee betrug 859,95 M., welche Summe in dem obigen an den Kreis abgeführten Betrage enthalten ist.

Den Bericht des Bibliothekars verliest der Genosse Heinrichs; aus demselben geht hervor, daß die Inanspruchnahme der Bibliothek zwar gestiegen ist, aber immer noch zu wünschen übrig läßt. Den Ueberschuß an den ausgeliehenen Bänden nehmen Romane, Erzählungen und belletristische Literatur für sich in Anspruch. Für die Vervollständigung der Bibliothek wurden auf Antrag des Vorstandes 150 M. bewilligt. In den Vorstandsberichten schloß sich eine lebhafteste Diskussion, Henning appelliert an die Genossen, dem Wahlverein mehr Treue zu bewahren, während Mohr ausführt, man dürfe dieselben nicht eher aufnehmen, bis sie die Zwecke und Ziele unserer Partei voll und ganz erfaßt hätten, welcher Ansicht von mehreren Seiten entgegengetreten wurde. Die verschiedensten Wünsche, die stets wiederkehren, wurden laut, so unter anderem die Verbesserung der Vorortbeilage des „Vorwärts“ und die Abhaltung von mehr Krania-Vorstellungen.

Auf Antrag des XI. Bezirks wurde noch beschlossen, am Sonntag, den 21. Januar, zu den geplanten drei Versammlungen noch eine vierte, und zwar im Lokale des Genossen Heidans, Karls-gartenstr. 7/8, einzuberufen.

Ein sich notwendig machender Ausschluß eines früheren Mitglieds Fink ist durch Streichung erledigt, während der Maler Reszniall auf Antrag der Malerorganisation ausgeschlossen wurde. Der von der Organisation der Holzler beantragte Ausschluß des Genossen Seling wurde, da derselbe behauptet, nichts Unrechtes getan zu haben, an den Vorstand behufs Einleitung eingehender Recherchen zurückerwiesen.

Mit einer Aufforderung an die Genossen, am nächsten Sonntag auf dem Posten zu sein und vor allem die notwendige Ruhe zu beobachten, um den Behörden die vollkommen überflüssige Nachtentfaltung als unnötig, sogar schädlich nachzuweisen, schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Am Sonntag, den 14. Januar, hielt der „Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands“ in Thiels Festhale, Bergstraße, seine gutbesuchte Versammlung ab.

Genosse Stern hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Kirche und Arbeiterfrage“. Derselbe erläuterte in ausführlicher Weise die Entstehung der Religion seit dem ersten Auftreten der Menschen, und kam zu dem Schlusse, daß es keinen Gott im menschlichen Sinne gibt, sondern die Arbeiter müssen, wenn sie eine bessere Lebenslage erreichen wollen, sich selbst helfen. Unter Geschäftlichem teilte der Vorsitzende mit, daß die nächste Versammlung am 4. Februar in demselben Saale stattfindet. Weiter machte er bekannt, daß am 18. März der Genosse Strempe einen Lichtbildvortrag über „Ruffische Kulturbilder“ halten wird. Ferner wurde zur Kenntnis gegeben, daß Mitglieder, welche über 10 Wochen mit den Beiträgen im Rückstand sind, keinen Zutritt haben. Sodann wies er auf die am 21. Januar, mittags 12 Uhr, stattfindenden Parteiveranstaltungen hin, um Protest einzulegen gegen die Entrechtung der Arbeiterklasse in Preußen, und appellierte mit feurigen Worten an die Mitglieder, sich mit ihren Frauen reichlich zu beteiligen.

Todessturz eines Dachdeckers. Auf dem Neubau Hermannstraße 71 in Rigdorf hat sich gestern nachmittag ein bedauerndes Unglücksfall zugetragen. Auf dem Dache des erwähnten Grundstücks war der Dachdeckermeister Wilhelm Jurisch aus der Köpcke-straße mit mehreren Gesellen bei der Arbeit; 3. tat dabei einen Fehltritt und stürzte in die Tiefe. Während des Falles schlug er auf ein Schindeldach auf und von dort auf den Bauhof hinab. Der Verunglückte hatte bei dem Sturze so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach kurzer Zeit starb.

Pantow.

Am 15. d. Mts. tagte im Lokale des Herrn Duge, Schulzestraße, eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Genosse Koblenzer-Berlin referierte über „Gemeindepolitik“. Nach einer zusammenfassenden Schilderung der allgemeinen politischen Zustände, wie sie unter dem Dreiklassenwahlrecht eingetretten sind, wies er treffend die Entrechtung der dritten Wählerklasse bei der Gemeindevahl nach und erläuterte in fesselnder Weise das Gemeindewahlprogramm der Sozialdemokratie. Reicher Beifall lohnte seine geschickten und leicht verständlichen Ausführungen, die mit einem Aufruf an die an-

wesenden Frauen, daß sie den Bestrebungen ihrer Gatten förderlich sein möchten, endeten. Von der Diskussion wurde auf Beschluß der Versammlung abgesehen. Genosse Gieseler teilte auf eine Anfrage mit, daß im März drei Eigentümer und ein Mieter in der dritten Wählerklasse zu wählen sind. Nachdem der Vorsitzende daran erinnert hatte, daß die Wählerlisten einzusehen sind, wurde die Versammlung geschlossen.

Nieder-Schönhansen.

Die hiesige Gemeindevertretung hat beschlossen, die neu zu besetzende Gemeinde-Baummeisterstelle unter folgenden Bedingungen festzulegen und zur Ausschreibung zu bringen. Die Stelle ist mit einem Regierungsbaummeister zu besetzen. Die Wahl erfolgt nach Ablauf eines Probejahres auf zwölf Jahre. Anfangsgehalt 5000 M., Endgehalt 6500 M. Die Erhöhung des Anfangsgehaltes ist bei sehr bewährten Baummeistern nicht ausgeschlossen. Eine außerordentliche Sitzung der Vertretung sahte Beschluß über die Aufnahme einer Anleihe. Die Anleihe über 20000 M. zum Ankauf von Schulgrundstücken und anderes hatte die Landesversicherungsanstalt Brandenburg zum 1. April zugesichert; nunmehr stellt sie schon zum 16. Januar 100000 Mark und zum 16. Februar wiederum 100000 Mark zur Verfügung, bei einer späteren Abhebung müssen noch zwei Prozent Zwischenzinsen gezahlt werden. Es wurde beschlossen, die Gelder abzugeben und bei der Preussischen Genossenschaftsbank vorübergehend anzulegen. Das Darlehen wird mit 3 1/2 Proz. verzinst und mit 1 Proz. amortisiert. Um seine Würde als Ortsoberrhaupt zu wahren, verwarnte sich der Gemeindevorsteher Abraham gegen den ihm von einem Gemeindevertreter gemachten Vorwurf, daß er dem Einflusse des Schöffen Rüdert unterliege. Gemeindevorsteher Rüdert erklärte, daß er in diesem Sinne seine Äußerung nicht getan habe. Damit ist die „Selbstherrlichkeit“ des Gemeindevorstehers über allem Zweifel erhoben.

Köpenick.

Einen unerwartet glücklichen Abschluß hat ein Selbstmordversuch genommen, welcher gestern mittag großes Aufsehen in Köpenick hervorrief. In der dortigen katholischen Kirche sprang plötzlich ein junger Mann in die Spree hinein und war bald in den Fluten verschwunden. Passanten machten sich sofort an die Rettung des Lebensmüden, und es gelang ihnen auch, den Selbstmordkandidaten noch lebend aus dem Wasser zu ziehen. Er wurde nach der Polizeistation gebracht und gab, nachdem er sich erholt hatte, an, daß er sich wegen Not und Arbeitslosigkeit das Leben hole nehmen wolle. Der Selbstmordkandidat war der 27jährige Kunstmalers Franz A. aus Berlin. Dem Polizeioberinspektor war nun zu Ohren gekommen, daß ein Köpenicker Unternehmer einen Kunstmalers für die Ausführung künstlerischer Arbeiten gesucht hatte. Durch die Vermittlung des Beamten erhielt A. dem auch den Auftrag, die Arbeiten auszuführen.

Das kommt nicht oft vor, daß sich die Polizei um das weitere Schicksal eines armen Teufels kümmert; deshalb vermerken wir es auch prompt.

Weihensee.

Geheime Sitzungen finden jetzt schon dreimal am Schlusse jeder Gemeindevertreterversammlung statt und gewöhnlich sind die zur Verhandlung stehenden Gegenstände bereits von einem hiesigen Ortsblatt zur Kenntnis des Publikums gelangt, aber es wird in dem Haus- und Grundbesitzerverein darüber berichtet, sodas von geheimen Beratungen und Beschlüssen keine Rede sein kann. Seit Antritt des neuen Gemeindevorstehers werden Sachen zur geheimen Beratung gestellt, die man früher ohne Bedenken in der öffentlichen Sitzung vertrat. So handelte es sich in der vorigen geheimen Sitzung um einen Vergleichsvorschlag der Gemeinde mit dem früheren Gemeindevorsteher Klingenberg von Alt-Weihensee, der einstimmig abgelehnt wurde und in der am Freitag stattfindenden Sitzung soll über einen Antrag des Bureauvorstehers a. D. Häuher um Bewilligung einer Feuerungszulage verhandelt werden. Daß man hier die Öffentlichkeit scheut, mag darauf zurückzuführen sein, daß Häuher in den Prozessen Wertens kontra Feldtmann als Hauptzeuge gegen Wertens nicht allzugut abschnitt. Im Volksmunde wurde er als „Automat“ bekannt und in den Wertensischen Prozessen auch so bezeichnet. Die Beratung über vorzunehmende Veränderungen an der Kläranlage und dem Rieselfeld entbehrt jeder Begründung in geheimer Sitzung behandelt zu werden und kann nur Anlaß zur Verunreinigung für die hiesige Einwohnerschaft werden. Sind in früheren Zeiten Fehler gemacht worden, so sind diese jetzt öffentlich zu rügen, zumal die Neuwahlen vor der Tür stehen und man die Ausschreitenden auf ihre Pflichterfüllung aufmerksam machen kann.

Schönholz.

Die landespolizeiliche Abnahme der Bororigleise Berlin-Schönholz-Regel und des zweiten Gleises Schönholz-Regel fand gestern statt. Die Besichtigung ergab, daß bis auf eine Ueberführung, an der die Entwässerungsanlage noch einer kleinen Veränderung zu unterziehen ist, die planmäßige Herstellung der Wohnstreden überall ordnungsgemäß erfolgt ist. Die bezeichneten Bororigleisen sind inzwischen schon in Betrieb genommen worden.

Ober-Schönweide.

Ein Wüstling ist gestern nachmittag in Ober-Schönweide verhaftet worden. Es handelt sich um den früheren Kaufmann Paul W., welcher bezichtigt wird, sich an seiner achtjährigen Nichte schwer vergangen zu haben. W. ist dem Untersuchungsgefängnis zugeführt worden.

Potsdam.

Wegen einer großen Wasserknot ist aus der Stadt Storkow der Königl. Regierung zu Potsdam ein dringendes Telegramm zugegangen. Aus dem großen Scharnhölzsee, der durch den Becken-Storkower Kanal mit dem Storkower See verbunden ist, sind in den letzten Tagen ungeheure Wassermengen der Storkower Schleufe zugeführt worden. Diese konnten nun weder durch den Schleusenkanal noch durch das Mühlenfließ abfließen, weil den Mühlenbesitzern Gebr. Kampffmeyer das Recht zusteht, das Wintermah an ihrem Werkfließ 12 Zoll über dem Sommermah zu halten. Die Wassermassen suchten nun den schmalen, rings um den Ort fließenden Stadtgraben auf, traten über dessen Ufer und setzten in der alten Burg, dem jetzigen Rentamt, sowie in vielen anderen Gebäuden Ställe und Keller unter Wasser. Ebenso stoben weite Gartenstücken und viele eben erst frisch gedüngte Wiesen unter Wasser, sodas der erste Grasschnitt verloren erscheint. Der Schaden, der dadurch entstanden, zählt noch Tausenden und dringend verlangt man deshalb von der königlichen Regierung, daß sie das Recht der Mühlenbesitzer zu einer so hohen Stauung des Wassers im Interesse der dadurch schwer geschädigten Einwohnerschaft ablöse. Auch im April 1904 hatte das hohe Wasser vielen Schaden angerichtet und schweben seitdem hohe Verhandlungen wegen dieser Katastrophe.

Ein grüner Wagen, welcher zum Transport von Polizei-, Untersuchungs- und Strafgefangenen dienen soll, ist jetzt auch in Potsdam auf Veranlassung des Landgerichtspräsidenten in Dienst gestellt worden und wurde am Mittwoch von demselben und Organen der Polizeibehörde besichtigt. Der Posthalter stellt die Bespannung zur „grünen Wanne“.

Wegen Sittlichkeitsvergehen, die er fortgesetzt auf der Straße gegen aus der Schule heimkehrende Mädchen und andere weibliche Personen begangen hat, wurde in Potsdam der 33jährige, verheiratete Rajhmenmeister einer ordneren Buchdruckerei verhaftet.

Berliner Nachrichten.

Der Direktor der städtischen Wasserwerke, Geh. Baurot Beer, ist am Donnerstag plötzlich und unerwartet am Herzschlag hier gestorben.

Deutsche Heimarbeit. Während der Dauer der Ausstellung finden eine Anzahl auf die Heimarbeit bezügliche Vorträge statt, die jedenfalls dazu dienen werden, das Verständnis für die Ausstellung zu wecken. Der Eintrittspreis beträgt pro Vortrag 25 Pf.; Gewerkschaftsmitglieder zahlen 10 Pf. Die Vorträge beginnen abends 8 Uhr. Einlag eine Viertelstunde vorher.

Im Laufe des Januar finden folgende Vorträge statt:
20. Januar. Prof. Dr. Werner Sombart: Einleitende Worte (Was ist Heimarbeit?) Aula des Friedrich-Werderischen Gymnasiums, Dorotheenstr. 14.
23. Januar. Prof. Dr. Gustav Schmoller: Ueber die Geschichte der Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland. Aula des Friedrich-Werderischen Gymnasiums.
29. Januar. Fräulein Gertrud Döhrenfurt: Die weibliche Heimarbeit. Aula des Friedrich-Werderischen Gymnasiums.
31. Januar. Reichstagsabgeordneter von Elm: Die Heimarbeit in der Tabakindustrie. Einigungssaal des Gewerbegerichtes, Zimmerstr. 90/91.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß Gewerkschaftsmitglieder nebst den sie begleitenden Familienangehörigen freien Eintritt in die Heimarbeit-Ausstellung haben.

Ein schwerer Unglücksfall verursachte gestern nachmittag in Koabit großes Aufsehen. Der Mann Scherler ritt gegen 3 Uhr nachmittags auf einem Dienstpferde die Straße Alt-Koabit entlang, ein zweites Pferd am Halfter führend. In der Nähe der Galwinstraße stürzten die beiden Tiere, bäumten sich empor und stürzten, sich überschlagend, nieder. Der Mann kam unter sein Pferd zu liegen, welches ebenso, wie das Leitpferd, aufsprang und davon jagte. Die Tiere wurden jedoch schon in der Wilmaderstraße von einem Schutzmann aufgehalten und zum Stehen gebracht. Sch., der anscheinend innere Verletzungen erlitten hat, wurde erst nach der Kaserne und von dort nach dem Garnisonlazarett in der Schanhorststraße gebracht.

Opfer des Straßenverkehrs. Tödtlich verunglückt ist gestern der Kutscher Alfred Brandenburg aus der Gartenstr. 27. V. war mit dem von ihm geführten Lastwagen in die Durchfahrt des Neubaus Holzendorferstr. 19 gefahren, dabei vom Bod heruntergefallen und vom eigenen Führerwerk überfahren worden. Schwer verletzt wurde der Verunglückte in das Krankenhaus Westend gebracht, wo er bald starb.

Zwei Bootsunfälle werden vom gestrigen Tage vom Müggelsee gemeldet. Mitglieder eines Ruderklubbs hatten in zwei Booten eine Winterübungsfahrt unternommen und kreuzten gegen 3 Uhr nachmittags, auf der Heimfahrt begriffen, die Kleine Müggel. Die Wellen des Gewässers gingen ziemlich hoch, und das eine Boot schlug um. Die Insassen des zweiten Bootes versuchten den Verunglückten Hilfe zu leisten, wobei jedoch auch dieses Fahrzeug kenterte. Der Vorgang war glücklicherweise von der Mannschaft eines in der Nähe fahrenden Schleppdampfers der Mürtelwerke beobachtet, die sofort der Unfallstelle zuerueerte und das Rettungswerk erfolgreich durchführte. Die sechs Ruderer konnten, ohne welchen Schaden erlitten zu haben, dem Wellentode entziffen werden.

Das Treiben der Faletoimarder in den Säulen des Westens hat noch immer kein Ende genommen. Jetzt haben es die dreifachen Langfinger auch auf die Privatgärten abgesehen. So wurden gestern in der höheren Mädchenschule in der Stubenrauchstraße 12a aus wohlverschlossenem Raume nicht weniger als sieben Pelzboas während des Schulunterrichtes gestohlen. Als man den Diebstahl nach Schluß bemerkte, war der dreifache Täter mit seiner wertvollen Beute längst entkommen.

Unfall oder Verbrechen? Vor längerer Zeit wurde auf dem Schienenstrang bei Mariensfelde eine sehr verstümmelte Frauenleiche gefunden, die man als die Frau Maria Schuby identifiziert. Nach den ersten Ergebnissen schien ein Verbrechen vorzuliegen, eine Annahme, die man fallen ließ, als man von den Angehörigen der Toten hörte, daß das Mädchen öfter von epileptischen Zuständen befallen wurde. Nun hat man aber gestern in einem Kämpel bei Mariensfelde den bisher fehlenden rechten Arm der Leiche gefunden, und zwar in einem solchen Zustande, daß der Arm seit dem 15. Dezember unmöglich im Wasser gelegen haben kann. So wird die Vermutung, daß es sich um ein Verbrechen handelt, wieder nahegerückt.

Großfeuer im Industriepalast Berlin. Gestern (Donnerstag) nachmittag 3 Uhr kam Lindenstr. 3 in der Phantasieliedernfabrik von S. M. e. h. er jun. ein Brand aus, der bedeutenden Schaden verursachte. Im dritten Stock des ersten Quergebäudes befanden sich die Lager- und Arbeiterräume der Firma. Große Posten präparierter Federn waren hier in Kisten und Kartons aufgestapelt, die in den nächsten Tagen für Amerika zur Versendung kommen sollten. Das Feuer ist anscheinend durch Unvorsichtigkeit dadurch entstanden, daß ein mit Kautschuk (Klebstoff) gefüllter Blechbehälter einer Gaslampe zu nahe kam. Die Masse entzündete sich und verursachte eine Explosion. Die in dem Saale anwesenden Arbeiterinnen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Als die Feuerwehre nach wenigen Minuten eintraf, schlugen die Flammen durch die Fenster, deren Scheiben schon vorher infolge der große Hitze gesprungen waren. Glücklicherweise konnte das Feuer sofort über zwei Eingänge und eine mechanische Leiter hinweg, also von drei Seiten erfolgreich angegriffen werden, so daß für die übrigen Fabrikbetriebe keine Gefahr bestand. Mit drei Schlauchleitungen war man bald Herr des Feuers. Da jedoch der gesamte Federnvorrat entweder verbrannt oder bei den Löscharbeiten unbrauchbar wurde, so ist der verursachte Schaden beträchtlich.

Brillanten diebe haben es in letzter Zeit auf das Goldwaren-geschäft von A. E. Deike in der Dramenstr. 99 abgesehen. Vor etwa acht Tagen wurde abends in der Zeit von 7 bis 9 Uhr ein Schaufenster erbrochen und vollständig geplündert, wobei den Dieben Uhren, Ringe und andere Wertgegenstände in die Hände fielen. In der letzten Nacht suchten nun Diebe denselben Schaufenster zu berauben. Sie wurden jedoch gefaßt und mußten ohne Beute abziehen. Den Schaufenster hatten sie bereits erbrochen.

Mit dem Fahrstuhl in die Tiefe gestürzt. In der Zuckerwaren-fabrik von R. in der Hochstraße 2 hat sich gestern nachmittag ein folgenschweres Fahrstuhlunfall zugetragen. Durch Baurot A. sollte dort ein neuerer Fahrstuhl geprüft werden. Man war gemeinsam bis zur dritten Etage hinaufgefahren, und hier stieg der 20-jährige Monteur Gustav Wolf aus der Parfümstraße 26 in Köpenick auf den Tragbock hinauf, um dort die Vorbereitung für die sogenannte Jangprobe zu treffen. Hierbei muß sich nun das Tau aus der „Jange“ herausgelöst haben, denn im nächsten Augenblick rief sich der Fahrstuhl los und stürzte unter lautem Krachen samt dem Monteur in den Schoß hinab. In bewußtlosem Zustande wurde W. nach der Unfallstation in der Lindowerstraße gebracht, wo man zwei Oberarmbrüche, schwere innere Verletzungen und zahlreiche Kontusionen feststellte. Der Verunglückte kam nach Auflegung von Notverbanden in das Krankenhaus Koabit, wo er bedenklich daniederliegt. Wäre die Katastrophe wenige Minuten später eingetreten, so würden die Folgen weit schwerer gewesen sein.

Einen wertvollen Fund machte der Droschkenfahrer Wille, als er nach Beendigung der Nachttour mit seinem Gefährt nach Hause kam. Er fand in dem Wagen ein Paket, welches für 15000 M. Wertpapiere enthielt und das zweifellos von einem Fahrgast verloren worden war. Der ehrliche Finder fuhr sofort nach dem Polizeipräsidium und lieferte dort das wertvolle Paket ab. Der Eigentümer der Papiere, der seinen Verlust bereits polizeilich gemeldet hatte, ließ dem Droschkenfahrer eine Belohnung von 500 Mark zukommen.